Enough is enough!

Nr. 10

Juni/August 2000

5,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kulur in Schleswig-Holstein

Geschichte:

Die Irrfahrt der Exodus

Nachlaß in den Lagern der Exodus-Juden

Schutt und Unrat – Bäder in Büchsenmilch?

Antirassismus:

Shell-Studie

Geschendorf

Nazi-Szene:

Kampagne gegen Club 88

Elmshorn drängt Nazis zurück

Erfurter Synagogenanschlag

Bündnis Rechts

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Herausgeber:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt

Inhalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Titelbild zeigt es: Ein Schwerpukt dieser Ausgabe liegt auf historischen Themen. Der Geschichte jüdischer Flüchtlinge, die nur knapp dem Holocaust entkommen sind und ihre Zukunft in dem noch zu gründenden Staat Israel sahen, widmen wir über vier Seiten. Die „Exodus-Juden" waren nicht nur Ziel britischer Repression - die britische Regierung fühlte sich in ihren aussenpolitischen Ambitionen durch die jüdische Einwanderung nach Palästina bedroht - auch der deutsche Antisemitismus kochte nur zwei Jahre nach der Niederlage des NS-Regimes wieder hoch. Ausschnitte aus den gerade wieder erschienenen *„Lübecker Nachrichten"* belegen dies.

Nun liegt es uns fern, den deutschen Antisemitismus und das brutale Verhalten der britischen Behörden gegeneinander abwägen zu wollen. So menschenverachtend die Behandlung bei der Kaperung der Exodus und in den britischen Lagern für die jüdischen Flüchtlinge war, so lässt sie sich nicht mit dem Völkermord durch den deutschen Faschismus vergleichen.

An den Holocaust zu erinnern, damit er sich nicht wiederholen kann, ist eines der Ziele eines bemerkenswerten Buches schwedischer Autoren. Wir stellen es ausführlich vor.

Die Organisierung der Nazi-Szene ist von Widerstand und inneren Widersprüchen geprägt. Das Beispiel Tostedt zeigt, dass es den Faschisten in letzter Zeit schwer fällt, ihre Strassen-Mobilisierung zu halten oder gar auszuweiten, das *Bündnis Rechts* kann trotz Zusammenschluss mit der *Vereinigten Rechten* nicht ernsthaft für sich beanspruchen, eine Rolle als „Dachorganisation" zu spielen, der Club 88 und Neonazis in Elmshorn haben mit erfolgreichen antifaschistischen Aktivitäten zu kämpfen.

Die *Enough* begrüßt die Intiativen breiter Bündnisse in Neumünster und Elmshorn, die sich gegen das faschistische Auftreten in diesen Städten richten. Beide Beispiele zeigen, welche Resultate eine organisierte und offensiv um Untertsützung werbende antifaschistische Gegenwehr haben kann.

Es stellt sich die Frage, ob die derzeitige relative Schwäche der faschistischen Organisationen von der antifaschistischen Bewegung ausgenutzt werden kann. Dabei kann es nur ein Ziel sein, aus dem gebremsten braunem Wachstum eine lang anhaltende Serie von Niederlagen zu machen.Entscheidend wird vielmehr sein, ob die antifaschistische Bewegung wieder zu einer eigenen Stärke zurückfindet, die nicht mit dem Auf und Ab der Nazis korrespondiert. Denn nur mit eigener politischer und organisatorischer Stärke kann es gelingen, erfolgreiche Kampagnen gegen staatliche rassistische Maßnahmen und Strukturen zu führen.

Dem rassistische Populismus im Zusammenhang mit der Green Card-Debatte wurde von der antirassistischen Bewegung wenig entgegengesetzt. Dass CDU-Rüttgers mit seiner „Kinder statt Inder"-Hetze einen Schlag ins Wasser landete, lag mehr an seinem eigenen Ungeschick, als an fortschrittlichen Gegenaktivitäten.

Seit längerem gibt es in Schleswig-Holstein Bemühungen, den konsequenten Antifaschismus durch konkrete Bündnispolitik aus der gesellschaftlichen Isolation herauszuholen. Dass der Verfassungsschutz geradezu panikartig den DGB und ähnliche Organisationen davor warnt, bei solchen Bündnissen mitzumachen, sollte eine zusätzliche Motivation für unabhängige AntifaschistInnen sein, für offene und konstruktive Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen einzutreten.

Meint jedenfalls Eure

Enough is enough!

-Redaktion

Antifaschistische Kampagne gegen

Nazi sein, heißt Probleme kriegen

- auch in Neumünster...

Lange konnten Neonazis in Neumünster glauben, ihr Unwesen ohne Gegenwehr treiben zu können. Inzwischen jedoch regen sich Proteste, und eine Kampagne gegen den überregional bedeutsamen Nazi-Treffpunkt Club 88 ist angelaufen...

Am 15.04.00 haben AntifaschistInnen an Haushalte und PassantInnen in Neumünster ca. 11.000 Flugblätter verteilt, in denen über den *Club 88* (vergl. EiE Nr. 9 u. 10) informiert wurde. Zuvor hatte das „Bündnis gegen rechts" Neumünster, ein Zusammenschluß der Info-Cafe und Antifa Gruppe NMS, der VVN/BdA und der alternativen Liste NMS (ALN), ein Jahr lang Infotische in der Innenstadt gemacht und Flugblätter verteilt, in denen über den mittlerweile bundesweit bekannte Nazi-Treff *Club 88* informiert wurde. Das Flugblatt wurde von 25 Gruppen und Vereinen aus Neumünster und Schleswig-Holstein mit unterschrieben und die Aktion von AntifaschistInnen aus ganz Schleswig-Holstein unterstützt.

Als im Stadtteil Faldera Neonazis die Flugblätter bekamen, versuchten sie die Verteilaktion zu stören. Ca. 15 Nazis fuhren u.a. mit einem Fahrzeug der Firma TOBAU[1] vor und wollten die VerteilerInnen mit Baseballschlägern und Schlagstöcken angreifen. Als die AntifaschistInnen aber nicht davonliefen, sahen die Nazis von einem Angriff ab und blieben unentschlossen stehen. Die Verteilergruppe informierte sofort die Polizei und AntifaschistInnen, die in anderen Stadtteilen Flugblätter verteilten. Nach ca. 10 Minuten waren sie am Ort des Geschehens. Die Polizei ließ sich das Flugblatt zeigen, aber ansonsten das Verteilen ungestört weiterlaufen. Am Verhalten der Polizei war an diesem Tag nichts auszusetzen. Was sicherlich auch daran lag, dass eine Reihe von Gruppen des bürgerlichen Spektrums, wie die IG Metall, das Flugblatt mit unterzeichnet hatte. Die Polizei blieb im Stadtteil präsent und behielt die Neonazis im Auge. Das Flugblatt konnte in Ruhe zu Ende verteilt werden.

In der folgenden Woche berichteten die regional Zeitungen *Holsteinischer Courier* und die *Kieler Nachrichten* über die Verteilaktion. Die Berichte waren - gemessen an früheren Erfahrungen - nicht schlecht.

So wurden auch noch Menschen, die kein Flugblatt bekommen hatten, über die Aktion und die zentrale Forderung, die Schließung des Club 88, informiert.

20. April: Niederlage Nummer 2 für die Nazis

Wie in dem Flugblatt angekündigt, veranstaltete die „Gruppe gegenüber der Post" am Donnerstag, den 20. April, in der AJZ eine Soliparty für die Kampagne gegen den Club 88. Die Fete stand unter dem Motto „Party gegen Neonazis und Rassisten". Sie war mit 150 Besucherinnen sehr gut be-

Den CLUB 88 in Gadeland gibt es mittlerweile über 3 ½ Jahre. Laut Auskunft eines Polizeibeamten des ersten Polizeireviers in der Parkstraße ist der CLUB 88 die ruhigste Kneipe Neumünsters. Noch nie sind vom CLUB 88 Gewalttätigkeiten oder andere Straftaten ausgegangen.

GENUG IST GENUG!

Straftaten gehen wohl eher von ganz anderer Seite aus! Am Sonnabend, dem 15.4. spielten sich obskure Szenen in den Straßen Neumünsters ab. Etwa 20 auswärtige Linksextremisten der sog. "autonomen Szene" Kiels und Flensburgs verteilten tausende Hetzflugblätter gegen den CLUB 88 und sein Umfeld. Dabei waren sie schwer bewaffnet, u.a. mit Elektroschockgeräten. In den Hetzpamphleten werden widerrechtlich steckbriefartig Personen veröffentlicht sowie Lügen, Übertreibungen und Halbwahrheiten verbreitet.

Inszeniert und in die Wege geleitet wurde dieses Treiben von dem sog. "Bündnis gegen Rechts Neumünster" um A█ S█. Der Personenkreis um A█ S█ war sich offenbar nicht zu schade, bewaffnete Antifaschisten als Handlanger heranzuziehen. Die kriminelle Natur dieser Antifaschisten gipfelte denn auch in dem Diebstahl des Autoschlüssels eines in dem roten Hetzflugblatt genannten jungen Neumünsteraners. Mit dem gestohlenen Schlüssel brachten die Antifaschisten dann zwei Tage später den PKW des Betroffenen in ihre Gewalt und beschädigten ihn schwer. Außerdem versuchten sie, in seine Wohnung einzudringen. Dies sind völlig neue und noch nie dagewesene Formen von Gewalt und Aggression der politischen (?) Auseinandersetzung in Neumünster. A█ S█ und ihre Mittäter tragen hierfür zweifellos die alleinige Verantwortung!

Die Verantwortlichen der Lügenkampagne wissen geschickt die Medien für ihre Hetze zu nutzen. Auch im Zusammenhang mit dem Vorfall vom 15.4. druckte die lokale Tageszeitung bedauerlicherweise erneut ungeprüft die Unwahrheiten von A█ S█ ab, obwohl diese nicht einmal persönlich anwesend war. Es muß einen geradezu nachdenklich stimmen, daß eine in den Stadtrat gewählte Volksvertreterin (?) wie A█ S█ die dort als Abgeordnete der "Grünen" sitzt, derart schamlos lügt, hetzt und mit kriminellen Chaoten kooperiert!

Initiatorin einer Hetzkampagne gegen den CLUB 88:

A█ S█

Fragen Sie doch mal die Polizei oder sprechen Sie uns direkt an: Von uns geht die Gewalt nicht aus. Die Verantwortung für die eskalierende Situation in Neumünster tragen alleine Frau S█ und ihre antifaschistische Fußtruppe!

CLUB 88
the very last Resort!

Postfach 1361
24507 Neumünster

Herausgeber:
CLUB 88 Neumünster

unterstützt durch:
viele Freie Nationalisten und viele freie Gruppen im NATIONALEN UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS NORDDEUTSCHLAND

Schlecht abgekupfert: Flugblatt des Club 88 als Reaktion auf die antifaschistische Kampagne.

den Club 88 erfolgreich gestartet

Club 88: Treffpunkt der militanten Neonazi-Szene wie z.B. dem Hamburger Sturm

sucht und auch das ausgelegte antifaschistische Infomaterial stieß auf Interesse.

Im Club 88 fand am selben Tag auch die leider schon traditionelle Hitler Geburtstagsfeier statt. Bis 20.00 Uhr hatte sich eine Gruppe von ca. 60 Neonazis am Club 88 eingefunden. Mehr Gäste kamen über den Abend verteilt fast nicht. Da kaum Neonazis aus Neumünster anwesend waren, dafür aber Fahrzeuge aus Kiel, Bad Doberan sowie Goslar zu sehen waren und zwei bekannte Fahrzeuge schon am frühen Abend am AJZ aufgetaucht waren, lag der Verdacht nahe, dass die Neonazis an diesem Tag einen Überfall auf das AJZ planten. Obwohl die Nazis am Club 88 einen agressiven Eindruck machten, kam es jedoch zu keiner Aktion gegen das AJZ. Dies lag sicherlich sowohl an der hohen Polizeipräsenz in Neumünster wie an der großen Zahl von BesucherInnen in der AJZ, vielleicht aber auch an der Strategie der Nazis, die in Neumünster häufig „die netten Jungs" spielen, um Sympathien bei der Bevölkerung zu bekommen und nur bei Bedarf gewalttätig werden.

Gegen Mitternacht fuhren dann etwa 350 türkische Fußballfans in einem Autokorso durch die Stadt, um den Sieg von Galatasary Istanbul im Fußball UEFA - Cup Halbfinale zu feiern. Dabei fuhr eine Gruppe auch am Club 88 vorbei. Die Türken stiegen direkt vor dem Club aus ihren Fahrzeugen und skandierten Sprüche wie „Nazis raus" und „Scheiß Club 88". Die Nazis flohen in wilder Panik in den *Club 88* und trauten sich auch nicht mehr hinaus.

Danach war die Polizei mit ca. 15 Fahrzeugen in Gadeland im Einsatz und die Nazis durften ihre Hitler Gedenkfeier unter Polizeischutz zu Ende feiern, weswegen sich diese auch nicht mehr trauten, Musik über Zimmerlautstärke zu hören. So richtig Party Stimmung wollten bei den Nazis nicht mehr aufkommen.

Nazi-Flugblätter verteilt

Am Freitag, den 21. April, und den darauffolgenden Tagen verteilten Neonazis in Neumünster Flugblätter, in denen der *Club 88* in Schutz genommen und als ruhigste Kneipe Neumünsters bezeichnet wurde. Die vom breiten Bündnis getragene antifaschistische Kampagne wird als Lügenkampagne gewaltbereiter Linksextremisten bezeichnet.

Als Initiatorin der Kampagne bezeichneten die Neonazis eine Ratsfrau der ALN. In Wahrheit sind Andrea und die AL Neumünster nur ein Teil des örtlichen Bündnisses. Mit dieser Art der Hetze wollen die Nazis einzelne AntifaschistInnen besonders hervorheben und gezielt terrorisieren. Auch Andrea war schon mehrfach von Neonazis bedroht worden.

Als Herausgeber des Nazi-Flugblattes wurde der *Club 88* Neumünster genannt, unterstützt durch „viele Freie Nationalisten und viele freie Gruppen in Nationalen und sozialen Aktionsbüro Norddeutschland". Als V.i.S.d.P. zeichnet **Björn Braun** (sehr einfallsreicher Name), der schon ein Flugblatt der Initiative „BERGe versetzten statt Rechte verletzten" unterzeichnete (vergl. EiE Nr. 10). Das Flugblatt war im Januar 2000 auf einer Demonstration des sog. *Nationalen Widerstandes* in Hohenwestedt verteilt worden. Auch die angegebene Postfachadresse war auf beiden Flugblättern identisch.

Insgesamt kann der Beginn der Antifaschistischen Kampagne als voller Erfolg gewertet werden. Der *Club 88* ist Gesprächsthema in Neumünster und die PolitikerInnen dieser Stadt werden ihre bisherige Taktik des Totschweigens nicht mehr so einfach weitermachen können.

Antifaschistische Veranstaltungen können in Neumünster stattfinden, ohne von den Nazis gestört zu werden. Im Gegenzug können sich Nazis in Neumünster am *Club 88* nicht mehr sicher fühlen. Bisher lebten die Nazis in Neumünster davon, dass die Mehrheit der Bevölkerung durch eine Mischung aus Angst und Gleichgültigkeit den zunehmenden Aktionen der Nazis schweigend zugesehen hat.

Momentan sieht aber alles danach aus, das dies in Zukunft anders wird und ein breites Bündnis mit entsprechenden Aktivitäten dafür sorgen wird, dass auch in den nächsten Monate offensiv gegen das Treiben der Neonazis vorgegangen wird.

Die Schließung des *Club 88* hält das Bündnis für notwendig, ist sich aber im klaren darüber, das auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Nazis in Neumünster beendet werden muß. Erst wenn Neonazis überall in Neumünster bei ihrer Agitation und Propaganda auf Widerstand stoßen, wird die momentane Hochburg der Neonazis in Schleswig-Holstein nicht mehr länger eine solche sein.

(1): Die Firma TOBAU (... Spreng- und Abrucharbeiten) mit Sitz in der Kieler Straße in Neumünster ist in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgefallen. Fahrzeugen der Firma stehen regelmäßig am Club 88 und häufig stehen Fahrzeuge führender Neonazis aus Neumünster, u.a. das der Club 88 Konzessionsinhaberin Christiane Dolscheid, zu jeder Tages- und Nachtzeit auf dem Firmengelände.

Elmshorn:

Neonazis politisch in der Defensive

Anfang Februar sind erneut Neonazis durch Elmshorn marschiert, von der Polizei vor antifaschistischen Protesten und Aktionen geschützt. Die Neofaschisten reagierten damit auf eine an Wirksamkeit gewinnende Kampagne unter dem Motto „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!" Einem entsprechenden örtlichen Bündnis sind inzwischen über 100 Gruppen und Organisationen beigetreten.

jetzt handeln!

IG M Küste – ÖTV Bezirk Nord – DGB Jugend Nord

eine gewerkschaftliche Initiative gegen neonazistische Gewalt

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Rechte Gewalt wird immer spürbarer. Auch Gewerkschaften und ihre Repräsentanten geraten ins Visier militanter Neonazis:

1996 überfallen Neonazi-Skinheads mehrfach Besucher eines IG Metall-Pfingstjugendcamps, schlagen Teilnehmer zusammen, sperren Jugendliche in eine Scheune und drohen diese anzuzünden. Eine junge Metallerin: »Ich hatte eine Stunde Todesangst«.

Am 1. Mai 1999 wollen Neonazis vor dem Daimler Benz-Werk in Bremen für den »Tag der deutschen Arbeit« demonstrieren. Nach Ankündigung von Vertrauensleuten und Betriebsrat, den Aufmarsch durch eigene Aktionen vor den Werkstoren zu verhindern, wird die Neonazi-Demo verboten.

Im Dezember versucht der »Hamburger Sturm« in Bergedorf vergebens, eine DGB-Veranstaltung im Kulturzentrum »Lola« zum Thema »Neonazis in Bergedorf« zu sprengen. In der »Lola« treffen danach Drohbriefe ein.

In Elmshorn verüben Neonazis seit Jahreswechsel zwei Anschläge auf das IG Metall-Büro, weil Gewerkschafter sich im »Bündis gegen Neonazis« engagieren.

Viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Polizei und Justiz sehen in dieser rechten Gewalt oft Einzeltaten armer, gestrauchelter und verirrter Jugendlicher. Doch die Täter sind Bestandteil eines Netzwerkes, einge-

Gemeinsame Initiative von IG-Metall, ÖTV und der DGB-Jugend: Broschüre gegen Neofaschismus

Als Redner des Neonazi-Aufmarsches am 5. Februar traten der Hamburger Neonazi **Christian Worch** und der Kieler Nazi-Schläger **Peter Borchert** auf. Beide führten den Aufmarsch der etwa 100 Faschisten auch an. Während kleinere Gruppen vergeblich versuchten, die Neonazis direkt bei ihrem Marsch zu stören, demonstrierten etwa 600 AntifaschistInnen, viele davon aus den Schulen der Stadt oder gewerkschaftlich organisiert, in deutlicher Entfernung gegen das öffentliche Auftreten der Neonazis. Zu einem politisch und praktisch offensiveren Vorgehen konnte sich die federführende Gewerkschaft offenbar nicht durchringen.

IG-Metall -Kritik am Landrat

Deutlich war jedoch schon auf der antifaschistischen Kundgebung die Kritik an Landrat Berend Harms, der den Aufmarsch der Neonazis umstandslos genehmigt hatte. Der IG Metall Bevollmächtigte von Elmshorn, Uwe Zabel, nannte es *„unerträglich, dass der Landrat des Kreises Pinneberg mit Gewalttätern und Anhängern von Terroristen verhandelt"* und *„noch unerträglicher (...), dass unter*

dem Deckmantel einer Demonstration eine Nachfolgeveranstaltung von verbotenen Neonazi-Gruppen wie Nationale Liste *und* Freiheitliche Arbeiterpartei *organisiert und die Bedrohung der Menschen und demokratischen Kräfte fortgesetzt werden kann...*" Selbst im April, als der neofaschistische Terror in Elmshorn weiter zugenommen hatte, verteidigte der Landrat auf einer ÖTV-Veranstaltung seine Position, nach der es keine Möglichkeit gegeben habe, den Neonazi-Aufmarsch zu verbieten, weil laut Polizei keine Gefährdung vorgelegen habe. Auch für seine Behauptung, es habe zur Bestätigung der Anmeldung des Neonazi-Aufmarsches keine Alternative gegeben, erntete er verständnisloses Kopfschütteln und entschiedene Ablehnung. Denn etwa zeitgleich war in Göttingen ein Aufmarschverbot sogar letztinstanzlich gerichtlich bestätigt worden. Dies wäre - das hat das *Elmshorner Bündnis gegen rechts* inzwischen in einem Schriftsatz ausgearbeitet - auch für Elmshorn möglich gewesen.

Morddrohung gegen Gewerkschafter

Der rechte (Psycho)Terror in Elmshorn hat derweil erneut zu Morddrohungen geführt. Nach der genannten ÖTV-Veranstaltung, bei der ortsbekannten Neonazis wie **Clemens Otto** der Zutritt zum Saal verweigert wurde, stellte die Autobahnpolizei bei Tornesch zwei Transparente mit der Aufschrift „*Uwe Zabel - Kopfgeld: 10.000 Mark - tot oder lebendig*" beziehungsweise „*Elmshorner macht euch frei von der Judentyrannei*" sicher. Das sogenannte *Aktionsbüro Norddeutschland*, welches über den norddeutschen Raum hinaus neonazistische Aktionen und Aufmärsche koordiniert, hat sich in einer Pressemitteilung halbherzig von dem Mordaufruf gegen Zabel distanziert, schließlich habe er aber „*diesen Vorfall mit seinem 'demokratischen' Verhalten fraglos selbst heraufbeschworen*". Zu der antisemitischen Hetzparole verlor das *Aktionsbüro Norddeutschland* kein Wort.

Ein tatsächlich verübter Mordanschlag käme der neofaschistischen Szene derzeit gleich mehrfach ungelegen. Es würde nicht nur die Meinungsunterschiede zwischen *NPD* und *Freien Kameradschaften* vertiefen (wie bereits am Beispiel von Kay Diesner zu sehen), sondern auch die Wahrscheinlichkeit staatlichen Vorgehens gegen Teile der Szene deutlich erhöhen. Damit wären aber die in den letzten Jahren erreichten Erfolge neofaschistischer Organisierung von einem Rückschlag bedroht. Die „Distanzierung" des *Aktionsbüros Norddeutschland* signalisiert daher auch, dass bis auf weiteres die bisherige Ebene des Terrors als Richtschnur gelten kann. Als da wären: umfangreiche Zerstörung von antifaschistischen Plakaten, mehrfache Anschläge auf das IG Metall-Büro in Elmshorn, Zerstörung der Scheiben der Bürgermeisterin, die auch das Plakat „*Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!*" unterschrieben hatte, Drohbriefe usw. usf. Dieser Linie entspricht auch der Ende April vor der Tür der Verwaltungsstelle der IG Metall abgelegte, gegen Uwe Zabel gerichtete Steckbrief mit der Aufschrift „*Schlagt ihn, wo ihr ihn trefft*". Selbstverständlich aber schließt die Stellungnahme des *Aktionsbüros Norddeutschland* einen Mordanschlag nicht aus; erst vor einem Jahr hieß es in einem Interview „aus dem Untergrund" in der neonazistischen Zeitschrift *Hamburger Sturm* mit den national-revolutionären Zellen: „*Wir sind eine Gruppe von mehreren Personen, die in der NPD politisch tätig sind, aber mit dem NPD-Führungsstil unzufrieden sind. Unser Weg ist der aus dem Untergrund handelnde Aktivist. (...) Man darf einfach nicht vergessen, dass wir im Krieg sind mit diesem System, und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf*".

Spüren den Gegenwind: Neonazi-Drahtzieher Worch (Mitte) und Borchert (ganz links) auf dem Nazi-Aufmarsch in Elmshorn.

Staatliche Stellen weiter untätig

Angesichts der Vielzahl von neofaschistischen Aufmärschen, fortgesetzter Terroraktionen und des fortschreitenden Organisationsgrades ist immer mehr Menschen die Untätigkeit staatlicher Stellen unverständlich. Vom Leiter des Verfassungschutzes in Schleswig-Holstein, Michael Wolf, war der Nazi-Aufmarsch im Vorfeld verharmlost worden: dieser hätte „*keine besondere Brisanz*", denn sie kämen im Umkreis von Ballungszentren immer wieder vor. Erstaunt fragen sich immer mehr BeobachterInnen der Ereignisse in Elmshorn, was sich die neofaschistische Szene im Norden noch alles erlauben kann, ohne dass es zu Hausdurchsuchungen oder anderen staatlichen Maßnahmen kommt.

Die Reaktionen der Neonazis in den letzten Monaten verdeutlichen zweierlei: so diszipliniert sie sich mit offener Gewaltanwendung bei Aufmärschen (meist) zurückhalten, so unverzichtbar ist ihnen der Terror als Mittel zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen, wenn es darum geht, demokratisch und antifaschistisch engagierte Menschen einzuschüchtern und von weiterem Engagement abzuhalten. Zweitens zeigen die

wütenden Reaktionen, dass genau dies - ein Ende des Verharmlosens, des Wegschauens, der Passivität - für sie hinderlich ist.

Die antifaschistische Kampagne in Elmshorn „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!" zieht inzwischen weitere Kreise. In hoher Auflage verbreiten die IG Metall Küste, der ötv-Bezirk Nord und die DGB-Jugend Nord seit April ein achtseitiges Faltblatt mit Informationen über die regionale Neonazi-Szene und antifaschistische Gegenaktivitäten. Ende April haben 20 hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre, unter ihnen der IG Metall-Bezirksleiter Teichmüller und der HBV-Landeschef Hinrich Feddersen, das Verbot aller bekannten gewalttätigen Neonazigruppen und ihrer Dachorganisationen gefordert, denn *„die Gewalt der Neonazis im Norden hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht."*. Im Blick haben die GewerkschafterInnen dabei vor allem das Netzwerk der sogenannten *Freien Kameradschaften* um das *Aktionsbüro Norddeutschland* sowie den *Hamburger Sturm* oder den Nazi-Treff *Club 88* in Neumünster. Die Forderung richtet sich an die norddeutschen Länderregierungen, die handeln könnten, denn für diese Gruppen ist nicht wie es bei der NPD der Fall wäre (Parteien-Status) das Bundesverfassungsgericht zuständig.

Antifa-Bündnisse vernetzen!

Ein wichtiges Motiv des verstärkten gewerkschaftlichen Engagements ist die zunehmende Bedrohung von GewerkschafterInnen, die sich offensiv dem faschistischen Treiben entgegenstellen, etwa durch die Verbreitung ihrer Namen und Fotos auf Neonazi-Seiten im Internet. Manche/r hätte sich entsprechende Solidarität schon früher gewünscht, denn der rechte Terror ist keine ganz neue Erscheinung. Neben der Stabilisierung des antifaschistischen Engagements der Gewerkschaften und von GewerkschafterInnen, zu der auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem rassistischen und nationalistischen Potential in der Gewerkschaftspolitik gehören sollte, wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung antifaschistischer Proteste in Schleswig-Holstein die Vernetzung der in verschiedenen Orten des Landes (Elmshorn, Neumünster, ..) entstehenden antifaschistischen Bündnisse. Dabei gibt es nicht nur vieles voneinander zu lernen; auch die gegenseitige Unterstützung bei Aktionen wäre ein wichtiger Schritt nach vorne.

VF

Blood and Honour Sektion Norddeutschland aktiv:

750 Neonazis auf Konzert bei Bad Segeberg

Erstmals in großem Stil veranstaltete die Blood and Honour Sektion Norddeutschland am 26. Februar dieses Jahres in Klein Gladebrügge bei Bad Segeberg ein Konzert mit den Bands Landser und Stahlgewitter. Im niedersächsischen Wesel, wo die Veranstaltung zunächst durchgeführt werden sollte, konnte das Konzert aufgrund politischen Drucks durch AntifaschistInnen und Presse nicht durchgeführt werden. Mehrere hundert Polizisten machten im gesamten Bereich Niedersachsen und Hamburg eine Ersatzveranstaltung unmöglich. Dagegen wurden in Schleswig-Holstein 200 Polizisten eingesetzt, um die „Geburtstagsparty" zu beschützen.

Die Veranstaltung war durch den schon aus FAP-Zeiten bekannten Sascha Bothe aus Tostedt angemeldet worden. Dieser ist einer der Naziskinheadführer im norddeutschen Raum und hatte sowohl in Wesel als auch in Klein Gladebrügge eine Geburtstagsparty angemeldet. Geburtstag hat er selbst zwar im Oktober, es traf sich allerdings recht gut, daß just am 23. Februar der 70. Todestag des Nazi-Helden Horst Wessel war - für die Neonazionalsozialisten von Blood and Honour allemal ein Grund zum Feiern.

Blood and Honour, ein international agierendes Netzwerk neonazistischer Bands, Musiker, Produzenten und Musikvertriebe mit etwa 250 Mitgliedern in Deutschland, nimmt inzwischen in der Neonaziszene eine besondere Rolle ein: mit illegal produzierten und vertriebenen CDs und Videos werden weit über die Naziszene hinaus Jugendliche erreicht und offen rassistische, antisemitische und nationalsozialistische Texte und Inhalte verbreitet. Dabei präsentieren sich die Aktivisten als verschworene Gemeinschaft und versuchen durch besondere Härte, Brutalität und Konspiration eine Führungsrolle in der rassistischen Musikszene einzunehmen. Blood and Honour wurde ursprünglich von Ian Stuart, dem Gründer der englischen Naziband Screwdriver gegründet, der ähnlich wie Michael Kühnen, dem Chefideologen der militanten bundesrepublikanischen Naziszene der siebziger und achtziger Jahre, erkannt hatte, daß durch die Beeinflussung der Skinhead- und Musikszene mittels eigener Bands und ideologisch verbrämter Texte, enorm viele Jugendliche zu erreichen sind. In den letzten Jahren arbeitete die deutsche Blood and Honour-Szene sehr eng mit schwedischen und dänischen Neonazis, insbesondere dem in Helsingborg ansässigen Vertrieb NS 88 des Deutsch-Dänen Marcel Schilff zusammen. NS 88, inzwischen umbenannt in Blood and Honour Scandinavia, übernahm den Direktversand, während in Deutschland insbesondere der Nibelungenversand von Jens Hessler in Lingen den Vertrieb übernahm. Aber auch andere Verkaufswege wurden ausprobiert: so wurden im Herbst 1998 nach Polizeiangaben mehrere zehntausend CDs aus dem Produktionsprogramm von NS 88 in den Lagerräumen des Inhabers des Kieler Plattenladens No Mercy Records (inzwischen geschlossen) Michael Petersen beschlagnahmt.

Verkauft werden die CDs und Videos also hauptsächlich über Postvertriebe, daneben spielt aber auch der Verkauf auf Konzerten eine große Rolle.

Neben Sascha Bothe aus Tostedt beteiligte sich auch Thorben Klebe vom Hamburger Sturm an der Organisation des Konzerts in Klein Gladebrügge. Über Mobiltelefon dirigierten die beiden die ca.

750 Besucher aus dem niedersächsischen Wesel nach Bad Segeberg und von dort zum Konzert. Klebe ist bereits öfters in Zusammenhang mit Blood and Honour aufgetreten und dürfte einer der wichtigsten Aktivisten im Raum Hamburg sein. Er wurde in diesem Zusammenhang zu einer zur Bewährung ausgesetzten Haftstrafe verurteilt, weil er sich an der Einschmuggelung einiger Tausend illegaler, in den USA produzierter CDs beteiligt hatte - CDs der Gruppe Landser aus Berlin, die nun ungestört und unter Polizeischutz vermutlich auch die Songs der indizierten CD zum besten geben durften.

Die Verbindung nach Klein Gladebrügge bzw. Bad Segeberg ist ebenfalls leicht herzustellen. Zwar bieten Blood and Honour via Internet 500,- DM Belohnung für jede Vermittlung eines für Konzerte geeigneten Saals, diese Belohnung wird im Falle des Landser/Stahlgewitter-Konzerts jedoch nicht notwendig gewesen sein. Die sehr aktive Bad Segeberger Naziszene um Henning Fesser verfügt über enge Kontakte sowohl zum Hamburger Sturm und Thorben Klebe, als auch nach Tostedt. So nahm Henning Fesser im August 1998 am Rudolf-Hess-Gedenkmarsch im dänischen Greve teil und marschierte dort gemeinsam mit Tim Bartling, dem langjährigen Organisator des Club 88 in Neumünster, Steffen Holthusen, einem Nazi Kader aus dem Umfeld der Hamburger Naziführer Christian Worch und Thomas Wulff und Thorben Klebe unter dem Transparent von Blood and Honour Scandinavia. Tim Bartling ist ein enger Bekannter von Sascha Bothe und hatte in der Vergangenheit auch Kontakt zu Thorsten Heise.

Überhaupt besteht in Norddeutschland und dabei insbesondere in Schleswig-Holstein schon lange eine sehr aktive Nazimusikszene. Eine der berühmtesten deutschen Nazibands, die Gruppe Kraftschlag, stammt ursprünglich aus Elmshorn. Kraftschlag-Mitglied Jens Uwe Arpe, momentan in der JVA Neumünster beheimatet, war jahrelang Mitarbeiter von NS 88 und lebte phasenweise in Schweden. In Lüneburg lebt der Neonazi Sven Greve, der als Mitglied der Nazigruppierung Hammerskins gilt. Greve arbeitet eng mit den Hamburgern Christian Worch und Thomas Wulff zusammen und ist momentan in den Aufbau eines Schulungszentrums in Niedersachsen involviert. Unter seiner Regie wurden das Norddeutsche Hammerskin Magazin und die Zeitschrift der Blood and Honour Sektion Norddeutschland vereint. Daneben gibt es etliche schleswig-holsteiner Nazibands und mehrere kleinere Nazimusikversände.

Interessant ist, dass nicht nur in Wesel, sondern auch in Klein Gladebrügge die Konzertanmeldung bereits einige Wochen vor dem Termin stattfand, und dies der jeweiligen Polizei und somit den Landesbehörden bekannt war. Während die Anmeldung in Wesel öffentlich wurde, blieb das Konzert in Klein Gladebrügge bis wenige Stunden vor Beginn geheim. Durch diese Geheimhaltungsstrategie wollte die Polizei offensichtlich öffentlichen Protest unmöglich machen. Für Blood and Honour ist eine solch aufwendige Vorbereitung - zwei Säle werden unabhängig voneinander gemietet, zwei Anlagen besorgt - nichts besonderes. Sie haben in den letzten Jahren bei einigen Konzerten gezeigt, dass sie durchaus in der Lage sind, mehrere Räumlichkeiten vorzuhalten und zum Teil bis zu 2000 Konzertbesucher per Telefonkette an Polizeikontrollen vorbeizuschleusen, bis trotz Beobachtung ein Veranstaltungsort angelaufen werden konnte. Dieser Aufwand zeigt aber nicht nur, dass die Gruppe ziemlich professionell arbeitet, sondern auch, wie viel Geld mit Konzerten und CD-Verkauf zu machen ist. Immerhin ergäbe allein das Konzert bei 700 zahlenden Besuchern und einem Eintrittspreis von 15-20 DM einen Umsatz von 10.500 bis 14.000 DM. Die 500 CDs, die die Polizei im Auto eines anreisenden Nazis beschlagnahmte, hätten bei einem normalen Verkaufspreis von mindestens 30 DM einen Umsatz von 15.000 DM erzielt. Für eine Organisation von ausschließlich politisch eingebundenen Aktivisten mit neonationalsozialistischer Ideologie eine Kalkulation, die den politischen Handlungsspielraum erheblich erweitert.

Mit dem Buch „White Noise“ liegt nun erstmals ein aktuelles Nachschlagewerk über die Nazimusikszene nicht nur in Deutschland vor. Auf 150 Seiten wird die Entwicklung dieser Szene, sowie die Situation in Deutschland und anderen Ländern dokumentiert. Neben der Enough is Enough wird das Buch vom Antifaschistischen Inffoblatt, der Reihe antifaschistische Texte/Unrast Verlag sowie der internationalen Antifazeitung Searchlight herausgegeben.
White Noise kostet 18,- DM und ist im guten Buchhandel erhältlich.

Die Gastwirtschaft „Trichter“, in der das Konzert durchgeführt wurde, ist seit längerem ein Treffpunkt von Neonazis. Bereits nach der Demonstration des Freiheitlichen Volks Block in Bad Segeberg am 24.5.1997 trafen sich die Kameraden anschließend dort, um ihren Sieg zu begießen. Am 4. Oktober desselben Jahres wurde dort das Bündnis Rechts für Lübeck gegründet; anwesend waren Kader verschiedener Nazigruppen aus dem norddeutschen Raum. Vertreten waren NPD, DVU, Republikaner, Deutsche Liga für Volk und Heimat sowie etliche sogenannte Freie Nationalisten, also Mitglieder und Sympathisanten der verbotenen militanten Naziorganisationen.

Im November 1997 veranstaltete die NPD im Trichter eine große Saalveranstaltung, danach folgten verschiedene kleinere Treffen. Am 25. April 1999 fanden sich erneut 300 DVU-Mitglieder ein, um ihrem Chef Gerhard Frey zu lauschen. Erst daraufhin formierte sich Protest in dem 500-Einwohner großen Dorf.

Der Pächter des Trichter, Wolfgang von Dach, ehemaliges SPD-Mitglied und ehemaliges Gemeinderatsmitglied ist mittlerweile im Ort völlig isoliert, zeigt sich aber mit den üblichen Argumenten uneinsichtig: er müsse in wirtschaftlichen Kategorien denken, und schließlich müssten „die Jungs“ ja irgendwo feiern können. Er will auch in Zukunft seine Gastwirtschaft Nazis zur Verfügung stellen.

Das Konzert in Klein Gladebrügge ist aus verschiedenen Gründen Anlass, sich Sorgen zu machen. Das Konzept von Blood and Honour, offen den Nationalsozialismus verherrlichende, rassistische und antisemitische Musik als identitätsstiftendes und politisierendes Medium für die Schaffung und Verbreiterung einer rechten Jugendszene einzusetzen, könnte in Schleswig-Holstein besonders erfolgreich sein. Schon jetzt ist es beispielsweise dem Hamburger Sturm im nördlichen Umland Hamburgs, den Bereichen Pinneberg, Norderstedt und Elmshorn, gelungen eine größere Zahl von Jugendlichen an sich zu binden. Dabei wird für die Jugendlichen regelrecht eine neonazistisch und rassistisch eingefärbte „Erlebniswelt“ aufgebaut. Dazu gehören neben den inzwischen praktisch jedes Wochenende stattfindenden Naziaufmärschen gemeinsame Konzertbesuche, Feten oder auch der gemeinsame Besuch von Fußballspielen. In diesem Zusammenhang spielt auch der Neumünsteraner Club 88 eine besondere Rolle innerhalb der schleswig-holsteinischen Naziszene. Immerhin ist der Club der einzige Treffpunkt, in dem man sich gänzlich unter sich fühlen, sich hemmungslos ausleben kann. Dieser Aspekt spielt, neben der Bedeutung als Anlaufstelle und Treffpunkt, insbesondere für neugierige, noch nicht in die Naziszene integrierte Jugendliche eine Rolle. Sofern es der norddeutschen Naziszene gelingt, ihr Angebot an Treffpunkten und Freizeitgestaltungsmsglichkeiten weiter auszubauen und kontinuierlich zu gestalten, insbesondere angereichert durch besondere Highlights wie Aufmärsche und Konzerte, wird sich ihre Anziehungskraft enorm verstärken. Dies wäre ein großer Schritt zu einer breiteren Verankerung und Festsetzung ihrer Strukturen.

Der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge

Scheitelträger in Amt und Würden

Der Anschlag auf die Erfurter Synagoge war seit den Lübecker Brandanschlägen ein Höhepunkt des bundesdeutschen militanten Antisemitismus. Seine Hintergründe, Begleiterscheinungen und die (etablierten) Reaktionen kurz nach dem Anschlag sprechen Bände.

Kopie
Dieser Anschlag
basiert auf rein
Antisemitischer
Ebene!
Wir Grüßen den
Verfassungsschutz
Gotha.
Heil Hitler
Die Scheitelträger

Die Tat

In der Nacht des 20. April, dem 111. Geburtstag Adolf Hitlers, warfen mindestens drei junge Männer zwischen 17 und 18 Jahren aus dem Raum Gotha einen Molotow-Cocktail gegen die steinerne Rückwand des jüdischen Gotteshauses. Einen zweiten Molotow-Cocktail warfen sie auf das Dach der Synagoge. Beide Brandsätze zündeten nicht, waren laut Polizeisprechern dilettantisch gebaut. Sie hinterließen ein Bekennerschreiben: "Dieser Anschlag basiert auf rein antisemitischer Ebene! Wir grüßen den Verfassungsschutz Gotha. Heil Hitler." Unterzeichnet war das Schreiben mit "Die Scheitelträger".

Ermittlungen bzw. Nebelgranaten

Nein, Neonazis könnten für den Anschlag nicht verantwortlich sein, beeilten sich die Ermittlungsorgane zu verbreiten. Gierig wurde es von erheblichen Teilen der Presse aufgegriffen: an der Bauart der Mollis (wirkliche Nazis haben natürlich soviel Erfahrung mit Brandsätzen, dass sie diese professionell herstellen können) und an der Unterschrift (echte arische Kämpfer nennen sich "*nationale Bürger*" oder ähnlich) des Bekennerschreibens sei zu ersehen, dass nur Linke, die den Nazis (mal wieder?) was in die Schuhe schieben wollen, den Brandanschlag verübt haben können. Und dann: "basiert auf rein antisemitischer Ebene"; sind die deutschen Recken zu einer solchen Wortwahl fähig?

Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringens, Wolfgang Nossen, widersprach – das ging jedoch im Medientaumel unter. Nossen zeigte sich vom Brandanschlag nicht überrascht. In der taz erläuterte er: *"In Deutschland passiert jede Woche irgendwo etwas Antisemitisches. Wenn bei fast all solchen Anschlägen die Täter nicht dingfest gemacht werden können und Strafen in aller Regel relativ moderat sind, dann ermutigt das die rechten Kreise. Dann versuchen die auch mal eine Steigerung.*" Und führt weiter aus, dass schon 1991 Rechtsextremisten ein Synagogenfenster mit Pflastersteinen zertrümmert haben, 1996 zwei halbe Schweineköpfe auf das Grundstück geworfen wurden, Nazi-Skins sich unter der Überwachungskamera aufgestellt und Nazilieder gesungen haben, fünf Wochen vor dem Brandanschlag bereits der Friedhof der jüdischen Gemeinde geschändet wurde. Ziemlich genau ein Jahr zuvor mußten jüdische Gemeindemitglieder Provokationen und Bedrohungen seitens einer Gruppe von jungen Nazis über sich ergehen lassen.

Die Täter...

Polizei und Staatsanwaltschaft konnten nicht umhin, später ihren Irrtum, Linke könnten die Brandstifter sein, einzugestehen. Auf dem Bekennerschreiben fanden sich Fingerabdrücke von Andreas Jahn, ein 18-jähriger einschlägig vorbestrafter Aktivist der NPD-Abspaltung Bund Deutscher Patrioten. Auch seine beiden Mittäter sind Mitglied dieser faschistischen Organisation.

Jahn ist 1998 aus der NPD ausgeschlossen worden, im Januar ´99 gründete der frühere Landesvorsitzende Thüringens, Frank Golkowski, in Gotha den Bund Deutscher Patrioten, demJahn dann beitrat. Der BDP dürfte über ca. 50 Mitglieder, meist frühere NPD-Anhänger, verfügen. Jahn, Kaufmanns-Azubi, ist wegen des "*Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen*" und Körperverletzung vorbestraft, seine Fingerabdrücke befanden sich deshalb

bereits im Polizeicomputer. Dass es zwei Molotow-Cocktails waren, mit denen die Synagoge zerstört werden sollte, erfuhren die Behörden erst von den Tätern: bei der Spurensicherung wurde der Brandsatz auf dem Dach nicht entdeckt...

...und der Hintergrund

Nachdem das Motiv und die politische Gesinnung der Täter nicht mehr wegzudiskutieren war, beeilten sich die Landesväter und –mütter mit dem Relativieren: die Täter hätten "*keinen Rückhalt in der Bevölkerung des Freistaates Thüringen*" heißt es in einer Erklärung des Thüringeschen Landtages (eine gemeinsame Erklärung von CDU, SPD und PDS). Und natürlich: "*Die rechtsextreme Tat hat auch dem Ansehen Thüringens schweren Schaden zugefügt.*" Fragt sich, ob die Tat nicht das Bild Thüringens erst beleuchtet hat: aufzulisten wären an dieser Stelle nicht nur die antisemitischen Verbrechen, von denen Wolfgang Nossen in der taz berichtete. Schon der Verfassungsschutz weiß von 1520 Personen, die der rechtsextremen Szene zugeordnet werden können, alleine die NPD hat mindestens 260, meist jugendliche, Mitglieder. Sie ist Kulminationspunkt für den militanten Neofaschismus Thüringens geworden. Wenn Ministerpräsident Vogel (CDU) meint, "der Anschlag "stehe im krassen Gegensatz zum geistigen Klima im Freistaat Thüringen", übersieht er nicht nur die drastisch ansteigenden Zahlen von faschistisch motivierten Gewalttaten. Eine repräsentative Studie von MeinungsforscherInnen hat ergeben, dass die ThüringerInnen mehr Angst vor Ausländern, als vor Arbeitslosigkeit haben. Im Vergleich zu jungen Menschen aus Bayern, Brandenburg und Schleswig-Holstein äußerten junge ThüringerInnen am häufigsten ausländerfeindliche und antisemitische Ansichten, übrigens reicht diese Stimmung (im Gegensatz zu den alten Bundesländern) bis weit in die Gymnasien hinein.

Nach den vollmundigen Ankündigungen von Thüringens Inneminister Klöckner (CDU), die Polizei werde nunmehr "*den Druck auf die rechte Szene steigern*", hetzten vier Jugendliche einen Türken durch das Zentrum von Erfurt und schlugen ihn anschließend krankenhausreif.

Die Stimmung von unten passt zur Stimmungsmache von oben: tatsächlich konnten in der Vergangenheit Neonazis in Thüringen sicher sein, dass ihre Aufmärsche erlaubt und ausreichend von der Polizei geschützt werden, z.B. in Gera, Jena und eben auch in Erfurt. Der Erfurter Aufmarsch fand nur wenige Wochen vor dem Brandanschlag statt, 400 Nazis, meist von der NPD sangen unter Polizeischutz die erste Strophe des Deutschlandliedes. Einige AntifaschistInnen versuchten, ihnen mit einer Sitzblockade den Weg zu sperren. Sie bekamen Gummiknüppel und Pfeffer-Spray zu spüren – nicht von den Nazis, sondern von der Polizei. Anfang April bedrohten Nazis ein HipHop-Konzert, die VeranstalterInnen riefen die Polizei um Hilfe. Diese kam – um das Konzert aufzulösen. Dabei wurde selbst der Jugenddiakon der evangelischen Kirche, als er vermitteln wollte, in Gewahrsam genommen. Und als Polizisten eine (der seltenen) Verbotsverfügungen für einen Aufmarsch in Saalfeld an anreisende Faschisten verteilten, fand sich auf dem Papier die komplette Anschrift des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft HBV, Angelo Lucifero, der sich dem wachsenden Rechtsextremismus engagiert in den Weg stellt. Lucifero mußte die Wohnung wechseln. Bereits zuvor war er Opfer mehrerer Anschläge von Nazis auf sein Auto. Lucifero stellte Anzeige gegen die Polizei – ohne Erfolg, das Verfahren wurde eingestellt, da "*keine Absicht*" der Beamten bei dieser Anti-Antifa-Aktion zu erkennen gewesen sei.

Die grünuniformierten Wegbereiter der Faschisten handeln durchaus nicht eigenmächtig: Leute, die sich nur mit Sitzblockaden einem Nazi-Aufmarsch widersetzen, gehören für Innenminister Klöckner zu "*linksextremen Störern, die es auch konsequent zu bekämpfen gilt.*" Der Verfassungsschutz des Landes gibt ein monatliches Mitteilungsblatt heraus ("*Nachrichtendienst*"), sein Präsident Roewer schreibt auch selbst – und äußert darin teilweise Sympathie für Positionen der extremen Rechten.

Und der CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Althaus erklärt eine Publikation, die sich gegen Faschisten wandte, zu einem "*Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung*". Wundert es noch, dass der Jenaer Oberbürgermeister davor warnt, Demonstrationen/ Veranstaltungen, die sich mit dem rassistischen Klima und der faschistischen Organisierung auseinandersetzen, könnten von "*Kräften missbraucht werden, die auf der linken Seite zu Gewalt aufrufen*"?

Scheinheilig und verlogen, wenn Innenminister Klöckner nun ein Verbot der NPD fordert. Das ist kein Schritt zur Bekämpfung der Faschisten, sondern lediglich eine Public-relation-Maßnahme, die darüber hinweg täuschen soll, dass es (mal wieder) der Extremismus der Mitte war, der die Faschisten in den letzten Jahren gedüngt hat und den Erfurter Synagogenanschlag erst möglich machte.

HPW

Landtagswahl: NPD bei 1%

Als einzige Partei der extremen Rechten war Ende Februar die NPD zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein angetreten. 15106 Personen gaben den Faschisten ihre Stimme.

Für den NPD-Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein, **Ingo Stawitz**, der im Vorfeld noch getönt hatte, „*der Interessentenzuspruch (...) übersteige bisher alle Erwartungen (...) ein Überraschungserfolg der NPD werde immer wahrscheinlicher*", kann „*das Ergebnis zwar keineswegs zufriedenstellen*", aber die Partei sei „*immerhin in die staatliche Parteienfinanzierung*" gekommen, da sie über 1% der abgegebenen Stimmen erreicht habe.

Landtagswahl 2000
NPD-Ergebnisse nach einzelnen Wahlkreisen

= unter 1,0%
= 1,0%
= über 1,0%

Je grauer, desto brauner: Grafische Darstellung der Wahlkreise, in denen die NPD über- oder unterdurschnittliche Ergebnisse erzielte.

Leichter Aktivitätszuwachs

Tatsächlich hat die NPD im Vergleich zu den vergangenen Landtagswahlkämpfen etwas mehr Aktivität gezeigt, wenn von flächendekkenden Aktivitäten auch nicht die Rede sein konnte. Besonders aggressiv zeigte sich die Nazi-Szene in Lübeck und Elmshorn (siehe gesonderte Berichte).

Von der CDU-Finanzaffäre konnte die älteste neofaschistische Partei allerdings nicht profitieren, obwohl sie insbesondere in der letzten Phase des Wahlkampfes besonders dieses Thema in Flugblättern unter der Parole „*Den Sumpf trockenlegen*" aufgegriffen hatte. **Jürgen Distler**, Chefredakteur der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme*, sieht die NPD dennoch auf dem Weg, „*eines Tages Nutznießer kommender politischer Umwälzungen zu sein.*"

Tatsache bleibt, dass es der NPD nicht einmal gelungen ist, das rechtsextreme Stammwählertum voll zu mobilisieren. Nicht einmal in Lübeck, wo bei den Kommunalwahlen immerhin noch 3,6% für das *Bündnis Rechts* (an dem die örtliche NPD einen beträchtlichen Anteil hatte) stimmten; dabei war die Wahlteilnahme der NPD im Lübecker Stadtbild (leider) nicht zu übersehen (siehe nebenstehenden Artikel). Die NPD konnte mit 1,5% nicht einmal die Hälfte des Bündis Rechts-Ergebnisses einfahren. Für die national'demokratischen' Aktivisten dürfte es ziemlich frustrierend sein, dass ein Wahlkampf zum Ergebniskrampf geführt hat. Welche Folgen das für das innerparteiliche Klima hat, belegt der neuerliche Streit um den Landesvorstand (siehe Seite 16).

Den Kampf um die Straße will die NPD mit dem Kampf um die Parlamente verbinden. Sie ist noch weit von einem Erfolg entfernt.

Ausgewählte NPD-Ergebnisse:

Mölln 2,6%	**Itzehoe 1,2%**	**Quickborn 1,0%**
Lauenburg 2,4%	**Pinneberg 1,2%**	**Wedel 1,0%**
Ratzeburg 2,0%	**Malente 1,1%**	**Henstedt-Ulzburg 0,9%**
Uetersen 2,0%	**Schenefeld 1,1%**	**Preetz 0,9%**
Geesthacht 1,8%	**Plön 1,1%**	**Rendsburg 0,9%**
Kaltenkirchen 1,6%	**Heide 1,1%**	**Eckernförde 0,8%**
Lübeck 1,5%	**Eutin 1,1%**	**Oldenburg 0,8%**
Schwarzenbek 1,5%	**Brunsbüttel 1,1%**	**Flensburg 0,8%**
Neumünster 1,5%	**Bad Schwartau 1,1%**	**Kiel 0,8%**
Elmshorn 1,4%	**Neustadt 1,0%**	**Ahrensburg 0,7%**
Glinde 1,3%	**Norderstedt 1,0%**	**Büdelsdorf 0,6%**
Tornesch 1,3%	**Bad Segeberg 1,0%**	**Bargteheide 0,6%**
Glückstadt 1,2%	**Bad Oldesloe 1,0%**	**Schleswig 0,6%**
Husum 1,2%	**Bad Bramstedt 1,0%**	

Lübecker NPD: Mein (Wahl)-Kampf

Zu mehreren Zwischenfällen kam es im Zuge des NPD-Landtagswahlkampfes. Die Nazis zeigten sich nicht nur rege im plakatieren, sie griffen auch AntifaschistInnen an.

Die Lübecker Polizei reagierte darauf wie gewöhnlich. Die NPD-Schlägertrupps brauchen keine Angst vor behördlichen „Störungen“ ihres Tuns zu haben.

Mit dem Beginn des Landtagwahlkampfes wurden auch die Lübekker Nazis aus dem NPD Spektrum wieder aktiver. Mit mehreren tausend Plakaten mit den altbekannten hetzerischen Parolen wurde Lübeck verunstaltet. Und da die NPD wohl noch stapelweise antike Plakate im Keller ausgegraben hatte, mussten sogar Pappen von der DVU geliehen werden. Aber auch dies reichte noch nicht....Wahlschilder der Grünen, der PDS und der SPD wurden von der NPD überklebt, in Stockelsdorf wurden des weiteren die Fenster der SPD Geschäftsstelle mit der braunen Propaganda zugekleistert. Anzeigen erbrachten keine sichtbare Wirkung.

Doch damit noch nicht genug der Provokation. Am Abend des 16. Februar fuhren Nazis pöbelnd mit einem PKW vor das Gelände der alternative, ließen sich aber dann schnell davon überzeugen, dass sie dort fehl am Platze waren. Nur eine Woche später griffen die Nazis auf offensivere Methoden zurück.

Kennen Sie A[…] W[…]?

Wenn nicht, dann sollten Sie sich die Zeit nehmen, die folgenden Zeilen einmal genauer zu studieren.
Bei A[…] W[…] handelt es sich um die Direktkandidatin der PDS im Wahlkreis 39/Lübeck-Ost, zu dem auch Kücknitz gehört. Sie ist 39 Jahre alt und arbeitet als Altenpflegerin.
Seit mehreren Jahren arbeitet sie aktiv bei der SED-Nachfolgepartei PDS mit und gehört zu deren führenden Köpfen in Lübeck und Schleswig-Holstein. Die politische Tätigkeit der A[…] W[…] beschränkt sich allerdings nicht nur auf die ehemalige Mauerschützenpartei. *(Das Schießen hat man dort übrigens noch nicht verlernt, doch dazu später mehr!)*

Militante Linksextremistin!

Seit Jahren engagiert sie sich tatkräftig im linksextremen Lübecker Bündnis gegen Rassismus, sowie der militanten Antifa. Aus den Reihen dieser Kreise kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen auf nationalgesinnte Bürger, sowie zahlreichen Sachbeschädigungen. Ein Brandanschlag auf das Auto des NPD-Kreisvorsitzenden Jörn Lemke konnte nur knapp vereitelt werden.
Nun kam es im Zuge des Landtagswahlkampfes zu einem neuerlichen Zwischenfall. Am Abend des 16.Februar wurde eine Gruppe von PDS-Mitgliedern dabei beobachtet, wie diese systematisch Wahlplakate der NPD zerstörten. Angeführt wurde diese Gruppe durch eben jene A[…] W[…]. Als einige Anhänger der NPD diese Gruppe zur Rede stellen wollte, kam es zu Handgreiflichkeiten, in deren Zuge auch mehrere Schüsse auf die NPD'ler abgeben wurden. ***(Früher waren es die Republikflüchtlinge – heute sind es politisch unliebsame oder deutschdenkende Menschen !)***
Der NPD-Kreisverband hat Strafantrag gegen A[…] W[…] gestellt. Doch damit allein ist es nicht getan. Die Wachsamkeit aller Lübecker Bürger ist nun gefordert, diesen postkommunistischen Tendenzen in unserer Stadt entgegenzuwirken. In besonderem Maße gilt dies in diesem Fall für Sie, liebe Einwohner von Kücknitz, denn A[…] W[…] lebte bislang unbehelligt unter Ihnen. Ihre Anschrift lautet […] ***Lübeck.***
Sollte die PDS in den Landtag einziehen, wird dieses kriminelle Subjekt dort auch Ihren Stadtteil vertreten, da sie auf dem aussichtsreichen Listenplatz 5 steht.
Dies wäre eine Schande für Kücknitz und muß unter allen Umständen verhindert werden.
Deshalb erteilen Sie der Gysi-Truppe eine Abfuhr und den etablierten Parteien ihren verdienten Denkzettel.
Wählen Sie am 27.02.2000 die einzige noch übrige Deutsche Partei – **NPD !**

Die einzige nationale Kraft NPD Die Nationalen

NPD-Hetze gegen Lübecker Antifaschistin

Bereits am frühen Abend des 23. Februar wurden im Stadtteil Kücknitz Flugblätter der NPD verteilt, in denen eine dort wohnende antifaschistisch engagierte Kandidatin der PDS verleumdet und bedroht wird.

Sie sei ein kriminelles Subjekt, eine Schande für den Stadtteil, die Aufforderung, sie dort nicht länger unbehelligt leben zu lassen, wurde auch in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft verteilt.

Gegen den presserechtlich verantwortlichen Schreiberling Jürgen Gerg wurde Anzeige erstattet.

Am gleichen Abend griff ein Schlägertrupp der Nazis unter „Sieg Heil“-Gebrüll das Gelände der *alternative* an. Bei dem Angriff wurden zwei Besucher der *alternative* verletzt, zwei vor dem Gelände stehende PKW schwer beschädigt und mehrere Scheiben des Cafés zertrümmert. Als mehrere Cafébesucher daraufhin nach draussen stürmten, türmten die Nazis über den Parkplatz der MUK zu drei dort wartenden PKW und entkamen.

■ Neonazi-Angriff

Eine zehnköpfige Gruppe von Neonazis hat in der Nacht zu gestern das Lübecker Jugend- und Kommunikationszentrum „alternative“ gestürmt und Besucher mit Fäusten und Flaschen attackiert. Zwei Personen wurden verletzt und erlitten Platzwunden und Prellungen. „Der wohldurchdachte und mit organisatorischer Effizienz durchgeführte Angriff ist der Höhepunkt der Neonazi-Aggressionen der vergangenen Jahre“, so Holger Wulff vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Das Bündnis vermutet, dass der Anschlag im Zusammenhang mit den Neonazi-Aktivitäten zum 70. Todestags ihres NS-Idols Horst Wessel steht.

Überfall auf die „alternative“?

LN, 25.2.00

Zehn Rechtsradikale mit kurz geschorenen Haaren sollen nach Angaben des Bündnisses gegen Rassismus das Jugend- und Kommunikati-[…]nszentrum „alternative“ auf [de]r Wallhalbinsel gestürmt [hab]en. Am Mittwoch kurz [vor] Mitternacht seien einige [de]n Hof gestürmt und hät[ten] Gäste attackiert. Die […]stätigt diese Version […]h ihren Ermittlun[gen] […]ur einen Geschä[…] […]ach einem Kon[…] […]dzentrum von […] angegriffen […]pfer bekam […] auf den […]tten nach […]riffenen […]le aus[…] […]aude- und […]en seien zer[…] […]rden. uk

taz*- und *LN*-Artikel zum Angriff auf die *alternative

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang wieder einmal das Verhalten der Lübecker Polizei.

Obwohl die Kennzeichen der Naziautos von einem Passanten zufällig gesehen und ca. eine Stunde nach dem Angriff an die Polizei weitergeleitet wurden, blieben diese Angaben dann auf der benachrichtigten Wache liegen, ohne an das zuständige Kommissariat weitergeleitet zu werden. Eine Fahndung nach den Angreifern blieb natürlich sowieso erfolglos.

Vor allen Dingen aber setzte die Polizei gegenüber der Presse bereits unmittelbar nach dem Angriff eine Version des Geschehens in die Welt, nach der keine Hinweise auf einen Überfall von Nazis vorlägen-obwohl sich mehrere Personen bereit erklärt hatten, als Zeugen auszusagen. Denn - für einige Herren kann bekanntlich nicht sein, was nicht sein darf. Besonders in Lübeck.

Erneuter Führungsstreit in der NPD

So richtig zu Ruhe ist der schleswig-holsteinische Landesverband der NPD seit dem Landesparteitag im November 1998 nicht gekommen. Nach dem frustrierenden Ergebnis bei den Landtagswahlen mucken die jüngeren, neo-nationalsozialistischen „Kameraden" auf.

Unter der Leitung des umstrittenen Landesvorsitzenden Ingo Stawitz ist der Vorstand andauernden Ablösegelüsten der Parteikameraden und z.T. heftiger Kritik anderer, der NPD nahestehender Organisationen ausgesetzt. Die Ausgangslage für die Führungsriege war schon durch das knappe Mehrheitsergebnis zugunsten Stawitz denkbar ungünstig.

Vorstands-Neuwahlen?

Neuen Zündstoff lieferte der äußerst dürftige Stimmenanteil für die NPD bei der Landtagswahl im Februar. Malten sich noch vor dem Urnengang etliche der ca. 160 Mitglieder für ihre Partei, welche sich als einzige aus dem rechtsradikalen Spektrum zur Wahl anbot, sogar einen Einzug in den Kieler Landtag aus, kochte einen Tag nach der Wahlniederlage der Streit wieder auf. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Segeberg verabschiedete schon am 1. März den Antrag auf Einberufung eines Landesparteitages mit Neuwahlen. Dieses wurde verbunden mit der Aufforderung an die neun weiteren Kreisverbände sich den Absichten der Segeberger anzuschließen. Begründet wurde der Antrag, welcher mit 10 Ja-Stimmen und keinen Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen wurde, mit der innerparteilichen Talfahrt der NPD.

Der Landesvorstand sei „*nicht in der Lage*" die „*weltanschauerliche Einheit der nationalen Bewegung anzustreben*" und „*zersetzt die nationaldemokratische Basis*". Desweiteren behauptet der Segeberger Kreisverband, daß der Landesvorstand „*durch seine Unfähigkeit einen gravierenden Erfolg der NPD*" bei den Landtagswahlen verhindert hat. „*Unter einer fähigen Führung hätte die NPD, ..., mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit das dreifache der erlangten Stimmen erreichen können*", meint zumindest die Mitgliederversammlung.

Der parteiinterne Kritikerflügel gegen die Landesleitung besteht hauptsächlich aus jüngeren, neo-nationalsozialistisch orientierten Mitgliedern, welche ihre Führung schon mal als reaktionäre Politleichen bezeichnen.

Das Jungvolk bläst zum Sturm gegen die Führung. Unter Adolf hätte es so etwas nicht gegeben!

(MM)

DVU wieder auf Linie ?!

Seit Jahren jammert die extreme Rechte darüber, dass sie in den Parlamenten keine dauerhafte Vertretung etablieren kann. Immer wieder wird die Zersplitterung in eine Vielzahl von Parteien als ein wichtiger Grund für diese Situation angeführt. Nun gibt es zwar einen erneuten Sammlungsversuch von extrem rechten Klein(st)parteien wie BFB, DP und DSU, aber die mitgliederstärksten, finanzkräftigsten bzw. aktionsfähigsten Parteien REP, DVU und NPD sind daran derzeit nicht beteiligt, weil sie für sich jeweils eine Führungsrolle im „nationalen Lager" beanspruchen.

Die DVU tut dies insbesondere mit Blick auf gelegentliche Wahlerfolge, wie etwa in Sachsen-Anhalt, wo die Frey-Truppe im Frühjahr 1998 16 Sitze gewann. Nun hat die DVU ihre Kandidatur für die Bürgerschaftswahl in Hamburg im Jahr 2001 angekündigt. Erste Aufgabe ist es jedoch zunächst, die eigenen Reihen zu schliessen. Besonders scharfe Formen hatte der innerparteiliche Streit in der Landtagsfraktion der DVU in Sachsen-Anhalt angenommen. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen dabei Verdächtigungen um Veruntreuung von Geldern und die Anschuldigung gegen den DVU-Fraktionsmitarbeiter **Matthias Canis**, er habe über den Rechner der DVU-Fraktion einen Handel mit Kinderpornos betrieben. Schließlich warfen **Claudia Wiechmann** (DVU-Fraktionsvorsitzende) und ihr Stellvertreter **Helmut Wolf** Frey vor, er habe Canis nicht entschlossen genug abgestraft. Ihre Forderung: Parteibesitzer

Frey müsse als Bundesvorsitzender zurücktreten. Frey ließ im Gegenzug den bevorstehenden Ausschluß von Wiechmann und Wolf, den er zwei Jahre zuvor noch als *„Zierde des Parlaments"* bezeichnet hatte, ankündigen.

Veranstaltung der DEUTSCHEN VOLKSUNION am **Samstag, 1. April 2000.**

Tagesordnung:

1) Begrüßung und Eröffnung
2) Rede des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey
3) Rede des DVU-Bundesvorstandsmitglieds, Hans Weidenbach, zum Thema: „Die DVU steht hinter Dr. Frey und gegen Verrat"
4) Rede des DVU-Landesvorsitzenden und stellvertretenden DVU-Fraktionsvorsitzenden in Hamburg-Wandsbek, Rudolf Reimers, zum Thema: „Die erfolgreiche DVU-Parlamentsarbeit in Hamburg"
5) Rede des stellvertretenden DVU-Bundesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden in Hamburg-Wandsbek, Heinrich Gerlach, zum Thema: „Die Erfolge der DVU sind nicht zu stoppen"
6) Schlussansprache des Bundesvorsitzenden

Ausriss aus einer DVU-Einladung: Die Tagesordnung belegt das Niveau der Partei

Nazi-Fraktionen: Aus eins mach zwei

Inzwischen existieren im Landtag in Magdeburg zwei Fraktionen der extremen Rechten. Die vier Getreuen Frey's firmieren nun als Fraktion Deutsche Volksunion/Freiheitliche Liste (DVU-FL), während die neun EX-DVU'lerInnen sich der eng mit dem Lübecker Bündnis Rechts zusammenarbeitenden Kleinstpartei Vereinigte Rechte angeschlossen haben. Programmatisch gibt es keine Unterschiede; die liegen dafür anderswo: mindestens 20 Prozent ihrer Diäten führen der DVU-Landesvorsitzende **Dieter Kannegießer** und seine fünf Mitstreiter an die DVU-Parteizentrale ab. Eine solch enge Anbindung wollten Claudia Wiechmann und Helmut Wolf, das Führungsduo der FDVP, nicht länger hinnehmen.

Anfang Februar nahm Frey in einem Brief an die DVU-Mitglieder Stellung. Darin wirft er insbesondere Wiechmann parteischädigendes Verhalten vor und appelliert an die *„Mitglieder, Freunde und Wähler der Partei jeder Form von Verrat eine deutliche Absage (zu) erteilen"*. Auf dem Bundesparteitag der DVU am 12. Februar wurden Wiechmann und Wolf aus der Partei ausgeschlossen, weil sie *„Wählerverrat verüben und ... eine an deutschen Interessen orientierte Politik der DVU in Misskredit bringen wollen"*. Die Deutsche National-Zeitung, herausgegeben von Frey, druckte denn auch dutzendfach Loyalitätserklärungen von DVU-Funktionsträgern ab. Da wird gegen *„die absurden und unverschämten Rücktrittsforderungen der Wiechmann-Fraktion"* gewettert, zum Rauswurf der *„politisch Ehrlosen"* aufgerufen oder gleich eine Geheimdienst-Aktion vermutet. Um die eigenen Reihen fest hinter DVU-Chef Frey zu schließen, reiste dieser im Frühjahr durch die Lande. Im Norden trat er gleich doppelt auf. In über 20 Städten Schleswig-Holsteins machten die Busse Station, die die DVU-AnhängerInnen am 1. April kostenlos zum Veranstaltungsort nach Hausbruch im Süden Hamburgs karrten - kostenlos versteht sich, dafür an einzelnen Abfahrtsorten aber gestört durch AntifaschistInnen. Auf dem Programm stand vor allem die Selbstbeweihräucherung der DVU und ihres Vorsitzenden. Das Bundesvorstandsmitglied **Hans Weidenbach** sprach zum Thema *„Die DVU steht hinter Dr. Frey und gegen Verrat"* und der Hamburger DVU-Landesvorsitzende **Rudolf Reimers** durfte über **„die erfolgreiche DVU-Parlamentsarbeit in Hamburg"** berichten. Allerdings kam es während der Veranstaltung, an der ca. 300 Leute teilnahmen, zu Auseinandersetzungen mit etwa 30 Neonazis aus dem Umfeld des sog. **Aktionsbüro Norddeutschland**. Dieses wird von der Gruppe um **Worch** und **Wulff** geleitet, hat bundesweite Bedeutung und koordiniert viele neonazistische Aktivitäten im ganzen norddeutschen Raum. Die Neonazis verteilten ein Flugblatt gegen Frey, den sie in einer Erklärung als einen *„der sattsam bekanntesten Vertreter dieser widerwärtigen Gattung"* von *„feiste(n) Geschäftemacher(n) und machtgierigen(n) Funktionäre(n)"* bezeichneten, und wollten zudem in den Besitz des Rednermikrophons gelangen. Der chaotische Ablauf der Veranstaltung veranlasste die DVU schließlich dazu, am 16. April noch einmal zu einer Versammlung mit Frey einzuladen. Dieses Mal durfte der Bremerhavener DVU-Fraktionsvorsitzende Tittmann über das Thema *„Die DVU steht hinter Dr. Frey und gegen Verrat"* schwadronieren.

Wie üblich wurde die Veranstaltung von der DVU in ihrer Presse hochgejubelt; der DVU-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein **Henftling** wurde wiedergewählt.

SHUT 'EM DOWN!

PICCADILLY SHOP DICHTMACHEN! GEGEN FASCHISTISCHE PROPAGANDA UND NAZINETZWERKE.

Fascholaden Piccadilly-Shop, Eckernförder Straße in Kiel

JLO - nun ein „Kampfverband für Ostpreußen" ?

Seit April 1991 gibt es die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) als Verband der - so die Formulierung in einer Selbstdarstellung - „nachgeborenen Vertriebenengeneration". *Die Organisation ist eng verbunden mit der revanchistischen Landsmannschaft Ostpreußen (LMO) und dem von dieser herausgegebenen Ostpreußenblatt. Anfang 2000 nun hat sich die LMO von der JLO getrennt - wegen deren zunehmend neofaschistischer Ausrichtung.*

Am 28. Januar hat eine Bundesvorstandssitzung der LMO beschlossen, dass die JLO nicht mehr die LO-Jugendorganisation ist.

Damit entfallen erhebliche finanzielle Unterstützungen; auch die Elchschaufel - das Symbol der LMO - darf von der JLO nicht mehr verwendet werden. Der gravierende Schritt - immerhin war die Mitgliedschaft in der JLO bei weiter steigender Tendenz auf über 1000 angewachsen - wurde den LeserInnen des Ostpreußenblattes Ende Februar dann ausführlich erläutert.

Überraschend(?) verfassungsfeindlich

Man habe sich zu diesem Schritt gezwungen gesehen, weil in der *„JLO überraschend Kräfte die Oberhand gewonnen hatten, die (...) nicht bereit waren (...) eine staatstragende und verfassungstreue Haltung zu wahren"*, denn *„die neu zugewanderten Kräfte (stellten) allgemeinpolitische, gesellschaftskritische Themen in den Vordergrund"*. Teil dieser Entwicklung seien *„bereits 1997 Bestrebungen (gewesen), den Namen der 'Jungen Landsmannschaft Ostpreußen' abzulegen und sich in 'Deutschlandjugend' umzubenennen."* Dies nun war allerdings von der LMO-treuen Spitze der JLO um **Bernhard Knapstein**, **Rüdiger Stolle** und **Rene Nehring** im Frühjahr 1998 selbst zur Entscheidung gestellt worden.

In der JLO-Mitgliederzeitung FRITZ wurden die zwei Richtungen offen benannt: eine Variante gehe davon aus, dass die Voraussetzung zur Rückgewinnung *„Ostpreußens"* darin besteht, dass ein *„deutsches Deutschland"* fortbesteht. Daher sei es notwendig, sich nicht nur zu unmittelbar *„landsmannschaftlichen Fragen"* zu äußern, sondern auch zu Themen wie Einwanderung u.ä. Die andere Richtung sehe in der Konzentration auf das „Thema Ostpreussen" die grössere Zukunftsperspektive und erwarte bei diesem Selbstverständnis ein fortbestehende Anbindung an die LMO, die *„bisher den Schutz vor den Angriffen der linksliberalen und internationalistischen Parteien und Gruppierungen"* biete.

Ende 1999 hat sich die erste Strömung auch im Vorstand durchgesetzt. Zum Bundesvorsitzenden wurde an Stelle von Rene Nehring nun **Christian Schaar** gewählt. Daraufhin bildete sich um Nehring zunächst eine *AG Ostpreußische Jugend* in der JLO.

An der folgenden Auseinandersetzung beteiligte sich auch der Kieler Student **Thorsten Thomsen**, der seit einiger Zeit Pressesprecher des neofaschistischen ***Bündnis Rechts*** um **Dieter Kern** ist. Mitte Januar warf er Nehring in einem Offenen Brief vor, dass die Gründung der AG Ostpreußischen Jugend „eine Art Spaltprodukt" sei. Ausführlich verteidigt er Vorhandensein und Stärkung der neofaschistischen Strömung in der JLO. Unter Bezugnahme auf den früheren JLO-Vorsitzenden von Hessen, **Marco Domrös**, der in einem Rundschreiben den *„Kampf für ein großartiges, nationales und soziales Deutschland"* gefordert hatte, meint Thomsen: „Ich kann überhaupt nichts Schlechtes dabei sehen, wenn man sich für ein Deutschland einsetzt, das sich auf großartige, nationale und soziale Prämissen beruft." Auch die Teilnahme von NPD-Mitgliedern bei einem von der JLO Sachsen organisierten Marsch anläßlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens wird von Thomsen gelobt.

Stefan Rochnow, Mitglied des NHB (Studentenverband der neofaschistischen NPD) und stellvertretender JLO-Bundesvorsitzender seit 1997, äußerte sich in der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* zu der Auseinandersetzung. Den Grund für die Distanzierung sieht er in der fortgesetzten Orientierung der LMO an der CDU/CSU, für die die Vertriebenen *„aufgrund der biologischen Dezimierung als Wählerpotential immer unattraktiver geworden sind"*. Trotz der nun erfolgten Trennung werde sich *„an der heimattreuen, volksbewußten und patriotischen Ausrichtung unseres Verbandes (..) nichts ändern."* Es bestehe gar die Möglichkeit, aus der JLO *„einen Kampfverband für Ostpreußen, für die Ostgebiete, ihre Menschen und natürlich für preußische Werte (...) zu machen."*

Ein Ziel

Während Knapstein in der 1998er Mai-Ausgabe der FRITZ die JLO-Bundesversammlung noch dahingehend bilanziert hatte, dass **„beide Richtungen letztlich dasselbe Ziel auf verschiedenen Wegen (verfolgen)"**, haben die neofaschistischen Kräfte ihre Positionen zielstrebig ausgebaut. In mehreren Landesverbänden der JLO war es so in der Vergangenheit zum Austausch und zur Kooperation mit der extrem rechten Deutschland-Bewegung um **Alfred**

Mechtersheimer gekommen, deren Beauftragter für Mecklenburg-Vorpommern Rochow war. In Schleswig-Holstein lud beispielsweise der 2. Landesvorsitzende der JLO, **Thomas Preuschat**, ein; auch in Bayern konnte Mechtersheimer bei der JLO referieren, in Sachsen war es gar das NPD-Vorstandsmitglied **Schwerdt**.

Die Trennung von der JLO und die Mitte Februar 2000 in Berlin erfolgte Gründung eines Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen (BJO) sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass insbesondere im Ostpreußenblatt nach wie vor in beträchtlichem Ausmaß extrem rechte Positionen vertreten werden.

Geringe Beteiligung beim Nazi-Aufmarsch in Tostedt

Mit der Demonstration des Nationalen Widerstandes in Tostedt setzte sich die immer geringer werdende Beteiligung von Neonazis an Aufmärschen fort.

Stefan Sieler- neuerdings Fußgänger; sein PKW brannte

Nachdem eine durch die NPD für das Niedersächsische Tostedt angemeldete Demonstration mit dem Motto *„für Meinungsfreiheit, gegen Demoverbote"* durch den Landkreis Harburg verboten, und durch das Lüneburger Verwaltungsgericht bestätigt wurde, hob der 1.Senat des Bundesverfassungsgerichtes diese Verbotsverfügung wieder auf. Das die **NPD** wie bei fast jeder Demonstration der sogenannten **„Freien Kameradschaften"** nur die Funktion des Anmeldens übernimmt war den VerfassungsrichterInnen wohl mehr als egal.

Als Vorwand für die Demonstration war eine am 17.März stattgefundene Auseinandersetzung vor dem Jugendzentrum Tostedts zwischen einer Gruppe Nazis und mehreren russischen Aussiedlern, wobei ein 17 jähriger Nazi vermutlich in einer Notwehrsituation durch einen der russischen Jugendlichen mit mehreren Messerstichen verletzt wurde.

Am Samstag den 18.März wurde eine Demonstration der Nazis zu der Siedlung der Aussiedler und dem Haus des vermeintlichen Täters durch die Tostedter Polizei verboten. Dennoch hatten sich bis zum Nachmittag ungefähr 50 Neonazis aus ganz Norddeutschland in der Innenstadt versammelt, worauf die Polizei den Nazis Platzverweise erteilte. Als sich eine 20 köpfige Gruppe der Nazis dennoch mit Zaunlatten bewaffnet auf den Weg in Richtung der Siedlung machte, und die Polizeikräfte vor Ort sich, um dieses zu verhindern, der Gruppe in den Weg stellte, griffen die Nazis die PolizistInnen an. Fünf der an den Ausschreitungen beteiligten Nazis wurden festgenommen, ihnen droht ein Verfahren wegen Landesfriedensbruches.

Nach der Verbotsaufhebung am Karfreitag, mobilisierte das von den bekannten Nazi- Aktivisten **Christian Worch** geführte und in Hamburg ansässige **Aktionsbüro Norddeutschland** zur Demonstration am darauffolgenden Samstag um 13.00 Uhr in Tostedt.Dem Widerspruch gegen das Verbot der Antifaschistischen Gegendemo durch die BürgerInnen Initiative *BI gegen Rechtsextremismus* wurde durch die Gerichte nicht stattgegeben. Die BI rief ungeachtet dessen die BürgerInnen zu einem *„kollektiven Einkauf"* auf, um den Nazis nicht an diesen Tag die Stadt zu überlassen. Die Polizei kündigte unterdessen ein Großaufgebot an.

Schon am Samstagmorgen hatte die Polizei bei Vorkontrollen einen Neonazi festgenommen der eine scharfe Schusswaffe bei sich trug. Gegen 13.00 Uhr sammelten sich auf dem Vorplatz des Tostedter Bahnhofs ungefähr 75 Neonazis die zum grossteil aus Hannover, Celle, Hamburg sowie Tostedt kamen und sich zu ihren Ärger nicht wie gewohnt in reih und Glied aufstellen durften, da ein Auflagenbescheid das *„Mitführen von Fahnen sowie die Durchführung der Demonstration in marschartiger Form"* verbot. Vom Bahnhof ging die Demonstration 1 ½ Stunden durch eine fast wie ausgestorben wirkende Innenstadt wo sich der Tostedter Nazi-Kader **Sascha Bothe** als Ordner in Unordnung präsentierte. Auf einer Abschlusskundgebung am Bahnhof sprachen der Hamburger " freie Nationalist" Christian Worch sowie der Anmelder der Demo und Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) **Danny Markquardt.** Gegen 14.45 wurde die Demonstration für beendet erklärt.

Interessant ist das die Teilnehmerzahlen an den Aufmärschen des *Nationalen Widerstandes* und "Aktionsbündnis Norddeutschland" seit geraumer Zeit immer weniger werden, und sich zum größten Teil nur noch aus wenigen Kameradschaftskreisen zusammensetzten. Ob dieser „Trend" anhält bleibt abzuwarten. Interessant ist des weiteren das der Neonazi **Stefan Sieler(Silar?)** in der nächsten Zeit zu Fuß im Tostedter Raum anzutreffen ist, da Antifas eine Nacht vor der Demo sein Auto angesteckt hatten. Ansonsten glänzte die Antifa aus den umliegenden Großstädten am Tage der Nazidemo durch ihre Abwesenheit.

Dirk Zorn

Bündnis Rechts – Vereinigte Rechte macht mit; dennoch:

Noch weit weg vom großen Nazi-Bündnis

"Nationaler Dachverband" – das würde das Bündnis Rechts unter seinem (neuen und alten) Vorsitzenden Dieter Kern gerne sein. Im März trat dem BR die Vereinigte Rechte unter Mario Meurer bei, trotzdem ist das Projekt des Nationalen Dachverbandes eine größenwahnsinnige Phantasie seines Führers Dieter Kern.

Erstmals in Erscheinung getreten ist das Bündnis Rechts, damals noch mit dem Zusatz "für Lübeck" im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlkampf. Es sollte im polarisierenden Wahlkampf alle faschistischen Organisationen sammeln, dann mit geballter Propaganda und Aktion am symbolträchtigen Ort Lübeck einen Erfolg der Faschisten garantieren. Gesät worden war schon: die militante Kampagne gegen ein Lübekker Kirchenasyl und seinen Initiator Pastor Harig mit Brand- und Farbanschlägen, Flugblattverteilungen und Leserbriefen stellte sozusagen den Auftakt des Nazi-Wahlkampfes dar.

Im BRL sammelten sich zur dieser Zeit tatsächlich alle relevanten rechtsextremen Personen und Gruppierungen der Hansestadt: Von den REPs bis zur NPD-Jugend "Junge Nationaldemokraten" (die den aktivsten Teil der Nazi-Organisation stellten), angeleitet jedoch von außerhalb. Die Freien Nationalisten unter Christian Worch und Thomas "Steiner" Wulff verließen regelmäßig Hamburg für politische Aufbauarbeit und Anleitung an der Ostsee. Als quasi vorzeigbare Spitzenfigur installierten sie den braunen Spießbürger Dieter Kern, Angestellter der Lübekker Stadtverwaltung (Umweltamt), zuständig für Kläranlagen.

Das BRL machte wenig Hehl aus seinen nationalsozialistischen Absichten. Auf Plakaten beschworen sie den "Volkszorn" der ins Rathaus getragen werden sollte, bei den zwei Aufmärschen dominierten uniformierte SA-ähnliche Nazi-Skinheads unter schwarz-weiß-roten Fahnen. Es gelang dem Bündnis Rechts nicht, das volle Potential an rechtsextremen WählerInnen in der Hansestadt auszuschöpfen, dennoch stimmten 3,6 % der LübeckerInnen für diese Nachfolgetruppe der NSDAP.

Nach der Wahl wurde es etwas stiller um das BRL, das den Zusatz "für Lübeck" bald aufgab. Insbesondere die Hamburger Freien Nationalisten zogen sich aus der aktiven Mitarbeit zurück, wenig später entzweite sich die Fraktion um Dieter Kern mit den jungen NPDlern um Jürgen Gerg (JN-Landesbeauftragter Schleswig-Holstein) und Jörn Lemke (Kreisvorsitzender der Lübecker NPD). Die Unterstützung zu einer Demonstration gegen das Kommunikationszentrum "alternative" zogen die JNler einen Tag vorher zurück – der Nazi-Aufmarsch war mit 33 Teilnehmern dann doch eher lächerlich.

Kern ambitioniert...

Dieter Kern gelang es, seine Marionettenfäden zu durchtrennen, an der Spitze des BR zu bleiben und das BR als bundesweites Projekt zu beginnen. Er konzentrierte sich auf das vom Bündnis Rechts betriebene Info-Telefon und die BR-Internetseiten. Beide Projekte werden (fast) wöchentlich aktualisiert, sie erfüllen einen nicht zu unterschätzenden Informationsdienst für die Nazi-Szene.

Seit Juli letzten Jahres gibt Kern in Zusammenarbeit mit der bekannten Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Maria Kosche und Thorsten Thomsen eine eigene, "Mitteilungsblatt" genannte, Publikation heraus, den "Lübschen Aufklärer". Er soll "der Kontaktpflege" von Mitgliedern und Symphatisanten" dienen, seit der dritten Ausgabe betont die Redaktion "keine Veröffentlichung im Sinne des Pressegesetzes" zu sein, flankiert von der Bemerkung, "juristisch geprüft und als nicht strafbar eingestuft" zu sein und der Pro-Forma-Versicherung, nicht zu Gewalt und Rassenhass aufzurufen.

Eine feste Einrichtung des Nazi-Blattes ist die Vorstellung "nationalpolitischer Organisationen"; die Redaktion will damit das Konzept des BR, offen für alle Nazi-Strömungen zu sein, wohl unterstreichen. Offensiv werben Kern und seine Truppe für die Mitgliedschaft beim BR ("Auch weiterhin werde jeglicher Abgrenzungsbeschluß Einigungsunwilliger vom Bündnis Rechts abgelehnt", Pressemitteilung des BR vom 25. März 2000), bieten sogar satzungsgemäß jeder Organisation, die dem BR beitritt, automatisch einen Sitz im Vorstand an.

Am 27. März war dann einer Presseerklärung zu entnehmen, dass sich die Vereinigte Rechte unter seinem Bundesvorsitzendem Mario Meurer dem BR angeschlossen hat. Die von Kern verfasste Mitteilung strotzt nur so von Eigenlob. Der Profilneurotiker bescheinigt sich selber, den "Weg geebnet" zu haben, "dass das BR in seinem Vorhaben einen Nationalen Dachverband auf den Weg zu bringen, gefestigt wird".

...und offen antisemitisch

Kerns Profilneurose dürfte auch durch ein anderes Ereignis Auftrieb gefunden haben. Erlaubte man ihm doch, auf dem Berliner Nazi-Aufmarsch vom 29. Januar gegen das

geplante Holocaus-Denkmal eine der zentralen Reden zu halten. Immerhin stand er damit in einer Reihe mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und dem Drahtzieher der Freien Nationalisten, Christian Worch. In seiner Rede verbriet er offen das gesamte Sammelsurium antisemitischer Hetze. Von strafrechtlichen Konsequenzen für ihn ist uns bislang nichts bekannt.

NS-Linie

Die unmaskierte nationalsozialistische Linie vertritt Kern auch mit dem "Lübschen Aufklärer". So wird Rechtsterrorist Manfred Roeder ausführlich dargestellt (mitsamt Interview) und die "Gefangenenliste" der Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener abgedruckt. Auf der befindet sich auch der als Polizistenmörder bekannt gewordene Kay Diesner, Insasse der JVA Lauerhof/ Lübeck. Passend dazu schreibt Gunnar Lehmann in der vierten Ausgabe des Lübschen Aufklärers anläßlich eines Nazi-Aufmarsches in Köln, dass "er persönlich nichts gegen diese Parolen habe", bezogen auf Nazi-Propagandasprüche wie "Freiheit für Kay Diesner", Ruhm und Ehre der Waffen-SS" und "Rudolf Hess – Märtyrer des Friedens". Lehmann ist seit der BR-Versammlung vom 25. 3. 2000 stellvertretender Vorsitzender des BR, gleichberechtigt mit Kern und dem als DVU-Anhänger bekannten Wolfram Meyer aus Stockelsdorf. Als Beisitzer und Pressesprecher fungiert thorsten Thomsen, der auch die BR-Neugründung in Kiel leitet. Ausserdem die hinlänglich bekannte "bekennende Nationalsozialistin" Thekla Maria Kosche, O. Raninger, T. Krüger und Detlev Brüel. Herman Hugo Detlev Brüel ist schon eine ganze Weile aktiver organisierter Faschist. Er begann seine "Karriere" als Aktivist der (verbotenen) Aktionsfront Nationaler Sozialisten unter Neonazi-Führer Michael Kühnen und Christian Worch, wurde Bundeschatzmeister der (verbotenen) FAP und Beisitzer im Vorstand der Hamburger FAP. Auch war er Mitglied der (mittlerweile ebenfalls verbotenen) Wiking-Jugend. Brüel ist wegen Körperverletzung vorbestraft. Pfingsten 1990 griff er beim Nazi-Schulungszentrum Hetendorf 16 einen Kameramann mit dem Messer an – und wurde zu einer Haftstrafe von 6 Monaten auf 4 Jahre Bewährung samt einer Geldstrafe verurteilt. Anlässlich eines anderen Verfahrens ließ er sich vom mittlerweile in Schweden residierenden Nazi-Anwalt Jürgen Rieger verteidigen.

Fazit

Die Fortschritte des Bündnis Rechts auf dem Weg zum nationalen Dachverband sind höchst bescheiden, nur weil die Vereinigte Rechte dazu gestossen ist, kann von einer Sammlung faschistischer Kräfte noch lange nicht gesprochen werden. Auf Lübekker Ebene war das Konzept schon weiter gediehen – und zersplitterte dann wieder kläglich.

Auch verfügt das BR nicht über Personal, dem mensch intellektuelle Brillianz oder überdurchschnittliche strategische Fähigkeiten zuschreiben könnte. Gerade Dieter Kern bleibt auf dem Niveau dessen, was die von ihm betreuten Lübecker Kläranlagen herausfiltern sollen, sein Berliner Auftritt kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Eine größere eigenständige Mobilisierungsfähigkeit auf der Straße besitzt das BR definitiv nicht, das zeigen die von ihm organisierten Aufmärsche in Lübeck (33 Personen) und Flensburg (gegen das autonome Kulturzentrum Hafermarkt, 23. 10. 99, keine 80 Nazis). Im Nazi-Spektrum erfüllt es jedoch eine nicht unwichtige Rolle als Kommunikations- und Informationsdienst – besonders durch sein Telefon und die Internetseiten.

Das BR ist gefährlich als Verbreiter offen nationalsozialistischer Positionen, es steht in der Tradition der NSDAP und müßte, so der staatliche Wille vorhanden wäre, damit verboten werden. Skandalös ist, dass Kern, gerade nach seiner Berliner antisemitischen Hetzrede, weiterhin städtischer Angestellter sein kann. Die antifaschistische Bewegung wird Kern und seine Truppe im Auge behalten, und zu passender Gelegenheit einen spürbaren Dämpfer verpassen müssen.

HPW

Schweiz

Schwesterpartei der NPD in Bern gegründet

Als Schwesterpartei der *National Demokratischen Partei Deutschland* (NPD) gründete sich am 16.April in Bern die *Nationale Partei Schweiz* (NPS) mit ungefähr 60 jüngeren Mitgliedern. Der 24 jährige Gründer und Vorsitzende der NPS *David Muhlas* gab an das sich die NPS von gewaltbereiten Skinheads abgrenzen wolle, und ihren Nationalsozialismus legal und ohne Gewalt ausleben werde.

Die Partei kündigte des weiteren Zusammenarbeit und treffen mit der Rechtsradikalen deutschen NPD an.

Griechenland

Jüdische Synagoge und Denkmal in Thessaloniki geschändet

Nazis haben ein Denkmal für 50.000 im Jahre 1943 von den Nazis verschleppten und größtenteils in Konzentrationslagern getöteten Juden mit Farbe beschmiert und die Wände an der in der nähe des Denkmals stehenden Synagoge der Jüdischen Gemeinde Thessalonikis mit Hakenkreuzen bemalt. Andreas Sefiha, Präsident der Jüdischen Gemeinde verurteilte die Schändungen auf schärfste und forderte die griechischen MitbürgerInnen zu einer Demonstration auf.

Hennstedt

Waffenlager ausgehoben

Dolche, Schusswaffen und Nazi-Utensilien hat die Polizei Anfang März bei einem 49-jährigen Hennstedter beschlagnahmt. Wochenlang hatte dieser bei der Polizei angerufen und gegen Juden und Ausländer gehetzt. Als der Mann abgeholt und in die Psychatrie in Heide eingeliefert wurde, fand und beschlagnahmte die Polizei nicht nur eine Maschinenpistole, Karabiner und eine Vielzahl von Dolchen, sondern auch Nazi-Ansteckbroschen, Reichsorden, ein Totenkopfabzeichen und andere SS-Utensilien.

Ein Verfahren wegen Verstoß gegen das Waffengesetz wurde eingeleitet; ob es auch einen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gibt, wird noch geprüft.

Schwedt

Flugblätter für Bruchpiloten

Am Mittwoch den 26.04 wurden in Stadtzentrum von Schwedt (Uckermark) auf Hinweis der Bevölkerung 300 Nazi-Flugblätter sichergestellt. Der Inhalt der braunen Pamphlete bezog sich auf den Hitler Stellvertreter Rudolf Hess. Die Urheber des Propagandamaterials sind bislang nicht bekannt.

Schweden

Fackelmarsch zum Hitler-Geburtstag

In zwei südschwedischen Städten trafen sich am Osterwochenende Neonazis aus Schweden ,Deutschland und Dänemark anlässlich des einhundertelften Hitler Geburtstages .

In Helsingborg besuchten am Samstagabend etwa 30 Neonazis ein Konzert im Industriegebiet. Obwohl es keine Genehmigung gab marschierten 55 Neonazis mit Fackeln durch die Innenstadt Karlskronaas . In beiden Fällen ging die Schwedische Polizei nicht gegen die Nazis vor.

Leipzig

Antifa-Demo

Leipzig-Grünau: Allee-Center

WIR WOLLEN KEIN TEIL EINER NAZI-BEWEGUNG SEIN!

SA. 17.06. 2000 14.00

DIE ZEIT IST REIF... FÜR EINE ANTIFA-DEMONSTRATION DURCH LEIPZIG-GRÜNAU

infos: bgr@mail.nadir.org

Am 17. Juni wird in Leipzig-Grünau eine antifaschistische Demonstration stattfinden.

Das Bündnis gegen Rechts hat in Anlehnung an die Band *Tocotronic* („Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein") ein Motto gewählt, dass ein breites Spektrum („niedrigschwellige Identifikation") ansprechen soll. Explizit willkommen sind SchülerInnen, HipHopperInnen, Skater, HCler.

Der Stadtteil Grünau ist bekannt für eine starke und brutale Nazi-Szene.

Treffpunkt ist um 14 Uhr in der Schönauer/ Breisgaustraße.

News from McPomm

G 9476 Nr. 131 * 1. Quartal 2000 * 13. Jahrgang * DM 15,– (Heft + Net-Kennung)

SIGNAL

DAS PATRIOTISCHE MAGAZIN

Christian Rogler:

Lebenslänglich für Busfahrer?

Rechtsstaat, Zensur und politisches Strafrecht in Österreich

Seite 8

Spitzel ... und Ska...

Seite 17

Prof. Dr. Hrvoje Lorkovic:

Von Spengler zu Huntington und zurück

oder von der kreativen inneren Zerissenheit der Deutschen

Im Fadenkreuz journalistischer Beobachtung:

Politische Juristen

blind, dumm und skrupellos

Neustadt-Glewe: SIGNAL-Pressefest 2000

Neustadt-Glewe in Mecklenburg-Vorpommern soll in diesem Jahr Schauplatz des SIGNAL-Pressefestes sein. Alljährlich versammelt der Herausgeber der neofaschistischen Vierteljahresschrift SIGNAL (früher: Europa Vorn), Manfred Rouhs, extreme Rechte aus dem ganzen Bundesgebiet zu einer Vortragsveranstaltung; dieses Jahr soll es am letzten Juni-Wochenende im Norden Deutschlands stattfinden. Neben Rouhs sollen auch Klaus Sojka, 1999 noch im DVU-Bundesvorstand aktiv, Peter Dehoust (Herausgeber der neofaschistischen Zeitschrift *Nation & Europa* und Claus Nordbruch sprechen. Der Liedermacher Frank Rennicke soll den rechten musikalischen Rahmen schaffen.

Eggesin: Nazis wegen versuchten Mordes verurteilt

Zu Jugendstrafen zwischen vier und sechs Jahren wegen versuchten Mordes aus niederen Beweggründen hat ein Gericht in Stralsund Mitte April fünf Neofaschisten im Alter zwischen 16 und 20 Jahren verurteilt. Diese hatten im August 1999 während eines Stadtfestes in Eggesin zwei Vietnamesen brutal zusammengeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Im Ort ist seit Jahren eine Gruppe „Arischer Widerstand Eggesin" aktiv, der von der Gemeinde eine Treffpunkt zur Verfügung gestellt wurde. Erst nach Übernahme der Ermittlungen durch die Bundesanwaltschaft war dieser von der Polizei etwas genauer untersucht worden. Die Täter zeigten während des Prozesses nicht die Spur von Reue; auch während des Prozesses tauchten in der Stadt neue Nazi-Partolen auf, z.B. „Wir sind da, nicht tot!"

RCDS in Kiel weiter ganz rechts außen

Zum neuen Gruppenvorstand des RCDS an der Universität Kiel gehört auch **Luise Bünger**. Sie ist seit etlichen Jahren im RCDS aktiv, hat gute Verbindungen zum extrem rechten *Freibund*. Im November 1996 war sie daher als Referentin bei **Hans-Werner Lepthien** eingeladen, der in Nortorf ein Cafe betreibt. Lepthien, bereits früher in der Szene der völkisch-antisemitischen Ludendorffer tätig, war 1988 Landtagskandidat der REP in Schleswig-Holstein (Mitgliedsnummer: 3536).

Deutsche Stimme *gratuliert*

In der April-Ausgabe der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* gratuliert deren Redaktion ihrem Autor **Heinz Mahncke** zum 75. Geburtstag. Lobend wird erwähnt, dass dieser nach der Freiwilligenmeldung zur Waffen-SS auch nach 1945 der 'nationalen Sache' gedient habe: zunächst in der *Sozialistischen Reichspartei* (später verboten), dann in der *Deutschen Freiheitspartei*, schließlich in der NPD.

Zwanzig Jahre „Wir selbst"

Für die sog. nationalrevolutionäre Zeitschrift „Wir selbst" arbeiten die beiden Hamburger **Hanno Borchert** und **Ulrich Behrenz** in der Redaktion.

„Wir selbst" wird im bei Koblenz liegenden Schnellbach herausgegeben vom ehemaligen JN- und REP-Funktionär Siegfried Bublies, es gilt neben dem Hamburger Forum als das traditionsreichste Blatt der deutschen „Nationalrevolutionäre", es feierte im vergangenen Herbst sein zwanzigjähriges Bestehen.

Recht und wahr ?

Zum Thema Parteispendenskandal äußert sich in einem Leserbrief an das Nazi-Blatt „Recht und Wahrheit" **Gerhard Böhm** (Dahme), der sich bei dieser Gelegenheit an seine Zeit im „englischen Konzentrationslager Neuengamme" erinnert. Das zweimonatlich von **Georg Albert Bosse** herausgegebene Blatt lehnt die Beteiligung der extrem rechten Parteien an Wahlen ab, versteckt als Organ der *Deutschen Freiheitsbewegung* seine antisemitische Ausrichtung keineswegs und gab etwa dem Neonazi-Anführer Christian Worch wiederholt Gelegenheit zur Veröffentlichung von Beiträgen.

ÖDP ist den GRÜNEN grün

Mit einem Wahlaufruf zugunsten von Bündnis 90/Die Grünen hat sich kurz vor der Landtagswahl die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei) zu Wort gemeldet.

Etliche Funktionsträger der ÖDP, wie etwa das Vorstandsmitglied **Karl-Heinz Lenz** und der stellvertretende Landesvorsitzende **Burkhart Ehlert** (Schwartau), wollen zudem die Partei wechseln, weil diese „ja nicht mehr so links ist wie früher".

Der Oldesloer Lenz gehörte Ende der 70er Jahre bereits zu den Mitbegründern der Grünen Liste Schleswig-Holstein, zu der auch der extrem rechtem Denken verhaftete Bauer **Baldur Springmann** gehörte. Bundesweit dominiert in der ÖDP heute konservatives Denken, und es bestehen gute Verbindungen in die Szene der organisierten AbtreibungsgegnerInnen. Insbesondere in Bayern hatte es in den letzten Monaten Überlegungen gegeben, sich nach fortgesetzten Mißerfolgen bei Wahlen mit Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Wählern zusammenzutun. Ein kleiner Parteitag in Regensburg hat dies jedoch Ende Januar zunächst abgeblockt. Zugleich gibt es in der parteinahen Stiftung für Ökologie und Demokratie aber auch wieder Ansätze zu einer engeren Kooperation mit rechtsaußen stehenden Gruppen und Referenten.

Ein Dorf in Schleswig-Holstein will seine Bürger behalten

Sonst holen sie ihre Trecker

Geschendorf im südlichen Schleswig-Holstein:Knapp 500 Einwohner, wenige verbliebene Bauernhöfe eine Allgemeinarzt- und eine Tierarztpraxis, ein Dorfkrug, eine Fahrschule, ein Tante-Emma-Laden, eine Amtssporthalle, keine Kirche, keine Schule, kein Kindergarten. Die lang gestreckte Dorfstraße mit gepflegten Einfamilienhäusern rechts und links, bunten Vorgärten davor, ist meist menschenleer: ein Dorf wie viele andere in der norddeutsehen Provinz.

Neuerdings ist Geschendorf kein Ort wie jeder andere. Vor einiger Zeit drängten sich mehr als hundert Leute im Lindenhof, um sich laut zu empören, dass das Dorf gezwungen werden solle, auf vier Bürger und Bürgerinnen zu verzichten.

Ende Februar hatte sich das halbe Dorf in Bussen nach Lübeck aufgemacht, um dort am Vorabend der Landtagswahl der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis ihr Leid zu klagen: „*Geschendorf für die Familie Begic.*"

Flucht aus Ex-Jugoslawien

Die Begics, sagen die Geschendorfer, sind Geschendorfer, zwei von ihnen sogar gebürtige: Der dreijährige Dorian besucht den Kindergarten, die siebenjährige Doris die Grundschule im Nachbardorf Goldenbek - wie andere Kinder des Orts auch. Die Eltern Danijela (29) und Armin (34) haben beide Arbeit im Dorf, sie im Lindenhof, er in der Landwirtschaft. Armin spielt in der Fußballmannschaft, Danijela spielt Volleyball, beide sind im Kegelverein. Wenn das Dorf feiert - Kindervogelschießen, Geburtstage oder Grillfeste -, feiern die Begics mit. Und als Doris und Dorian geboren wurden, kamen die Nachbarn vorbei, um Babysachen zu schenken, wie das halt im Dorf so üblich ist.

Das Ehepaar Begic flüchtete 1992 ausdem Großraum Sarajewo, als Europa noch die Augen vor Krieg und Vertreibung in diesem Teil des ehemaligen Jugoslawien verschloss, noch bevor die Bundesrepublik bereit war, ein sogenanntes Kontingent bosnischer Kriegsflüchtlinge für begrenzte Zeit aufzunehmen. Aus ihrem Wohnort Ilijas vertrieben wollten die katholische Kroatin Danijela und der muslimische Bosnier Armin den staatlich sanktionierten Terror nicht länger ertragen und nicht weiter hinsehen müssen, wie Menschen verfolgt und gemordet wurden. Sie flüchteten - Danijela, im siebten Monat schwanger - mit dem Bus nach Norddeutschland und stellten sofort im Lager einen Antrag auf Asyl, der jahrelang nicht bearbeitet wurde. Nachdem das Abkommen von Dayton das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge regelte, wurden die Begics wie andere Bosnier behandelt: Antrag abgelehnt, Abschiebung programmiert -obwohl doch „*unsere Heimat inzwischen Geschendorf ist*".

Keine „Wohn-"Container

Als der Gemeinde Geschendorf im Sommer 1992 erstmals zwei Asylbewerber zugewiesen wurden, hätte der Ort reagieren können wie andere Gemeinden. „*Aber wir haben uns bewusst dagegen entschieden, Container für diese Menschen aufzustellen. Wir haben eine Wohnung angemietet und uns von Anfang an bemüht, die Begics in unsere Kommune zu integrieren*", sagt Bürgermeister Fritz Kock. Der Gemeinderat - zwei CDU-Vertreter, sechs Mitglieder freier Wählergemeinschaften, ein Fraktionsloser - war sich einig, dass alles getan werden sollte, damit die Familie sich im Dorf heimisch.fühle. „*Das ist*", glaubt Gemeindevertreter Heino Lübker, „*landesweit noch nie da gewesen, dass eine Kommune sich so einsetzt*".

Nicht nur die Gemeinde tat ihr Bestes. Auch Danijela und Armin Begic gaben sich alle Mühe, gute Geschendorfer zu werden. Sie lernten schnell Deutsch, und mit ihrer stets auf sechs Monate befristeten Arbeitserlaubnis nahmen sie die Jobs an, „*die Deutsche nicht machen wollen, wie mir gesagt wurde*", berichtet die junge Frau, eine ehemalige Verwaltungsangestellte - ob im Altersheim des Nachbardorfes oder im Dorfkrug. Dessen Wirtsleute haben ihr schriftlich „*eine Zukunftsperspektive" versprochen, wenn sie in Deutschlands bleiben dürfe*".

Über seinen landwirtschaftlichen Helfer Armin Begic, metallurgischer Techniker von Beruf, sagt der Bürgermeister, ein Bauer: „*Auf ihn kann ich mich verlassen*". „*Die Begics*", so Kock, „*waren von Anfang an daran interessiert, selber für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, um, wie Frau Begic immer wieder erwähnte, das Gastrecht in Deutschland nicht zu missbrauchen*". In einem Brief an das Kieler Innenministerium schreibt Kock, „*dass es uns gelungen ist, die Familie Begic voll, zu integrieren und, wie wir stolz behaupten möchten, auf eine Art und Weise, die ihresgleichen sucht in Schleswig-Holstein*".

„*Wir werden*", sagt Heino Lübker, „*für unsere Integrationsleistung bestraft*". Der alteingesessene Geschendorfer, Architekt und seit 18 Jahre Kommunalpolitiker, wurde vom Gemeinderat beauftragt, für das Bleiberecht der Familie Begic vor Gerichten und Behörden zu streiten. Doch nachdem das Verwaltungsge-

richt Schleswig die Ablehnung des Asylantrags durch das Bundesamt bestätigte, nachdem die Berufung nicht zugelassen wurde und auch die Kieler Härtefallkominission keine gesetzliche Lösungsmöglichkeit sah, obwohl deren Vorsitzender Jürgen Neemann öffentlich bekannte, dass der Fall Begic durchaus ein *„humanitärer Härtefall"* sei, ist die Gemeinde in Aufruhr. In einer Erklärung - *„Wir sind das Volk!"* - fordert sie die Landesregierung auf, die Abschiebung zu verhindern.

Lübker klammert sich an die Hoffnung, *„dass die Ermessensgeschichte noch nicht ausgereizt ist"*. Da erlaube doch das Ausländergesetz Ausnahmen für Sportler, etwa für einen bosnischen Fußballer beirn FC Bayern München. *„Armin"*, sagt Lübker, *„ist auch ein guter Fußballer."* Zwar komme der Sportverein im Nachbarort als Antragsteller für die Ausnahmeregelung nicht in Frage, vielleicht aber ein Verein nahe Lübeck, wo wie in München Profis kicken. Oder wenn bald Green Cards an Computerspezialisten aus aller Welt ausgegeben würden: Auch Geschendorf, meint Lübker, brauche eine Green Card, weil der Gemeindearbeiter demnächst in Ruhestand gehe und Armin Begic bestens geeignet für diese Arbeit sei.

Hoffen auf Heide

Das Dorf setzt nun seine Hoffnungen auf Heide Simonis. Vor der Landtagswahl hatte die Ministerpräsidentin eine Geschendorfer Abordnung empfangen und sie 45 Minuten lang *„betroffen"* angehört. Aber schließlich muss sich, wie die Gruppe belehrt wurde, auch eine Landeschefin an Gesetze halten. Weil ihre guten Ratschläge - Härtefällkommission, Petitionsausschuss des Bundestags - den Fall nicht weiterbrachten, wollen die Geschendorfer, dass Simonis sich, bei ihrem Parteifreund, dem Bundesinnenminister Otto Schily, für die Begics stark macht. Schließlich sei es im öffentlichen Interesse und Teil des kommunalen Selbstverwaltungsrechts, dass eine Gemeinde ein Mitspracherecht haben müsse, wenn Bürger aus ihrer Mitte gerissen werden sollen.

Stau auf der 206?

Wie sie ihrem Anliegen Nachdruck verleihen könnten, haben die Geschendorfer auch schon überlegt: Wenn sie alle zusammen - die Bauern mit ihren Treckern vornweg - zur selben Zeit hinaus auf die nahe Bundesstraße 206 fahren würden, wäre es interessant zu sehen, wie lang ein Stau in Deutschland werden könnte. Es könnte auch passieren, das alle Geschendorfer zur selben Zeit das Bedürfnis hätten, das Landeshaus in Kiel anzurufen. Und dann wäre es möglicherweise unvermeidbar, dass die Landesregierung stundenlang lahm gelegt wird.

Monika M. Metzner
entnommen aus: Frankfurter Rundschau
(26. April 2000)

Guter Bürger - böser Ausländer?

Ein Dorf macht mobil gegen die Abschiebung einer Flüchtlingsfamilie - Geschendorf wehrt sich und hofft gleichzeitig auf Heide Simonis und Otto Schily. Eine jugoslawische Familie soll abgeschoben werden und ein Gemeinderat fühlt sich bestraft, *„für unsere Integrationsleitung"*.

Und Heide Simonis ist mal wieder „betroffen".

Nein, ich will nicht gegen die Geschendorfer polemisieren. Dass sie sich gegen die drohende Abschiebung der Familie Begic zur Wehr setzen ist so richtig wie löblich. Dass sie auf Simonis und Schily hoffen, kann und will ich ihnen nicht vorwerfen - die Geschendorfer werden ihre eigenen Erfahrungen mit dem Zynismus der etablierten Politik in puncto Menschenrechte für Nicht-Deutsche machen.

Dass die Begics nicht in „Wohn"containern vegetieren, nicht die Nächte voll Angst vor aufgehetzten Dorfjugendlichen, bewaffnet mnit Rassismus und Molotow-Coctails, verbringen mussten, tatsächlich ist das eine Seltenheit geworden, muß, auch wenn es selbstverständlich sein sollte, gewürdigt werden.

Aber warum nur die Begics? Sind sie „Bürger", weil sie sich integriert haben? Weil sie *„das deutsche Gastrecht nicht missbrauchen"* wollten? Weil sie *„die Arbeit, die Deutsche nicht machen wollen"* verrichten?

Guter Ausländer: arbeite im Dreck (für wieviel Lohn), lerne fleissig unsere Sprache („Gastrecht" ist die wichtigste Vokabel, wichtiger als „rechtmäßiger Anspruch"!), falle nicht zu sehr durch andere Religion, Hautfarbe, Kleidung auf.

Böser Ausländer: beachte das Arbeitsverbot, das deutsche Behörden dir verpasst haben, wenn du doch eine Arbeitserlaubnis ergattert hast (nimmst du uns dann nicht den Job weg?), dann verlange gleichen Lohn, womöglich gar Tarif! Werde ja nicht zum Deutschen mit dunkler Haut, sonder bleib orthodox bei deiner Kultur, schlimmstenfalls kannst du eine Moschee besuchen und damit pauschal das Ticket „Fundamentalist" erhalten. Missbrauche das Gastrecht, indem du Asyl verlangst. Spare dir dein schlechtes Gewissen, weil du weißt, wieviel Anteil dein Gastland an dem Hunger, dem Krieg oder der Diktatur in deiner Heimat hat.Schlimmer: traue dich nachts auf die Straße, dem bestiefelten und beschlipsten Rassisten zum Trotz. Am schlimmsten: mache es wie die Rathenower Flüchtlinge, die es gewagt haben, sich öffentlich über die Misshandlungen der Nazis, die Rattenlöcher, die sich ihre Unterkünfte nennen, die Polizei, die die rassistische Gewalt komplizenhaft ignoriert, zu beklagen. Sei ein böser Ausländer, der sich nicht darum schert, ob er in diesem Land verwertet werden kann!

HPW

Menschen, die Flüchtlinge und MigrantInnen bei ihren Ämtergängen begleiten, gesucht

Initiative BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde *gegründet*

Wer kennt nicht die lästigen Gänge zu Ärntern, lange Wartezeiten, komplizierte Formulare und ab und zu unfreundliche Beamte. Was für Menschen mit deutschem Pass schon unangenehm ist, die sich immerhin bei Problemen auf ihre Bürgerrechte berufen können und keine Sprachbarrieren haben, wird für Flüchtlinge und MigrantInnen oft zur Tortur.

Immer wieder berichten sie von Problemen bei der Ausländerbehörde. Die Klagen reichen von unfreundlicher Behandlung bis zu Verweigerung von Papieren oder nicht Berücksichtigung von Attesten oder Bescheinigungen. Die Gesetzeslage für AusländerInnen insbesondere für Flüchtlinge wird immer restriktiver, so dass es z.B. vorkommt, dass eine Aufenthaltsgenehmigung nur für einen Tag verlängert wird und die Betroffenen täglich bei der Ausländerbehörde erscheinen müssen.

Die Idee zu der Initiative "BürgerInnen beobachten die Ausländerbehörde" kommt aus Hamburg. Dort führten StudentInnen das Projekt in Zusammenarbeit mit Flüchtlingsinitiativen und Beratungsstellen durch. Das Projekt stieß auf breite Resonanz auch in der Presse und führte dazu, dass Menschen, die mit der Thematik ansonsten wenig zu tun haben, mit ihrem ganz "normalen" Rechts- bzw. Unrechtsgefühl den Vorgängen auf der Ausländerbehörde begegnen. Sie bestätigten häufig die Vorwürfe der Betroffenen, während diese betonten, dass sie mit Begleitung schon viel korrekter behandelt wurden als sonst üblich.

Dadurch hat die Begleitung von Flüchtlingen und MigrantInnen zwei Funktionen. Zum einen stellt die Anwesenheit eines oder einer Deutschen einen Schutz und eine Unterstützung für die Betroffenen dar. Zum anderen wird die Behörde mit Reaktionen von Deutschen konfrontiert, die sich nicht berufsmäßig - also auch nicht voreingenommen - mit der Problematik befasst haben. Die Dokumentation der Beobachtungen und die Öffentlichkeit, die darüber hergestellt wird, soll zu einer Verbesserung der Umgangsweise mit Flüchtlingen und Migrantinnen führen und der Ausländerbehörde verdeutlichen, dass sich ihr Tun nicht hinter geschlossenen Türen abspielt.

Kenntnisse der Ausländer- und Asylgesetze sind nicht erforderlich, da es lediglich um Begleitung und Beobachtung geht, Interessierte werden bei einem Einführungstreffen auf die Begleitungen vorbereitet und bekommen einen Begleitbogen für die Dokumentation des Amtsbesuches.

Interessierte können sich unter der Telefonnummer 0431-673019 melden. Das Telefon ist immer Donnerstags von 15 Uhr bis 18 Uhr besetzt oder außerhalb dieser Zeit über Anrufbeantworter zu kontaktieren.

Initiative
Bürgerinnen beobachten die Ausländerbehörde,
c/o *Initiativenzentrum,*
Von-der-Tann-Str. 14a, 24114 Kiel

Kirchenasyl erfolgreich

Nach zwei Jahren Illegalität, wovon sie 1 ½ Jahre im Kirchenasyl in der St.Jürgen-Gemeinde in Lübeck zubrachten hat die kurdische Familie Acar vom Verwaltungsgericht München das sogenannte kleine Asyl zugesprochen bekommen.

Sie war 1996 in die BRD geflüchtet und hatte einen Antrag auf Asyl gestellt. Dieser war damals in Bayern abgelehnt worden. Dies lag einerseits an einem klaren Fehlurteil des Gerichts und andererseits an einer unzureichenden Beratung durch den damaligen Rechtsanwalt sowie fehlerhaften Übersetzungen während ihrer Anhörung und der Gerichtsverhandlung.

Trotz einer noch laufenden Klage sollte dann die Familie abgeschoben werden. Die Angst in die Türkei zurückkehren zu müssen, wo ihr Dorf niedergebrannt, sie selbst diskriminiert, verhaftet und gefoltert worden sind, zwang sie zu einer Flucht quer durch Deutschland die sie schließlich nach Lübeck führte.

Erst hier konnte die Familie durch die Hilfe von unabhängigen UnterstützerInnen, dem Lübecker Flüchtlinsforum und dem durch die St-Jürgen-Gemeinde ausgesprochenen Kirchenasyl ein faires Asylverfahren und schließlich Asyl bekommen.

Während der Zeit im Kirchenasyl setzten sich die UnterstützerInnen gemeinsam dafür ein, daß die Kinder Schule und Kindergarten besuchen konnten und die Familie in dieser sehr belastenden Situation ständige Hilfe und Unterstützung bekam.

Durch die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis kann Familie Acar sich jetzt eine Zukunft in Lübeck aufbauen.

Der erfolgreiche Ausgang dieses Kirchenasyls beweist ein weiteres Mal wie wichtig dieser Schutz durch die Kirche ist und sollte andere Kirchengemeinden ermutigen ihre Bedenken und Ängste zu überwinden. Auch die enge Zusammenarbeit von unabhängigen UnterstützerInnen, Flüchtlingsforum und der Kirchengemeinde trug schließlich zum Erfolg bei.

Mit der Entscheidung im ersten Gerichtsverfahren wurden der Familie ihnen jetzt von einem zweiten Gericht zugestandene Menschenrechte verwehrt. Sie wurden behindert, diskriminiert und gefährdet: in ihrem Asylverfahren, ihrer Unterbringung, in ihrer gesundheitlichen Versorgung, in der Bildung, Bewegungsfreiheit und in ihrem Recht auf Arbeit.

Um so größer ist die Freude, daß es gelungen ist Familie Acar zu ihrem Recht zu verhelfen.

Lübecker Flüchtlings-Forum

Opfer des Hafenstraßenbrandes von Abschiebung bedroht

Bleiberecht für Victor Atoe!

Kurz nach seinem Amtsantritt gewährte Bundesinnenminister Otto Schily den Opfern des Brandanschlages auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße das Bleiberecht in Form einer Aufenthaltsbefugnis.

Damit schien die Kampagne für das Bleiberecht der Brandopfer zu einem positiven Abschluss gekommen zu sein. Schien, denn nicht alle Überlebenden der Brandkatastrophe haben die Aufenthaltsbefugnis erhalten.

Dem Nigerianer Victor Atoe droht nun erneut die Abschiebung.

Victor Atoe wurde bereits im Mai 1996, also wenige Monate nach dem Brand nach Nigeria abgeschoben. Die Behörden ignorierten damals sogar seinen Status als Prozesszeuge, ebenso wurden die schweren Verletzungen, die er sich bei seiner Flucht vor den Flammen zugezogen hatte, übergangen.

Schwere Verletzungen

Er hat sich bei einem Sprung aus dem Fenster einen komplizierten Bruch des rechten oberen Sprunggelenkes zugezogen, diese Verletzung zog eine Unterschenkelvenenthrombose nach sich. Victor wurde in der Uniklinik Lübeck behandelt, nach der Soforttherapie waren und sind Folgebehandlungen notwendig. Behandlungen, die in Nigeria nicht zu machen sind, bzw. dort nur für PatientInnen erfolgen, die erhebliche Geldbeträge zu zahlen im Stande sind. Die stand seiner ersten Abschiebung nicht im Wege. Victor wurde erst drei Monate in Abschiebehaft genommen und dann nach Nigeria deportiert. Dort mußte er sich drei Jahre lang durchschlagen, bis ihm im Frühjahr 1999 erneut die Flucht nach Deutschland gelang. Mittlerweile hatten sich die Folgeschäden seiner Verletzung verschlimmert. Sog. Osteosynthesematerial, das ihm 1996 in der Uniklinik eingepflanzt wurde, hätte längst entfernt werden müssen – was in Nigeria nicht durchzuführen war. Victor leidet heute an einer erheblichen Schädigung des Nervensystems in seinem rechten Bein, er kann sein Hüftgelenk nur eingeschränkt bewegen und ihm droht ein postthrombotisches Syndrom, ein schwerer Folgeschaden, der noch 10 bis 15 Jahre nach der erlittenen Thrombose auftauchen kann. Zudem wurde ihm bislang eine eingehende psychotherapeutische Behandlung, die nach dem schweren Schock der Brandnacht notwendig gewesen wäre, versagt. Die psychischen Leiden werden durch die Bedrohung einer erneuten Abschiebung erheblich verstärkt. Abschiebung bedeutet in Victors Fall nicht nur Deportation in ein Land, in dem offene Willkür- und Gewaltmaßnahmen an der Tagesordnung sind, in dem es für ihn keine wirtschaftliche Lebensperspektive gibt, sondern zudem die Gewißheit, dass seine ihm in Deutschland zugefügten vorhandenen Verletzungen nicht behandelt werden können und den drohenden weiteren Folgeschäden nicht vorgebeugt werden kann.

Es wäre also eine humanitäre Minimalmaßnahme, Victor Atoe wie den anderen Überlebenden des Brandanschlages das Bleiberecht zu gewähren. Und juristisch begründet wurde die Aufenthaltsbefugnis für die Überlebenden ja auch mit humanitären Aspekten bzw. einem "Interesse der Bundesrepublik Deutschland". Die ausgesprochene Aufenthaltsbefugnis hat einen Haken: Sie gilt einerseits nur für die Opfer, die sich zum Zeitpunkt der Gewährung in der

Bundesrepublik aufgehalten haben, zum anderen sind ausdrücklich Personen, die Straftaten begangen haben oder begehen, davon ausgenommen. Alle zwei Jahre muss die Befugnis verlängert werden, erst nach insgesamt acht Jahren wird eine dauerhafte Aufenthaltsbefugnis gewährt.

Victor war zugegebenermaßen nicht in der BRD, als Schily seine Unterschrift unter die Aufenthaltsbefugnis setzte. Das allerdings nicht aus freiem Willen, schließlich war er ja 1996 abgeschoben worden. Zynisch ausgedrückt: er soll also dafür jetzt noch bestraft werden, dass er sich hat abschieben lassen...!

Weiterhin wird Victor vorgeworfen, eine Straftat begangen zu haben. Er soll zeitweise unter verschiedenen Namen mehrfach Sozialhilfe bzw. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben.

In der Nacht des Brandes hielt er sich im Heim in der Hafenstrasse auf, weil er die (sehr berechtigte) Angst hatte, dass die Abschiebebehörden den Ausgang juristischer Anträge seines Anwaltes nicht abwarten würden, ihn statt dessen vorher in Haft nehmen und dann abschieben würden. Was ja, nach dem Brand, als die Behörden freien Zugriff auf ihn hatten, auch genau so geschah.

Mehrfachbestrafung

Ob Victor mehrfach Geldleistungen bezogen hat oder nicht, kann kein Argument sein, ihn abzuschieben. Tatsächlich liegen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch einmal 20% unter den Sozialhilfeleistungen, die Deutsche erhalten. Und diese sollen ja eigentlich den Minimalbedarf kennzeichnen. Wer verlangt, dass Flüchtlinge davon leben sollen, ihnen gleichzeitig verbietet, Arbeit aufzunehmen, ist dafür verantwortlich, wenn diese zur Deckung ihre Lebensgrundbedürfnisse sich andere Wege suchen, auch wenn diese nicht legal sind.

Victor wird aber gleich doppelt und dreifach bestraft: er saß drei Monate vor seiner Abschiebung im Gefängnis, als er 1999 wieder einreiste noch einmal 2 Monate. Denn Victor ist gutgläubig in der Hoffnung, auch unter die Bleiberechtsregelung der Brandüberlebenden zu fallen, zur Lübecker Ausländerbehörde gegangen und hat sich dort gemeldet. 5 Monate Haft – welche Strafe erhält ein Deutscher, der Sozialhilfebetrug, Steuerhinterziehung oder ein ähnliches Delikt begangen hat? Die Strafe, die die Abschiebung nach Nigeria und die dort erlittenen Folgeschäden darstellt, einmal ausgeblendet.

Die Behörden stellen sich bislang stur. Victors Asylantrag ist gescheitert, eine Berufung seines Anwaltes scheiterte. Die Berufung fusste darauf, dass das Verwaltungsgericht die Lebensumstände Victors und diverse Befundberichte von ÄrztInnen nicht berücksichtigt hatte. Die Befunde sind eindeutig: Victors Verletzungen bedürfen einer umfangreichen Folgebehandlung, die in Nigeria nicht durchzuführen ist. Erfolgt keine Folgebehandlung drohen irreparable Schäden, die verbleibenden medizinischen Maßnahmen beschränken sich dann auf die Milderung der Schmerzen. Ein Arzt sprach Tacheles: *"Aus ärztlicher Sicht halte ich es im Sinne einer Wiedergutmachung für erforderlich, Herrn Atoe in den Genuß der notwendigen medizinischen Behandlung im Schädigerland kommen zu lassen. Eine Abschiebung wäre vielleicht juristisch korrekt, jedoch aus menschlicher Sicht schäbig und aus ärztlicher Sicht wegen der anzunehmenden Nichtversorgung nicht vertretbar."*

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus und das Lübecker Flüchtlings-Forum werden gegen die drohende Abschiebung Victor Atoes kämpfen. Victor muss, wie die anderen Überlebenden des Brandanschlages, eine Bleiberecht in der BRD erhalten!

HPW

Demokratiegeschichte statt Antifaschismus?

Die Stiftung Mecklenburg hat eine kleine Broschüre über die Arbeit einer Gruppe Jugendlicher aus Grevesmühlen zur Demokratiegeschichte in Nordwestmecklenburg herausgegeben. Soweit so gut. Gäbe es da nicht einen merkwürdigen Anlass, eine historische Arbeit zu beginnen.

"Spurensuche mit Jugendlichen aus Grevesmühlen" steht da in gelber Schreibschrift, im Hintergrund das Foto eines Granitfindlings mit der Aufschrift *"Einigkeit und Recht und Freiheit, 3. Okt. 1990"*, verziert mit den Landeswappen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Worum geht es? *"Das Einüben von Demokratie beginnt im eigenen Lebensbereich. Die Suche nach demokratiegeschichtlichen Wurzeln beginnt in der eigenen Umgebung."*, heißt es im Kapitel *"Zum Verständnis des Projektes"*. Ein Projekt von zehn Jugendlichen aus Grevesmühlen, die, beginnend mit der Revolution von 1848/49, abschließend mit dem Fall der Mauer 1989, nach den Ursprüngen, nach Trägerinnen und Träger des demokratischen Gedankens suchen. Ihre Arbeit mündete in einer Ausstellung, von bedeutenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Revolution bis zu DemokratInnen, die für ihre Überzeugung in die Konzentrationslager verschleppt wurden, wurde allerhand zusammengetragen. Ja, ich stimme den MacherInnen der Broschüre zu, historische Schätze. Und sicherlich ist historische Arbeit von Jugendlichen begrüßenswert. Aber das Projekt hatte nicht den Selbstzweck der historischen Forschung, noch diente es primär der Demokratiestärkung. In der Broschüre das Geständnis: *"Der Hintergrund war die fortdauernde Erbitterung der Jugendlichen aus Grevesmühlen über den unbe-*

wiesenen Verdacht ihrer Mittäterschaft beim Brand des Lübecker Ausländerheims vom 18. Januar 1996. Die fahrlässige öffentliche Unterstellung eines rechtsradikalen Geschichtsbildes wurde von den Jugendlichen schließlich mit einer Erforschung und öffentlichen Präsentation ihrer regionalen Demokratiegeschichte beantwortet. (...)In eigener Sache und aus gegebenem Anlaß wurde hier die Ehrenrettung einer Stadtjugend in anspruchsvoller Form unternommen." Und im Vorwort – unterzeichnet vom Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller und dem Landrat Nordwestmecklenburgs Udo Drefahl – ist zu lesen: "*Das mußten die Jugendlichen aus Grevesmühlen erleben, die sich nach der tragischen Lübecker Brandkatastrophe vom Januar 1996 plötzlich in einen pauschalen öffentlichen Verdacht des Rechtsradikalismus gestellt sahen, als man nach den Tätern suchte. Der gute Ruf einer ganzen Stadt und ihrer gesamten Jugendgeneration schien beschädigt und ein Protest dagegen wenig zu helfen*".

Demokratiegeschichte Nordwestmecklenburg – Spurensuche mit Jugendlichen aus Grevesmühlen – Stiftung Mecklenburg

Pauschaler Verdacht?

Eine Broschüre zu einem Projekt, das der Demokratiegeschichte dienen will, als Ausgangsort aber zuerst Geschichtsfälschung betreibt, ist ein Paradoxum. Alleine die Behauptung, den (also allen) Jugendlichen aus Grevesmühlen wäre jemals Rechtsextremismus unterstellt worden, ist schlicht unwahr. Hat eine Staatsanwaltschaft jemals ein Verfahren gegen die Grevesmühlener Jugend eingeleitet? Hat eine antifaschistische Initiative jemals gefordert, alle Grevesmühlener Jugendlichen auf die Anklagebank zu setzen? Oder sollte etwa die gesamte Grevesmühlener Jugend aus vier Leuten namens Techentin, Burmeister, Patynowski und Wotenow bestehen? Diese vier jedoch stammen aus Grevesmühlen und nächster Umgebung – und sind der Brandstiftung im Flüchtlingsheim Hafenstraße nach wie vor dringend verdächtig (siehe Artikel auf Seite)!

Wenn sich Jugendliche "*erbittert*" zeigen konnten, über einen ganz bestimmt nicht "*unbewiesenen Verdacht*", dann nur, wenn sie sich mit den Tatverdächtigen identifizierten. Aber "die Grevesmühlener Jugend" wollte doch das Gegenteil beweisen, oder? Die Jugend? Bleiben wir doch auf dem Teppich: am Projekt beteiligten sich zehn Jugendliche, neun junge Frauen, ein Mann. Diese zehn, plus die vier Tatverdächtigen, das dürfte noch längst nicht die gesamte Grevesmühlener Bevölkerung von 13 – 21 Jahren ausmachen...

Doch es sind nicht nur mathematische Schwierigkeiten, die sich offenbaren. "*Der gute Ruf einer ganzen Stadt...*" – da geht es nicht um die Auseinandersetzung mit vorhandenem Rassismus, mit Nazis, die in gesellschaftlicher Toleranz ihr Tun verrichten können, da geht es schon gar nicht darum, den Nazis die Toleranz zu entziehen, den Rassismus zu bekämpfen. Da geht es schlichtweg um Imagepflege!

Nein, den am Projekt beteiligten Jugendlichen ist das nicht vorzuwerfen. Sie sind nicht die HerausgeberInnen der Broschüre. Sie wurden lediglich vereinnahmt.

Die "*Stiftung Mecklenburg*" gibt die Broschüre heraus, Günter Kröpelin, Landrat der Kreisherzogtums Lauenburg und Vorsitzender des Stiftungsrates, schreibt das Geleitwort, Dr. Klaus Lüders verfasste den Text. Das Bürgermeister Bouteiller seine Unterschrift unter das Vorwort setzte, bleibt unverständlich – hatte er doch gerade zum Brandanschlag Hafenstraße persönliche und politische Konsequenzen gezogen, die ihm die Schelte etablierter Politik einbrachten. Von ihm hätte ich anderes erwartet, als sich um den Ruf Grevesmühlens Sorgen zu machen, oder zu behaupten, es habe einen "*pauschalen öffentlichen Verdacht*" gegen die Jugend des Städtchens gegeben.

Der pauschale öffentliche Verdacht, hier allerdings völlig unbewiesen, traf die Flüchtlinge, die Überlebenden des Brandes und besonders Safwan Eid. Welche Broschüre wurde zu seiner "*Ehrenrettung*" herausgegeben? Welche Ausstellung widmete sich der Medienhetze, die über die Überlebenden des Brandanschlages hereinbrach? Erinnern wir uns: da war von Prostitution und Drogenhandel, natürlich von erbitterten "ethnischen Konflikten", die Motiv der Brandlegung sein sollten, die Rede. Keiner der Vorwürfe wurde auch nur im Ansatz bewiesen – kaum jemand fragte allerdings auch nach dem Beweis!

Dem Wissen um die Geschichte demokratischer Bewegung mag mit Ausstellung und Broschüre gedient sein – sinnvoller wäre es gewesen, einen aktiven demokratischen Beitrag zur aktuellen Situation zu leisten. Das wäre geschehen, wenn es eine Ausstellung zum tatsächlich vorhandenen Rechtsextremismus in Grevesmühlen und seiner Bekämpfung gegeben hätte. Schon im Januar 1996 lag eine Liste in Grevesmühlen wohnender aktiver Nazis vor. Nicht "die Jugend" wurde pauschal verdächtigt, sondern erwiesene Faschisten namentlich genannt – das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* hat diese Liste in einer Presseerklärung und in Flugblättern veröffentlicht. Damit wurde nicht mit dem Zeigefinger vorwurfsvoll auf eine Stadt gezeigt – ähnliche Daten hat das Lübecker Bündnis auch zu Faschisten in der eigenen Stadt publiziert. Eben weil es nicht um den "guten Ruf" geht, sondern um Antifaschismus.

HPW

Kampagne gegen Geschäft mit Abschiebungen

Lufthansa in der Kritik

Das bundesweite Netzwerk "kein mensch ist illegal" stellte am 2. April 2000 die Kampagne "De- portation Class - gegen das Geschäft mit Abschiebungen" vor. "Wir werden auf die Profiteure des schmutzigen Geschäfts Druck ausüben, indem wir die Öffentlichkeit informieren und Passagiere und Bordpersonal zum Eingreifen auffordern, sagte Jan Hoffmann, Aktivist der Kampagne.

Die Kampagne richte sich zunächst vor allem gegen die Deutsche Lufthansa, weil die Lufthansa ihre Flugverbindungen in die ganze Welt für Abschiebungen zur Verfügung stelle und sich so zum willfährigen Handlanger der brutalen Abschiebepraxis mache.

Tausende von Abschiebungen unter dem Kranich

„*Die Bedeutung der Lufthansa für die Abschiebemaschinerie ist immens*", stellte Hoffmann fest. Die Airline ermögliche es den Abschiebebehörden, „*zu jedem Zeitpunkt an fast jeden Ort der Welt eine Abschiebung durchzuführen.*" Genaue Zahlen über die Anzahl der Abschiebungen mit der Deutschen Lufthansa liegen dem antirassistischen Netzwerk *kein mensch ist illegal* nicht vor. „*Der Konzern kennt angeblich keine Zahlen. Wir gehen aufgrund unserer Recherchen von mehreren tausend Abschiebungen pro Jahr aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern unter Nutzung von Lufthansa-Maschinen aus. Es ist kein Zufall, daß die Todesfälle bei Abschiebeflügen aus Deutschland in Lufthansa-Maschinen geschehen sind.*"

Auch die Rolle der Lufthansa in der Kriegsvorbereitung der Nationalsozialisten sowie den Einsatz von Zwangsarbeitern an Lufthansa-Standorten wird *kein mensch ist illegal* anprangern. „*Kein Wunder, daß die Lufthansa möglichst schnell und geräuschlos dem Entschädigungsfonds beigetreten ist*", heißt es in der von *kein mensch ist illegal* in großer Auflage verbreiteten Kampagnenzeitung „*deportation class*", die auch im Internet eingesehen werden kann (http://www.deportation-alliance.com/1h/newsletterl.html).

Für vorgeschoben hält das antirassistische Netzwerk die Behauptung der Lufthansa, sie sei zur Beförderung von Abzuschiebenden verpflichtet: „*Das wird nicht dadurch richtig, daß es dauernd wiederholt wird. Eine gesetzliche Beförderungspflicht besteht nur als sogenannte 'Rückbeförderungspflicht' im Fall der Einreiseverweigerung am Flughafen sowie in den wenigen Fällen einer gestatteten Einreise zur Durchführung eines Asylverfahrens nach einer regulären Kontrolle - vorausgesetzt, die Behörden können die Einreise mit einer Lufthansa-Maschine nachweisen. Im übrigen stehe es der Lufthansa als Privatunternehmen frei, an wen sie ihre Tickets verkauft.*"

„*Der tödliche Abschiebeflug des Aamir Ageeb erfolgte aus rein privatwirtschaftlichem Interesse*", erklärte Claudia Mai, Mitarbeiterin von *kein mensch ist illegal*. Wenn die Lufthansa bereits Flüge fast zum Nulltarif anbieten müsse, könne sie vermutlich froh sein, wenn für Abzuschiebende und Begleitbeamte reguläre Preise für Linienflüge gezahlt würden. „*Die Lufthansa nimmt einfach jedes Geschäft mit*", vermutet Frau Mai.

Kein mensch ist illegal tritt zunächst mit der Kampagnenzeitung und dem Plakat „*Deportation Class*", dem Siegerentwurf eines Plakatwettbewerbs, an die Öffentlichkeit. Nun sollen Aktionen folgen: Nach einer erfolgreichen Auftaktaktion auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) in Berlin werden vom 7. bis 15. April Aktionen auf verschiedenen Flughäfen sowie an Lufthansa-Standorten stattfinden. Vom 26. bis 28. Mai wird die Kampagne mit Veranstaltungen und Aktionen an den am 28. Mai 1999 auf dem Lufthansa-Flug von Frankfurt nach Khartoum/Sudan getöteten Flüchtling Aamir Ageeb erinnern. Und auch die Hauptversammlung der Lufthansa-Aktionäre am 15. Juni in Berlin kann sich wie bereits im vergangenen Jahr des Besuches kritischer Aktionäre sicher sein, kündigte Frau Mai an.

deportation.class stop!, c/o Kölner Netzwerk "kein mensch ist illegal", Siebachstraße 85, 50733 Köln, Tel.: 0172-8910825, Fax: 06181-184892, Email: grenze@ibu.de, http://www.deportation-alliance.com

Die Shell-Studie relativiert jugendliche Ausländerfeindlichkeit

Allgemeines Klima

Die neue Shell-Studie hat vom verlogenen Bild der weltoffenen Generation Berlin den Lack abgekratzt und eine zutiefst unsympathische Jugend sichtbar werden lassen. Daran ist sie selbst nicht schuld, aber: Jörg Haider, auf den viele mit dem Finger zeigen, könnte unter diesen Bedingungen glänzende Ergebnisse erzielen und Jürgen Rüttgers sowie Angela Merkel arbeiten schon daran. Andere wollen das Debakel nicht wahrhaben.

Was den Alten die Orakel waren, sind den Modernen empirische Untersuchungen: autoritative Auskünfte mit hohem Interpretationsspielraum, aber ohne letzte Verlässlichkeit. Deutsche Politiker harren alle Jahre wieder der Shell-Jugendstudie, die Verbindliches über Zustand und Befindlichkeit jener Gruppe der Gesellschaft mitteilen soll, die wie keine andere die Zukunft symbolisiert: die Jugend.

Die von Arthur Fischer und Kollegen vorgelegten Untersuchungen können einer großen Aufmerksamkeit gewiss sein, zeichnet sich doch ihre Studie gegenüber allen anderen durch ein besonderes Ausmaß an methodischer Sorgfalt aus. Orakel ermutigen und bedrücken, empirische Umfragen deprimieren oder vermitteln Impulse zum Handeln.

Die "Grünen" etwa sind mit den einpirisch festgestellten Postmaterialisten der achtziger Jahre im doppelten Sinne groß geworden - in dem Augenblick, indem sie ihre Fortüne verlässt, senken auch die Seher ihre Daumen.

Was aber, wenn über parteipolitische Betrübnisse hinweg Wahrheiten bekannt werden, die erschrecken? In diesem Fall kann man die Boten köpfen oder sich die Ergebnisse schön reden. Während etwa die linksliberale Öffentlichkeit die Befunde der Forscher Wilhelm Heitmeyer und Christian Pfeiffer zu Rechtsextremismus und Autoritarismus deutscher Jugendlicher jahrelang beifällig begrüßte, reagierte sie in dem Moment gereizt, als - wenig erstaunlich - ähnliche Befunde über männliche Jugendliche ausländischer, vor allem türkischer Herkunft publiziert wurden. Aber auch die deutsche Jugend hat ihre Freunde. Auch sie argumentieren methodologisch.

Das Problem ist allen, die jemals einen Einführungskurs in Soziologie oder Psychologie absolviert haben, wohlbekannt: Aus der Zustimmung zu einer von einem Interviewer vorgehaltenen Meinung folgt weder, dass die befragte Person diese Meinung ihr ganzes Leben lang aufrecht erhalten noch gar, dass sie entsprechend handeln wird. Schon gar nicht weiß man, was die zustimmungsfähige Äußerung für die befragte Person letztlich bedeutet. Einstellungsuntersuchungen gleichen Momentaufnahmen - gerade so wie ein Schnappschuss genau den Augenblick festhält, während dessen fotografiert wurde. Gewicht und Gehalt gewinnen

Einstellungsuntersuchungen erst über Jahre hinweg, in langen Zeitreihen. Aber sowenig Schnappschüsse nicht nichts zeigen, so wenig sind Einstellungsuntersuchungen nichtssagend. Auch isoliert sagen sie immer noch etwas über den Zeitraum aus, in dem sie erhoben wurden.

Angst vor den Ergebnissen

Nun konfrontiert uns die neueste Shell Studie mit der niederschmetternden Auskunft, dass die deutsche Jugend in ihrer überwältigenden Mehrheit, das, was sie für "Ausländer" hält, nicht mag. Die Befunde sind eindeutig: 62 Prozent der deutschen Jugendlichen gaben an, dass der Ausländeranteil in Deutschland zu hoch sei. Als ob die Autoren Angst vor dem eigenen Ergebnis hätten, lassen sie den Leser wissen, dass man derlei Befunde nicht überbewerten solle, gäben sie doch nur ein allgemeines Klima wieder. Vor allem aber hätten diese Meinungen mit der Wirklichkeit nichts zu tun, stützten sie sich doch kaum auf konkrete Erfahrungen mit "Ausländern". Ein nichtssagendes Ergebnis?

Was hätten uns die Autoren mitgeteilt, wenn die Jugendlichen geäußert hätten, dass der Anteil von Juden und Homosexuellen "zu hoch" sei? Warum den Autoren die Meinung, dass hierzulande zuviele Ausländer leben, nicht als Ausländerfeindlichkeit gilt, bleibt ihr Geheimnis: Die Übergänge von "normalen", rationalen begründeten Argumenten gegen weitere Zuwanderune - so ihr Kommentar - zu einer grundsätzlich ablehnenden oder gar feindlichen Gesinnung Ausländern gegenüber vollziehen sich nicht abrupt..." Genau so verhält es sich! Umso besser oder umso schlimmer?

Umso mehr durfte man auf die Zustimmung der Jugend zu jenen Konstrukten gespannt sein, die sogar nach Massgabe der Autoren "Ausländerfeindlichkeit" misst. Eine oberflächliche Lektüre mochte ergeben, dass von 4030 befragten Jugendlichen 27 Prozent hoch ausländerfeindlich, und immerhin mehr als 46 Prozent ambivalent eingestellt waren. Gegen diese Deutung zog der Hamburger Publizist Reinhard Kahl das scharfe Schwert der methodologischen Kritik. Er wendet ein, dass die von den Autoren der Studie gebildete Extremgruppe "hoch ausländerfeindlich" gar nichts über die absolute Verteilung dieses Merkmals sagt, sondern nur darüber, dass 27 Prozent der Befragten so und sovielen ausländerfeindlichen Statements zugestimmt haben.

Rassismus ohne Nationalismus

Im Sportunterricht, wir erinnern uns, mussten wir uns der Größe nach aufstellen, rechts der kleinste und links der Größte. Wieviele Schüler waren groß, wieviele klein? Die ersten fünf von links oder die ersten zehn von links? Wer kann schon sagen, was in Wirklichkeit und Wahrheit "groß" oder "klein" ist, wenn doch nur "Zentimeter" gemessen werden? In welchem Ausmaß die Anzahl der Zustimmungen zu Einzelstatements das Vorhandensein von "Ausländerfeindlichkeit" messen, sei, so die Entwarnung, gar nicht untersucht worden. Zudem könne von "hoher Ausländerfeindlichkeit", so Kahl, schon gar keine Rede sein, zeige die Studie doch, "dass sich "ausländerfeindliche Jugendliche" in ihrem Deutschlandbild von anderen nicht unterscheiden." Die Antwort auf die Frage, warum das "Deutschlandbild" etwas über die unabhängig von ihm gemessene Ausländerfeindlichkeit aussagt, bleibt Kahl schuldig. Rassismus bedarf nicht des Nationalismus.

Die Studie, die ob ihrer Subtilität antiken Orakeln darin gleicht, dass sie schlichte und behaftbare Aussagen verweigert, wird gleichwohl dankbare Leser finden. Im definierten Sinn hoch ausländerfeindliche« Jugendliche ziehen zu 23 Prozent die CDU, zu 18 Prozent die SPD, zu 6 Prozent die Grünen, zu 2 Prozent die FDP und zu je 3 Prozent die Republikaner und die Republikaner vor. Übertroffen wird die Zustimmung zur CDU nur noch vom Potential der Nichtwähler, die zu 37 Prozent "hoch ausländerfeindlich" sind. Hier ist für Wahlkämpfer noch viel zu holen.

Zu Recht beteuert die Studie, dass nicht nur Jugendliche ausländerfeindlich eingestellt sind und die Massivität dieser Haltungen unter benachteiligenden Lebensbedingungen steigt. Haltungen, zumal junger Menschen, entstehen schließlich in einem Meinungsklima. Das gilt für die Ausländerfeindlichkeit allemal und hat sich auch durch den Regierungswechsel nicht geändert. Wo früher Volker Rühes CDU nach der Belastung der Kommunen durch Asylbewerber fragte und sich Rudolf Seiters im Feuerschein der Rostocker Pogrome ums deutsche Ansehen in der Welt sorgte, will Gerhard Schröder straffällige Ausländer abschieben und den Zuzug von Computerexperten strikt begrenzen.

Was früher hemdsärmelig daherkam, trägt heute Nadelstreifen: Otto Schily, kaum ein vulgärer Nationalist, kann sich nicht genug daran tun, Deutschland als abschottungsbedürftiges, volles Boot zu präsentieren und verweigert die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention. Selbstverständlich begründet Jürgen Rüttgers, wie weiland Roland Koch zur Unterschriftensammlung, seine rassistischen Devise "Kinder statt Inder" mit einem einsichtigen Integrationsprogramm. Dennoch: Seine Postkartenaktion wird ihm, wenn die Studie recht hat, die Stimmen vieler NRW Jugendlicher zutreiben und den Abstand zu Rot-Grün verringern.

Wie in aller Welt aber sollen diese Jugendlichen, die im Alter für Renten und persönliche Pflege auf "Ausländer" existenziell angewiesen sind, konfliktfrei mit ihnen zusammenleben? Methodologie hin, Methodologie her - die Jugendstudie zeigt eine Generation, die desillusioniert bereit ist, ihr Schicksal selbst zu gestalten. Angesichts des Unwillens der Politik, ihnen Arbeit und soziale Sicherheit zu garantieren, fällt ihnen - wie schon ihren Großeltern -nichts besseres ein als Rassismus. In der schönen neuen, der zivilgesellschaftlichen und globalisierten Welt der Zweiten Moderne grassiert die Fremdenfeindlichkeit. Dass sie Opas Nationalismus nicht mehr bedarf, dürfte die Opfer von Diskriminierung und körperlicher Gewalt kaum trösten.

Frankfurter Rundschau, 5. April 2000

Flensburg - Nazidrohung endet im Katzenjammer

Eine traurige Geschichte des armseligen Herrn Wulf

Kalkuliert, routiniert und beängstigend sollten die Drohbriefe wirken, die einen Flensburger Antifaschisten Anfang Oktober erreichten. „Ein Kameradschaftsbund, bestehend aus ehemaligen Soldaten der Infanterie, Pionier- und Panzergrenadierverbänden der Bundeswehr“ *hat sich* „die Aufgabe gestellt, in Not geratene... Kameraden zu helfen...“, *verraten die ersten Zeilen.*

Angeblich wurde der Verfasser der Briefe von einem „*hochanständigen Kerl*“, der der rechtsextremen Szene angehört um Hilfe gebeten. Der angeschriebene Antifaschist soll einem Rechtsradikalen mit dem Tode gedroht haben. Dazu heißt es: „*Dieser junger Mann,* **Kirschner** *soll er heißen, schilderte...die Verhältnisse Ihrer Clique... . Für solche Typen habe ich kein Verständnis und kein Erbarmen.*“

Ein weiterer Geistesblitz der Marke Flensburg-Mürwik

Sollte der Antifaschist seine Aktivitäten nicht einstellen, droht der namenlose Verfasser, „*schicke ich Ihnen einige meiner Kameraden, die nur darauf brennen, endlich mal wieder handfeste Argumente los zu werden. Mit diesen Jungs werden Sie kein leichtes Spiel haben, da sie es gelernt haben, aus dem Untergrund zu operieren, ...*“ Datiert war dieses Schreiben auf den 04.Oktober und stammte angeblich aus Kiel.

-Ein zweiter Brief-

Schon am 06.Oktober kam ein zweiter Brief mit identischem Briefkopf. Während der Erste persönlich von einem Motorrollerfahrer übergeben wurde, kam der Zweite per Post. Der Anonymus des Kameradschaftsbundes hatte einige Ungeschicklichkeiten in seinem Vorgehen entdeckt und versuchte nun die Situation zu retten. „*Ich hatte... vergessen Ihnen mitzuteilen, daß der Herr Kirschner von diesem Kameradschaftsbund überhaupt keine Ahnung hat.*“ Überhaupt weiß „*absolut niemand über unseren Kameradschaftsbund*“ etwas. Daraufhin wird festgestellt, daß Kirschner rein gar nichts mit alledem zutun hat, über diesen „*Irrtum*“ sollte der Antifaschist doch aufgeklärt werden. Dabei wurde Kirschner schon im ersten Brief als Mittelsmann zum Kameradschaftsbund genannt. Im Übrigen sollten inzwischen schon vier Neonazis mit dem Tode bedroht worden sein. Am Ende wird noch auf einen weiteren schlecht durchdachten Schachzug eingegangen, wodurch aber kaum an Glaubwürdigkeit zurück gewonnen werden konnte: „*Den Kontakt zu unserem Boten in Flensburg haben wir abgebrochen, da er Ihnen einen Namen genannt hat, der übrigens falsch ist.*“ Nach Auskunft des Motorrollerfahrers sollte der verurteilte Rechtsterrorist **Uwe Rohwer** hinter den Briefen stehen. „*Der Bote zieht in diesen Tagen auch aus Flensburg weg, da er andernorts eine neue Tätigkeit aufgenommen hat*“, heißt es wenig überzeugend weiter. Der betroffene Antifaschist stellte Strafanzeige.

-Das Geständnis-

Kurz darauf wurde der Halter des Motorrollers ermittelt. Dabei handelte es sich um den 41jährigen **Günter Wulf** aus Flensburg/Weiche. Bei der daraufhin folgenden Vernehmung von Wulf kam das Geständnis. Er „*habe wohl eine Dummheit begangen.*“ Die Drohbriefe stammten aus seiner Feder und bei dem Boten handelte es sich ebenfalls um seine Person.

In einem Krokodilstränen durchtrieften dritten Brief an den Antifaschisten gesteht der Bundeswehr-Wachmann Wulf: „*In mir reifte der (völlig dumme!) Entschluß, Sie mit anonymen Briefen*“ einzuschüchtern, „*womit ich...mir selbst schweren Schaden zugefügt habe. ... Ich werde als Straftäter vor Gericht geführt, aus meiner Dienststelle entlassen, stehe mit DM 35,000,- Schulden im Rücken auf der Straße und muß möglicherweise mit Vollstreckungsbescheiden oder gar mit Pfändungsbeschlüssen rechnen.... Und wenn es ganz schlimm für mich wird, weiß ich, welchen Weg ich zu gehen habe. Denn ich weiß, was es heißt, gedemütigt zu werden. Ich habe es selbst erlebt!*“ Er sei „*nur ganz einfach geschichtlich interessiert*“ und hat „*zur Zeit keinen Kontakt*“ zu den vier bös'verfolgten

Neonazis, beschreibt Wulf seine Lage am Ende.

-Der wache Blick-

Nur schade, daß man Wulfs Äußerungen keinen Glauben schenken kann, denn eine einfach geschichtlich interessierte Person bezieht nicht rechtsradikale Zeitschriften wie Europa vorn oder Recht und Wahrheit, was Wulf aber schon vor Jahren getan hat. Normale Bürger, wie Wulf vorgibt einer zu sein, lesen auch keine Deutsche-Wochen-Zeitung aus dem DVU-Hause Frey. Sie schreiben auch keine Leserbriefe in denen sie die *„eklatante Verletzung“* der Rechte *„nationalgesinnter Bürger“* ausmachen. Die Verbindung zu den vier Neonazis **Tim Kirschner, Arne Kähne, Ulf Blessmann und Marco Rusch** wurde auch nicht, wie von Wulf angegeben, unterbrochen. Naja, was kann kann man von einem Normalbürger, der sich eine in rechtsradikalen Kreisen äußerst beliebte Fahne in der Wohnung aufhängt schon erwarten? Durchgefallen Herr Wulf!

(ty)

Rendsburg

Hetzjagd

Ursache eines schweren Autounfalls in Rendsburg war eine Hetzjagd von Faschisten aus der Rendsburger Szene.

Diese hatten den türkischen Fahrer und dessen Freundin nach einem Streit in Büdelsdorf mit dem Auto verfolgt, so dass dieser schwer verunglückte. Die Opfer trugen lebensgefährliche Verletzungen davon; die Nazi-Skins setzten ihre Fahrt ohne Hilfeleistung fort. Wenig später kam es zu weiteren Ausschreitungen von Neonazis in Osterrönfeld (Kühls Gasthof) und Bovenau.

Ende März fand in Rendsburg dann ein Schweigemarsch gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit statt, an dem sich etwa 300 Personen beteiligten.

In der Vergangenheit wurden die zunehmenden Aktivitäten junger Nazi-Skins im Raum Rendsburg von der Polizei und dem Streetworker **Thomas Schmitt** immer heruntergespielt.

Föhr - kein Aufmarsch an Führers Geburtstag

Faschisten wollten auf Föhr marschieren

Als offizieller Anlaß wurde der Todestag des Auschwitzleugners Thies Christophersen angegeben. Und per Fax wurde die SPD des Ortes Wyk auf Föhr vom Lübecker Neofaschisten Ulrich Schwetasch zum Mittun eingeladen.

Schwetasch, in den 80er Jahren lange bei der Jugendorganisation der NPD, dann Anfang der 90er Jahre kurz bei Freys DVU und später dann auch mal für das *Bündnis Rechts für Lübeck* aktiv, wurde im Kooperation mit dem *Volksbund Deutsches Reich* tätig. Als Vorsitzender dieser kleinen Gruppierung tritt der Nürnberger **Klaus Huscher** auf, der bereits 1977 mit Christophersen einen *„Auschwitz-Kongreß“* plante, um Geschichtslügen zu verbreiten. Huscher gehörte auch zu den maßgeblichen Organisatoren einer Christophersen-Gedenkveranstaltung in der Nähe Flensburgs im Jahr 1997.

•DENK MIT!-WEISER•

DER SCHLÜSSEL ZUR ALTERNATIVEN BETRACHTUNG DER ZEITGESCHICHTE.
EINE ZEITSCHRIFT ALS LEXIKON KAUM VERBREITETEN WISSENS!

Jahrgang 3 (1997) Ausgabe 1 - Bestellanschrift und Bezugsbedingungen siehe bitte Rückseite!

Die Nazis und der Staatsbankrott, - ihre magischen Beziehungen ...

Am Beispiel des als Nazi in Deutschland, Belgien, Dänemark und in der Schweiz verfolgten, und am 13. Februar 1997 in Kiel verstorbenen Verlegers Thies Christophersen, der auch als Leiche noch vom Flensburger Ordnungsamtschef Maul-Wrobel verfolgt wurde und von Flensburg nach Kiel ausweichen mußte, wird der magische Zusammenhang zwischen Nazis und dem Staatsbankrott zweifelsfrei offenkundig!

Denn wie ist es zu erklären, daß die Nazis noch nie so verfolgt wurden wie heute und der Schuldenberg ebenfalls noch nie so hoch war wie heute?

Welche Zusammenhänge bestehen da? Über das „Wie“ lesen Sie ausführlich in **„Denk mit!“ 1-2/1997, DM 14,-**; Spezielles auf den Seiten 38-40!

Der 80. Jahrestag der Seeschlacht am Skagerrak vom 31. Mai bis 1. Juni 1916 war Anlaß einer gründlichen Zusammenstellung über diese größte Seeschlacht der Neuzeit. Spannende Schilderungen und die Berichte der deutschen und englischen Flottenchefs werden ergänzt durch die Flottenaufstellungen und Skizzen der beteiligten großen Schiffe und mit vielen Gefechtsskizzen und -plänen.

Ein solch riesiges Geschehen steht aber nicht isoliert da, es ist verwoben in ringende Mächte, deren offenbare, die harmlosesten sind. Presse und Börse geben Fingerzeige - und so können auch „Kriegsdienstverweigerer“ Einsichten in Mächte bekommen, die, wenn sie erst ausgeschlossen wären, Frieden ermöglichten. So ist auch eine Gefangenenliste mit aufgenommen als Zeichen, daß der Kampf der zur Skagerrakschlacht führte, auch heute noch tobt!

„Denk mit!“ 1-3/1995, DM 21,-

Sind Ihnen eigentlich die näheren Todesumstände des reichsdeutschen Ministers und Friedensfliegers Rudolf Heß bekannt, den Gorbatschow freilassen wollte? Der jetzt verstorbene Thies Christophersen hatte sie von Dänemark aus als erster veröffentlicht. „Denk mit!“ brachte sie im Nachdruck heraus, zusammen mit den Ereignissen in Wunsiedel, Berlin und Wien, und mit einem Pressespiegel.

Belegte Ahnungen Adolf Hitlers führen zur Frage der Vorsehung - und weiter ... **„Denk mit!“ 1-2/1987, DM 12,-**

Thies Christophersen
Kiel, † 13. Februar 1997

Was haben der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, und Simon Wiesenthal, sowie gewisse Journalisten gemeinsam, - „nur“ durch die Ehre unterschieden? Sie schaffen SS-Männer -
(siehe **„Denk mit!“ 1-2/1997, DM 14,-**)
und SS-Dokumente!
(siehe **„Denk mit!“ 4/1990, DM 6,-**, *Seite 119 ff.*)

35 Jahre wurde kein Sachgutachten über die „Gaskammern“ eingeholt, stellte Professor Faurisson 1980 fest (heute gibt es 3 -drei-, mit dem Ergebnis, daß die Gutachter gejagt werden, Prof. Faurisson beraubt, niedergeschlagen und schwer verletzt wurde, die Ergebnisse vertuscht, und eine Legion Menschen verfolgt und eingesperrt werden, nunmehr auch in Frankreich und der Schweiz). Lesen Sie mehr über den „potentiellen Ehrenbürger des Deutschen Reiches“, Prof. Faurisson in **„Denk mit!“ 1/1981, DM 6,-**

VBDR
das solide Fundament!
Volksbund Deutsches Reich

Der Krieg ist noch nicht vorbei: ein Friede nicht geschlossen!

Unsere Mitbürger gehen darüber hinweg, Hauptsache es wird nicht geschossen. Die Umvolkung und die Arbeitslosigkeit bemerken sie schon eher, wie auch die Inflation und den Niedergang der Landwirtschaft, des Kohlebergbaus, der Stahlindustrie und jetzt der Industrie allgemein und des Mittelstandes; „es kommt ja alles vom Ausland und *so* billig“- die Spätfolgen bedenken Sie nicht!

Sie bemerken nicht, daß das die Verwirklichung der Kriegsziele des noch laufenden Krieges ist - so bluten sie ohne Gegenwehr aus! „Germany must perish“!

Wir aber meinen: „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt!“

Dazu dienen Ihnen - und unserem ganzen Volk - diese Schriften, die aus der Praxis für die Praxis entstanden sind.

Es wäre schön, wenn das Schreiben allein die Gefahr bannen könnte, aber es ist nicht so! Die Schriften wollen nicht nur hergestellt und verkauft sein um die Kosten zu decken, sondern sie müssen gelesen und v e r s t a n d e n werden um eine Wende zum Besseren herbeizuführen, dazu gehört in einer Demokratie auch die große Zahl - die Menge der Bürger!

Greifen Sie zu diesem Rüstzeug prodeutscher Tatsachen und Argumente!

Jeder Kaufmann muß jährlich eine Bestandsaufnahme machen, damit er weiß, wie er steht. Völker können erst recht nicht darauf verzichten, besonders wenn sie ständig mit „Schuldkomplexen“ belabert werden und keinen Durchblick mehr haben und immer höher zu Gunsten Dritter verschuldet werden.

Ebenso steht es mit den Rechtsansprüchen und Tatsachen, die einfach von den Volksfeinden „vergessen“ gemacht werden, von denen die Jugend darum nichts mehr erfährt, weil sie um die sich daraus ergebenden Vorteile begaunert werden soll.

Der 1. und 2. Weltkrieg sind nur Schlachten in einem bis jetzt schon über 100jährigen Krieg. **1897:** *Die Vertreibung der Deutschen vom Weltmarkt, die Vernichtung ihrer Handels- und Kriegsflotte, die Wegnahme ihrer Kolonien und das Erzwingen einer hohen Kriegskontribution durch Blockade der Nord- und Ostsee, sei für England unverzichtbar".*
„Denk mit!“ 2-3/1993, DM 14,-

„*Denk mit*“ - ein von Huscher verbreitetes Nazi-Pamphlet

OVG bestätigt Verbot

Als Redner am 20. April war der Altnazi **Otto Riehs** vorgesehen, der Anfang der 80er Jahre eng mit den militanten Neofaschisten um **Michael Kühnen** (*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*, bzw. *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten*) zusammenarbeitete.Nachdem die bürgerlichen Parteien auf Föhr zunächst wenig Aufhebens um den geplanten Nazi-Marsch machen wollten, kam es einige Tage vorher doch zum Verbot. Dies wurde zwar vom Verwaltungsgericht aufgehoben, schließlich aber von der nächsten Instanz am Nachmittag des 19. April bestätigt. Das Oberverwaltungsgericht begründete seine Entscheidung in einer ausführlichen Pressemitteilung u.a. damit, dass in die Gefahrenprognose einzugehen habe, dass *„der wegen Volksverhetzung bereits rechtskräftig verurteilte Redner Riehs zu einem Thema ('Volk steh' auf') sprechen soll, dessen aufrührerisch-agressiver Charakter zumal an einem historisch belasteten Datum (20. April) auf der Hand liegt“*. Auch die sonstige Propaganda des Volksbund Deutsches Reich gebe *„nachhaltig Anlaß zu der Annahme, daß im Rahmen der angemeldeten Veranstaltung Straftaten gemäß § 90a und b StGB begangen werden könnten.“* Schließlich habe der Antragsteller in keiner Weise erkennbar gemacht, dass er für das Verhalten der von ihm eingeladenen *„ausländische(n) Teilnehmer“* Verantwortung zu übernehmen bereit war.

Rendsburg - Geschichtsbereinigung á la Luftwaffe

Rüdel-Kaserne umbenannt

Anfang Mai soll die Kaserne der Flugabwehr der Luftwaffe in Rendsburg ihren Namen ändern. Statt Rüdel-Kaserne soll sie dann Anton Schmid-Kaserne heißen.

Während Generaloberst Günther Rüdel - nach ihm wurde die Kaserne 1964 benannt - der deutschen Wehrmacht als Flugabwehr-Spezialist galt, hat ein Gutachten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes kürzlich ergeben, dass er zudem ab August 1944 ehrenamtlicher Richter am berüchtigten Volksgerichtshof war.

Dieser war ein besonderes Symbol des Nazi-Terrorjustiz: innerhalb von 11 Jahren wurden dort über 5000 Menschen zum Tode verurteilt. Der österreichische Feldwebel der Wehrmacht Anton Schmid war von den Nazis zum Tode verurteilt worden, weil er im Wilnaer Ghetto über 150 jüdische ZwangsarbeiterInnen und WiderstandskämpferInnen vor der Ermordung durch die SS bewahrte.Der Kommandeur der Heeresflugabwehrschule, General Udo Beitzel, hält es für *„angemessen, dass das deutsche Heer und die in dieser Kaserne beheimateten Truppenteile in Zukunft auf den Namen Rüdel-Kaserne verzichten müssen.“* Die Umbenennung von Kasernen ist Teil der Aktivitäten Scharpings, der Anfang 1999 die Soldaten ermunterte, hierbei die Initiative zu ergreifen.

Doch kein Truppenteil beantragte eine Umbenennung. So erfolgte auch hier, so eine Klage aus der Kaserne, *„die Willensbildung (...) von oben, nicht bei uns“*. Noch immer werden Rüdel im Informationsheft der Kaserne *„bahnbrechende“* Leistungen bei der Flugabwehr bescheinigt, wofür er das Ritterkreuz erhielt. Die gegen Rüdel vorgebrachten belastenden Erkenntnisse werden von vielen mehr oder weniger offen in Frage gestellt. *„Im Zweifel für den Angeklagten“*, sagt etwa der Vorsitzende des Personalrates, Oberstleutnant Günter Faltin. Er organisierte eine Umfrage unter den 1200 Soldaten und 200 Zivilangestellten. Über das Ergebnis, das er Scharping mitgeteilt hat, will er nichts sagen. Aber er sei - so ein Bericht in der Berliner Zeitung - *„zuversichtlich, dass sich etwas ändert. So kurzfristig, wie die Umbenennung angeordnet wurde, lässt sie sich auch wieder rückgängig machen.“*

Bad Segeberg - Neonazis rüsten auf

Waffenarsenal entdeckt

Am Freitag, den 18.02.00 hetzten ca. 15 Nazis eine Person durch Bad Segeberg und zwei der Nazis schossen dabei aus Schreckschusspistolen. Die Nazis, die sich kurz nach dieser Hetzjagd auf einem großen Parkplatz um einen Opel Corsa mit Oldesloer Kennzeichen versammelten, wurden dort von der Polizei gefilzt.

Die beiden 18-Jährigen Nazis aus Bad Segeberg und Schleswig, die aus den Schreckschusspistolen schossen, wurden die Nacht über inhaftiert. Bei einer 14-Jährigen Frau wurden verfassungsfeindliche Schriften und Symbole sichergestellt. Gegen eine weitere Person der Gruppe wird wegen unerlaubten Schießens außerhalb von Schießplätzen ermittelt. Da die Nazis u.a. Wahlplakate zertraten wurden mehrere Anzeigen wegen Sachbeschädigung geschrieben.

Zwei Tage nach diesem Vorfall kam es zu einer staatsanwaltschaftlich angeordneten Wohnungsdurchsuchung bei dem 25-Jährigen polizeibekannten Nazi Bernd Tödter, wegen des Verdachts der Unterschlagung. Bei der Durchsuchung entdeckte die Polizei neben zum Teil gefährlicher Übungs- und Manövermunition auch ein panzerbrechendes Geschoß, Leuchtspurmunition, diverse Schachteln mit scharfen Winchester- und Pistolenpatronen, ein Bolzenschussapparat sowie zwei Schreckschusspistolen. Eine Schreckschusspistole trug Bernd Tödter beim Eintreffen der Polizei am Hosenbund, die zweite wurde im Bett eines Mitbewohners entdeckt, versteckt unter dem Kopfkissen. Laut Polizeiangabe stammt ein Teil der Munition aus Bundeswehrbeständen. Alle Gegenstände wurden beschlagnahmt. Bernd Tödter ist Führer einer ca. 10-köfigen Nazi-Gruppe aus Bad Segeberg. Er saß u.a. wegen Totschlag und Körperverletzungen mehrere Jahre in der JVA Neumünster. Während dieser Zeit, wurde Tödter von der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) betreut. Die HNG stellt als organisationsübergreifende Vereinigung eine der wichtigsten und größten Organisationen im logistischen Netzwerk des Neofaschismus der BRD dar. Ziel der HNG ist es u.a. “die Abschaffung aller Anti-NS- und Gesinnungsparagraphen zu erreichen”. Innerhalb der Justizvollzugsanstalten bildet sie eine eigene Kommunikationsstruktur, die eine Bindegliedfunktion zwischen inhaftierten und freien Neonazis gewährleistet und die gleichzeitig als Rekrutierungsstruktur genutzt wird.

(kuh)

Lübeck - Brandanschlag Hafenstraße

Möge die Staatsanwaltschaft sich an die Rechtsprechung halten...

Mit dem Freispruch Safwan Eids vor dem Kieler Landgericht wollten die Justizbehörden den Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße abhaken. Doch noch ist der juristische Kampf um die Verfolgung der tatsächlich Tatverdächtigen nicht aufgegeben. Safwans Anwältin Gabriele Heinecke hat im Januar Beschwerde beim Generalstaatsanwalt eingelegt.

Währenddessen ist einer der tatverdächtigen Nazis tatsächlich verurteilt worden – wegen falscher Verdächtigung *und* Irreführung der Behörden!

Maik Wotenow, genannt "Klein Adolf", ein Faschist aus Grevesmühlen. In der Nacht des Brandanschlages auf das Heim in der Hafenstrasse hielt er sich in Lübeck auf. Er war am Tatort, er hatte frische Sengspuren an Kopfhaar, Wimpern und Augenbrauen – die "typischen Spuren von Brandstiftern", wie es eine Gerichtsmedizinerin formulierte. Er offenbarte Täterwissen, berichtete seiner Freundin Kerstin Bibow von einem Menschen, der bei der Brandstelle auf dem Boden lag und noch brannte – es kann sich nur um den unter rätselhaften Umständen ums Leben gekommenen Sylvio Amoussou gehandelt haben, der im Vorbau des Hauses gefunden wurde. Und er legte Geständnisse der Brandstiftung ab. Zweimal, einmal davon gegenüber dem Nachrichtenmagazin SPIEGEL, bezichtigte Wotenow sich und seine drei Freunde Burmeister, Techentin und Patynowski der Tat. Genau dafür wurde er vom Amtsgericht Neustrelitz verurteilt. Wotenow gab an, durch Mitgefangene während seiner Haftzeit wegen Autodiebstahls, Raubes, Betruges, Körperverletzung und mehrfacher sexueller Nötigung (Jugendstrafe von drei Jahren und neun Monaten) zum Geständnis des Brandanschlages gezwungen worden zu sein. Beide Geständnisse hatte er widerrufen. Amtsgerichtsdirektor Boldt meinte, Wotenow habe andere Menschen eines Deliktes bezichtigt, "*das schlimmer nicht sein kann*", und verurteilte Wotenow zu sechs Monaten Haft. Die Haftzeitverkürzung wegen Raubes etc. ist ebenfalls hinfällig.

Stellt sich die Frage, was die Behörden in die Irre geführt hat – das Geständnis Wotenows oder der damit entstandene Druck die bereits eingestellten Ermittlungen gegen die Nazis aus Grevesmühlen wieder aufnehmen zu müssen...

Beschwerde

Beunruhigend dürfte auch die umfangreiche Beschwerdeschrift sein, die Rechtsanwältin Gabriele Heinecke gegen die Einstellungsverfügung des Verfahrens gegen Wotenow und Co. im Interesse ihre Mandanten Safwan Eid formuliert und an den Generalstaatsanwalt des Landes Schleswig-Holstein gesandt hat. Alles, was den detaillierten Tatverdacht gegen die vier Nazis begründet, wird in dem Papier aufgelistet: die Indizien für eine Brandstiftung von außen, die verschiedenen Selbstbezichtigungen, die Sengspuren, das Täterwissen, das Motiv, die Anwesenheit am Tatort. Zeitweise süffisant formuliert und einer unüberhörbaren Ironie gegen die ermittelnden Staatsanwälte: "*Nehmen Sie alle Jugendlichen aus Grevesmühlen und Umgebung und es ist höchst unwahrscheinlich, dass Sie überhaupt jemanden mit typischen Brandlegerspuren darunter finden. Nun gibt es in diesem verfahren zufällig gleich drei junge Männer aus Grevesmühlen und Umgebung mit diesem unstreitigen Befund und dies – zufällig - in derselben Nacht. Zufällig sind diese drei jungen Männer Freunde. Zufällig befinden sie sich alle in dieser Nacht einmal in unmittelbarer Nähe des Hauses Hafenstraße 52. Zufällig ist dies die Nacht des Brandanschlages auf das Haus. Aber die typischen Brandlegerspuren, zufällig bei keinem älter als 24 Stunden, sind bei allen dreien – so die Staatsanwaltschaft – unabhängig voneinander enststanden.*"

Die Beschwerde endet mit einem bezeichnenden Satz: " *Möge die Staatsanwaltschaft sich in diesem Verfahren endlich an die Rechtsprechung halten und Anklage erheben.*"

Wie wir wissen, ist das bislang nicht geschehen – da politisch nicht gewollt. Ein Klageerzwingungsverfahren steht noch aus...

HPW

Meldorf - Nazis treffen auf milde Justiz

„Buddy's"-Prozeß : Bewährungsstrafen für Nazis

In Meldorf wurden am 24. Februar 2000 drei Nazis wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung verurteilt. Nach längerer juristischer Prozedur ist damit der faschistische Überfall auf die Heider Kneipe „Buddy's" für die Täter glimpflich ausgegangen.

Zur Erinnerung: Am Abend des 24. Oktober 1998 betraten 10-15 bewaffnete Nazis die Kneipe „Buddy's" in Heide, zerschlugen die Einrichtung und verletzten 3 Gäste. Die Heider Polizei nahm 16 Personen fest. Von den Festgenommenen stammten drei aus Heide, die anderen kamen aus Mecklenburg-Vorpommern, größtenteils aus Ribnitz-Damgarten. Das Ganze war eine Racheaktion, weil am Wochenende vorher bei einer Auseinandersetzung vor der Kneipe ein Nazi verletzt worden war.

Drei Verfahren wurden eingestellt. Von den übrigen wurden 10 abgetrennt, da die Täter zum Tatzeitpunkt noch nicht 21 Jahre alt waren. Diese wurden nach dem Jugendlichen- und Heranwachsendenstrafrecht behandelt. Das bedeutet, daß dort verhandelt wird, wo die Angeklagten wohnen.

Nazis schüchtern ZeugInnen ein

Deshalb fand eine Verhandlung am 11.November 1999 in Ribnitz-Damgarten statt. Hier waren sieben Personen angeklagt. Diese haben zwar überwiegend zugegeben, daß sie in der Kneipe waren, Körperverletzungen oder Sachbeschädigungen hat aber keiner gestanden. Da die geladenen Zeugen keinen der Angeklagten zweifelsfrei identifizieren konnten, verhängte der Richter Geldstrafen auf Bewährung und sprach Ermahnungen aus. Zu erwähnen ist noch, daß bei diesem Prozeß drei weitere Nazis unter den Zuschauern waren, die sich auf ihren Jacken als „Nordische Kameradschaft Ribnitz" gekennzeichnet hatten.

Am 23.November 1999 standen dann die nächsten drei Nazis in Güstrow vor Gericht. Hier warteten sechs Glatzen vor dem Sitzungssaal und versuchten, die Zeugen einzuschüchtern oder zu provozieren. Sie sind aber bei Verhandlungsbeginn erfolglos abgezogen. Die Verhandlung lief ähnlich wie in Ribnitz. Die Angeklagten haben nur geringe oder gar keine Tatbeteiligung gestanden, die Zeugen haben niemanden eindeutig wiedererkannt. Deshalb wurden die Angeklagten lediglich ermahnt. Drei weitere der damals Festgenommenen waren bereits über 21 Jahre alt. Sie kommen aus Heide, Güstrow und Ribnitz-Damgarten. Die Verhandlung fand daher in dem für Heide zuständigen Amtsgericht in Meldorf statt. Einer der damals Verletzten trat hier als Nebenkläger auf.

Ein Teil der nach dem Überfall beschlagnahmten Waffen der Neonazis

Der erste Verhandlungstag war am 14.Juni 1999. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch. Nach einem Antrag der Nebenklage, die Anklage auch auf gefährliche Körperverletzung, Freiheitsberaubung und schweren Hausfriedensbruch zu erweitern, wurde die Verhandlung vertagt. Da die drei Angeklagten ohne Verteidiger erschienen sind, wurden außerdem für sie Pflichtverteidiger bestellt.

Am 24.Januar 2000 wurde die Verhandlung fortgesetzt. Hier tauchten wieder zwei Angehörige der „Nordischen Kameradschaft Ribnitz" auf sowie ein Nazi aus Heide. Bei der Vernehmung der Angeklagten gab einer zu, mit einem Baseballschläger auf einen Spielautomaten geschlagen zu haben. Ein anderer machte überhaupt keine Aussage. Die Körperverletzungen gab keiner zu. Als einzige Zeugen waren hier die drei Verletzten geladen, von denen einer nicht erschien, sowie der Wirt, der an dem Abend des Überfalls aber nicht in der Kneipe war. Deshalb beantragte der Anwalt des Nebenklägers sowohl andere Gäste als auch Mittäter als weitere Zeugen zu laden. Der Ladung weiterer Gäste stimmte die Richterin sofort zu, die Ladung der Mittäter wollte sie bis zum nächsten Verhandlungstermin prüfen. Dieser wurde auf den 31.Januar festgelegt.

Am dritten Verhandlungstag erschien dann nur eine Zeugin, die aussagte, daß sie den ganzen Überfall in Todesangst erlebte. Sie konnte zwar einen der Angeklagten identifizieren, ihm aber keine Körperverletzung oder Sachbeschädigung zuordnen. Unter den Zuschauern saßen diesmal fünf Nazis aus Heide und Umgebung. Da die Richterin entschieden hatte, sechs der Mittäter auch als Zeugen zu laden, wurde eine vierter Verhandlungstag angesetzt. Dieser war dann am 8. Fe-

bruar. Zwei der im November in Ribnitz-Damgarten angeklagten Nazis haben ausgesagt, daß sie nichts gesehen haben, weil sie „voll“ waren oder nur im Kneipeneingang standen. Der dritte konnte sich zuerst an nichts erinnern. Die Erinnerung kam dann nach und nach wieder, als ihm die Richterin und der Vertreter der Nebenklage seine Aussagen bei der Polizei und der Verhandlung in Ribnitz-Damgarten vorhielten.

Er gab dann schließlich zu, daß der Überfall eine geplante Racheaktion war. Nicht gekommen sind an diesem Tag die drei anderen geladenen Mittäter, von denen einer in der JVA Stralsund sitzt. Dafür waren dann diesmal ca. 15 Nazis unter den Zuschauern, die von drei Polizisten mit Hund bewacht wurden.

Eine zwangsgeladene Zeugin schilderte den Überfall aus ihrer Sicht und daß sie ebenfalls Todesangst hatte, konnte aber auch keinen der Angeklagten identifizieren. An diesem Tag hat nur noch ein Nazi aus Heide zugesehen, der sich zwischen drei Polizisten sichtlich unwohl gefühlt hat.

In ihren Plädoyers waren sich dann der Staatsanwalt, der die ganze Verhandlung über eher passiv und uninteressiert wirkte, und die Verteidiger weitgehend einig, daß die Angeklagten nur wegen schweren Landfriedensbruchs belangt werden können, da die Körperverletzungen niemandem eindeutig zugeordnet werden konnten. Der Vertreter der Nebenklage wies dann darauf hin, daß die Angeklagten nach eigener Aussage in Kauf genommen haben, daß im Laufe ihrer Aktion Menschen verletzt werden können. Das reiche für eine Verurteilung wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung.

Die Richterin verkündete eine Stunde später das Urteil. Wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung bekamen zwei der Nazis acht und einer zehn Monate Freiheitsstrafe, jeweils für drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Jeder muß 500 DM Geldstrafe zahlen. Außerdem müssen sie sämtliche Prozeßkosten einschließlich der Auslagen der Nebenklage tragen. Dem Nebenkläger wurden 1200 DM Schmerzensgeld zugesprochen.

Wie jüdische Menschen 1947 versuchten ein neues Leben zu beginnen und wieder im Lager landeten

„Wir leben nicht wir sind noch tot“

Im Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht. Deutschland wurde besiegt und die Konzertrationslager befreit. Deutschland wurde in Besatzungszonen eingeteilt und im Osten vertrieben die Russen die Deutschen. Trotz dieser Flüchtlingsströmen bescherte uns, dank des Marshall-Plans, Ludwig Ehrhart das Wirtschaftswunder - und alles wurde gut!
So, oder ähnlich lernt man die Geschichte laut den Büchern in der Schule. Was mit den Überlebenden des Holocaust geschah, bleibt meistens im Dunklen.

Schätzungsweise 10,8 Millionen[1] Nicht-Deutsche, mußten sich in der ersten Zeit nach der Befreiung auf dem Boden des ehm. Deutschen Reiches zurechtfinden. Diese Menschen, die dem Tod meist näher waren als dem Leben wurden von den Alliierten als Displaced Persons (DP's) bezeichnet. Für die DP's wurden Lager geschaffen, um sie zu registrieren und in ihre Heimatländer zurück zu führen. Dies gelang den Alliierten recht zügig, so dass Ende 1945 knapp 80% der Menschen wieder in ihrer Heimat waren. Bis Ende 1946 lebten dann noch ca. eine Millionen Displaced Persons in den Lager der westlichen Zonen. Diese Menschen kamen meist aus Osteuropa und weigerten sich zurück zu gehen, da sie zu recht befürchteten dort als Kollaborateure bezichtig zu werden. Eine weitere Gruppe machten die jüdische DP's aus. Diese Menschen hatten keine Heimat mehr: Nach Osteuropa konnten sie meist nicht zurück, da es dort auch nach 1945 noch Pogrome gegen jüdische Einrichtungen und Menschen gab. Obwohl sich in Deutschland relativ schnell erste Ansätze eines neuen jüdischen Lebens bildeten, konnten die Meisten sich nicht vorstellen dort zu leben. Zu groß war die Gefahr, dass sie ihren Peinigern wieder über den Weg laufen.

Viele Menschen versuchten nach Schweden oder in die USA zu gelangen, doch wollten die Meisten in das land, welches sie ihr Land der Hoff-

Lübecker Nachrichten

Überparteiliche und unabhängige Zeitung – Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 26 der Militärregierung

Nr. 72 · Jahrgang 2 Mittwoch, den 10. September 1947 Einzelpreis 20 Rpf.

Exodus-Juden in Lübeck

Schwere Unruhen während der Ausschiffung — Britische Truppen mit Wasser und Knüppeln — Verzweifelter Widerstand gebrochen

Hamburg, 9. September. (Eig. Ber.)

Im Laufe des Montags und Dienstags wurden im Hamburger Hafen von drei britischen chiffen mehr als 4000 Juden, Männer, Frauen und Kinder, die im Juli den Versuch g acht hatten, sich illegal nach Palästina einzuschmuggeln, an Land gesetzt und nach den Lag öppendorf und Am Stau bei Lübeck gebracht. Nachdem es bereits bei der Ausladung rsten Schiffes nicht ohne Zwischenfälle abgegangen war, kam es am gestrigen Diens ie Passagiere der „Runnymede Park" das Schiff verlassen sollten, zu schweren U leichzeitig protestierten in der Nähe des Hafens 200 Juden, die in der Nacht vo sen nach Hamburg gekommen waren, gegen die zwangsweise Ausschiffung il ssen. Über die Unruh Dienstag veröffentlicht DPD folgende Ein

nung nannten: Palästina. Doch Palästina war für jüdische Menschen nahezu unerreichbar. Das damals arabische Land war seit 1920 britisches Mandatsgebiet. Aus Angst vor ethnischen Konflikten erteilte die britische Kolonial Regierung nur 1500 Einreisezertifikate pro Monat. Bestärkt durch den von Theodor Herzel begründeten Zionismus, der die "jüdische Frage" mit dem Anspruch auf das heilige Land verknüpfte, erreichte die illegale Einwanderung einen weiteren Höhepunkt.

Britische Seeblockade

Verschiedene jüdische Untergrundorganisationen, wie z.B. Haganah, Palmach oder Mossad organisierten die illegale Einwanderung "Alija Beth" (hebr. Einwanderung "B", im Gegensatz zur legalen Einwanderung "A"). Die Flüchtlinge versuchten über den Landweg nach Palästina zu kommen. Doch war dieser Weg sehr lang und beschwerlich. Der weit aus größere Teil versuchte ein Platz auf einem Einwandererschiff zu bekommen. Der Seeweg war ebenfalls mit großen Risiken verbunden, da die britische Marine ein Seeblockade errichtet hatte, die nur sehr wenige Schiffe durchbrechen konnten. Die Schiffe, die in der Regel von einem der europäischen Mittelmeerstaaten starteten, sollten nun einfach auf die Küste Palästinas zu fahren und dann auf Grund laufen. Die Flüchtlinge sollten das letzte Stück schwimmend oder in Rettungsbooten zurücklegen. Schafften die Schiffe es nicht die Seeblockade zu durchbrechen, wurden sie von der britischen Marine geentert und die Menschen in Auffanglager auf Zypern oder in Palästina interniert.

Die Haganah fand in Amerika die "President Warfield", einen ausrangierten Flussdampfer, der seit 1928 zu Vergnügungsfahrten eingesetzt wurde und kaufte ihn für 60.000 Dollar. Dieses Schiff eignete sich fast perfekt für die illegale Einwanderung. Es war sehr groß, aber immer noch sehr wendig. Der entscheidende Vorteil war, dass dieser Flußdampfer einen Tiefgang von gerade mal 2,4 Metern hatte.

Der britische Geheimdienst wurde bereits in Amerika auf das Schiff aufmerksam, so dass die Briten sehr früh über den Zweck des Schiffes bescheid wußten. Die "President Warfild" wurde nach Europa überführt, wo es dann, mit einem Zwischenstopp in Italien, am 9. Juli 1947 in dem französischen Fischerhafen Sète einläuft. Das Schiff war von innen nicht wieder zu erkennen. Die "President Warfield" zeichnete sich früher durch mehre Tanzsäle und Bars aus. Darüber hinaus hatten 400 Menschen einen Schlafplatz. Nach dem Umbau durch Mitglieder der jüdischen Untergrundorganisationen, konnten 4500 Menschen auf diesem Schiff Platz finden. Für jeden war eine Koje vorgesehen, die gerade mal 45cm breit und 60cm hoch waren[2].

In der Nacht zum 10. Juli 1947 treffen 4554 Menschen in Sète ein und gehen an Bord der "President Warfield". In der folgenden Nacht legt der Seelenverkäufer ab und nimmt direkten Kurs auf Palästina. Kurz nach dem schwierigen Auslaufen aus dem sehr verwinkeltem Hafen, wurde die "President Warfield" von britischen Kriegsschiffen "begleitet".

Der Zustand auf dem Schiff wird von Tag zu Tag schlimmer. Ein Großteil der Passagiere wird Seekrank, sanitäre Anlagen sind so gut wie nicht vorhanden und nach wenigen Tagen ist die erste Tote zu beklagen. Eine Frau stirbt kurz nach der Geburt ihres Kindes. Das Kind überlebt und lebt heute noch in Israel. Es trägt den Namen Exodus.

Die President Warfield wird zur Exodus 1947

Ein Höhepunkt auf der Fahrt war der 17. Juli 1947. Die Maschine wurde gestoppt und die Passagiere der "President Warfield" versammeln sich an Deck, um an einer Zeremonie teilzunehmen. Was die jüdische Bevölkerung in Palästina und der britische Geheimdienst längst wußten soll an diesem Tag öffentlich gemacht werden.

Die "President Warfield" wurde in Haganah ship "Exodus 1947" umgetauft. Ein Radiosender in Palästina sendete von nun an live von der "Exodus 1947". Damit wurde die gesamte Weltpresse auf das Schiff, welches 4554 Menschen unter miserabelsten Umständen nach Palästina bringen sollte, aufmerksam. So wurde die "Exodus" auch zu einem geschickten Propagandaschachzug, der sich für die jüdische Bevölkerung auch Auszahlen sollte.

Siebenstündiger Kampf fordert drei Tote

Die Weltpresse bekam auch direkt mit, dass die britischen Zerstörer in der Nacht zum 18. Juli den alten Seelenverkäufer angriffen. Es entbrannte ein siebenstündiger Kampf, in dessen Verlauf es viele Verletzt und drei Tote unter den Passagieren der "Exodus 1947" gab. Die Kommandanten der Exodus entschieden sich dazu aufzugeben. Nun rechneten alle damit, dass sie in das völlig überfüllte Flüchtlingslager nach Zypern kommen würden, doch die britische Außenminister Bevin wies an, dass die Passagiere der "Exodus 1947" in das Land zurück geschickt werden sollen aus dem sie kamen.

Die Exodus wurde in den Hafen nach Haifa gebracht, wo die Menschen auf drei Gefangenenschiffe "umgeladen" wurden. Bereits am 19. Juli 1947 nahmen die drei Schiffe Kurs auf Frankreich. Zehn Tage später erreichen sie den kleinen Fischereihafen Port de Bouc. Die Situation an Bord der drei Schiffe gleicht der auf der "Exodus 1947" mit dem Unterschied, dass es keine Kojen gibt, sondern die Gefangenen auf den bloßen Schiffsplanken liegen müssen.

Den jüdischen Menschen wurde ein Asylangebot unterbreitet, dass sie in Frankreich bleiben können und ordentliche Papiere bekommen. Die Heimatlosen lehnen dieses Angebot ab und betonen immer wieder, dass sie nur nach Palästina wollen. So harren die Menschen unter der sengenden Augustsonne in den Bäuchen der Schiffe aus.

Zurück in das Land des Grauens

Am 21. August 1947 sorgt ein britisches Ultimatum für Unruhe an Bord der Gefangenenschiffe. Im Communiqué Nr. 127 heißt es, dass "wenn die Juden nicht am 22. August vor 6 Uhr nachmittags (brit. Sommerzeit) mit der Ausbootung beginnen, lassen [wir] die Schiffe nach der britischen Zone in Deutschland weiterfahren, wo die Passagiere sofort ausgebootet werden."[3] Nach Ansicht der britischen Regierung ist Deutschland der einzige Ort, wo die Menschen "angemessen untergebracht"[4] werden können.

Unter diesem Druck verlassen wenige Menschen die Schiffe. Der größte Teil nimmt auch eine Weiterfahrt nach Deutschland in Kauf. Dass das Ultimatum nicht nur eine Drohung war, wird den Gefangenen am 22. August 1947 um 18:20 Uhr klar: Die Schiffe legen

Nachlaß in den Lagern der Exodus-Juden

Pöppendorf nicht wiederzuerkennen — Schutt und Unrat — Bäder in Büchsenmilch?

Zwei große Pferdefuhrwerke, beladen mit Müll aller Art, begegneten uns, als wir gestern durch das Lagertor von Pöppendorf fuhren. Die vielen Blechbüchsen, das Stroh, das Papier und viel anderer Zierrat stammten nicht aus Mülleimern und -gruben, sondern sind der „Nachlaß" aus den einzelnen Nissenhütten und Baracken der Exodus-Juden. Mannshoch türmen sich noch heute — mehrere Tage nach ihrem Abzug — die Schuttmassen vor den Türen.

Wir traten in eine der Nissenhütten. Abgerissene Lichtdrähte, zerschlagene Schalter, Türschlösser und Glühbirnen am Boden. Ein Ofen ohne Rohr war gegen ein zerschlissenes Fenster gelehnt, daneben Wandbemalungen aus den „Kriegstagen" der Exodus-Juden. Alles in allem, ein unbeschreibliches Durcheinander.

Noch schlimmer sah es in den Wohnbaracken aus. Dort hatte man alles, was nicht niet- und nagelfest erschien, in den Ofen gesteckt. Hölzerne Wandelgänge, die zwischen einzelnen Baracken hindurchführten, waren abgerissen. 60 Bäume im Lager Pöppendorf wurden im Laufe der acht Wochen gefällt.

In einer Baracke fanden wir 37 verschimmelte Brote, nicht zu reden von den vielen Essenresten, die überall verstreut herumlagen. Auffallend war die große Anzahl der Konservenbüchsen. Sie sind ein Beweis für den „Nachschub" der zahlreichen Hilfsorganisationen, aber sie bieten keinen Anhaltspunkt mehr dafür, daß Kinder gelegentlich abends in Kakao und Büchsenmilch gebadet wurden. Auch das soll vorgekommen sein, wie das deutsche Lagerpersonal berichtete.

Als wir an der Peripherie des Lagers entlanggingen, vermißten wir die vielen Zelte. Von 128 Zelten stehen jetzt noch 25, die übrigen sind von den Juden zerschnitten oder abtransportiert worden. In einem großen Speiseraum, dessen Zeltwände ebenfalls aufgeschnitten und abgerissen sind, fehlten 500 Stühle und Bänke.

Auch die neuen Sprungfederbetten blieben nicht verschont. Sprungfedern wurden zu Fußballtoren zusammengebaut. Der Abtransport des Inventars widersprach den Anordnungen der britischen Dienststellen. Lediglich eine geringe Anzahl von Betten und anderem Inventar sollte nach Emden und Wilhelmshaven mitgenommen werden. Mit diesem Transport war jedoch das deutsche Lagerpersonal beauftragt worden. Arm „wie Kirchenmäuse" waren die Insassen ins Lager gekommen, mit versenkbaren „Singer"-Nähmaschinen, Radioapparaten und Textilien verließen sie die Stacheldrahtzäune.

Trotz der Zerstörungen ist die Lagerleitung bemüht, in einigen Wochen die beiden Lager Pöppendorf und Am Stau wieder bewohnbar zu machen. k—

Lübeck?

Dr. Holzapfel zu Wirtschaftsfragen

ab und steuern das Land des Grauens an, wo das erste Schiff am 8. September 1947 ankommen. Mit dem Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas wir im Hamburger Hafen das erste Schiff gewaltsam geräumt. Am Pier 29 warten bereits die vergitterten Eisenbahnwaggongs, die für die Weiterfahrt nach Lübeck bestimmt waren. Während der Ausschiffung des ersten Schiffes ertönt im Hafen Jazz-Musik. "Genau wie in Auschwitz, genau wie in Belsen, genau wie bei den Nazis"[5] schreibt das Jüdische Gemeindeblatt.

Der Bahnhof Lübeck-Kücknitz war völlig umzäunt und weiträumig abgesperrt. Von dort fuhren Militär LKW in die Lager "Am Stau" und "Pöppendorf".

Das Lager "Am Stau" diente den Nazis als Zwangsarbeiterlager und das Waldlager "Pöppendorf" wurde 1945 von den Briten als Wehrmachtsdurchgangslager eingerichtet. Diese Lager wurde vor der Ankunft der Exodus-Passagiere komplett geräumt und umgebaut. Der Stacheldraht wurde verstärkt, die Lager wurden erweitert und mit Wachtürmen versehen, auf denen bewaffnete britische Soldaten Wache hielten. Dazu wurden große Suchscheinwerfer aufgestellt, deren Lichtkegel die ganze Nacht durch das Lager streiften.

Mehr schlecht als recht richteten sich die Menschen in den Lagern ein. Viele waren froh, dass sie die Strapazen der Fahrt überstanden hatten, doch half das nur wenig über den Schmerz hinweg, nun wieder im Land ihrer Peiniger und Mörder zu sein.

Von Seiten der Lübecker Öffentlichkeit schlug ihnen keinerlei Solidarität entgegen- ganz im Gegenteil. Die Einzigen Kontakte die sich zwischen den Internierten und der Lübecker Bevölkerung ergaben, beschränkten sich auf den Schwarzmarkt der an den Lagerzäunen florierte. Die ehm. Passagiere der Exodus wurden von vielen jüdische Organisationen unterstützt, so dass im Lager niemand hungern musste. Dies hatte zur Folge, dass Neid und Missgunst weiter wuchsen.

Lübecker Nachrichten antisemitisch

Neben dem Neid lässt sich in der Berichterstattung der "Lübecker Nachrichten" (LN) auch Antisemitismus finden. Die LN hatten am 10. September 1947 die Ankunft der "Exodus-Juden" als Titelthema. In diesem Artikel ist zu lesen, dass "die Verbitterung sichtlich grenzenlos"[6] ist. Allerdings beschränkt sich das Mitgefühl auf ein paar Zeilen und man muss unter der Überschrift "Elende Gestalten" lesen: "Das letzte mal, als wir solche Menschen sahen, liegt Jahre – wieviele eigentlich? – zurück. Dann verschwanden sie hinter den Stacheldrähten der polnischen Ghettos und Konzentrationslager. Nun sind sie wieder da."[7]

Lübecker Nachrichten

„Exodus-Juden" morgen in Lübeck

Britische Soldaten überwachen die Landung – Waffengebrauch nur im äußersten Notfall

Die bisherigen Vermutungen, wonach die jüdischen Emigranten in den Lagern Pöppendorf und Am Stau untergebracht werden sollen, sind durch die gestrige Erklärung des Gouverneurs von Schleswig-Holstein, Vizeluftmarschall Champion de Crespigny, bestätigt worden. Die 4500 jüdischen Flüchtlinge werden im Laufe des heutigen Sonnabends, falls keine unvorhergesehenen Umstände eintreten, in Hamburg an Land gehen. Der Weitertransport nach Lübeck-Kücknitz soll am Sonntagvormittag mit der Eisenbahn erfolgen, wo um 11.45 Uhr der erste Zug erwartet wird. Von dort werden die jüdischen Emigranten auf 36 Militärkraftwagen in die beiden vorbereiteten Lager Pöppendorf und Am Stau weitergeleitet.

„Sowie die Züge die schleswig-holsteinische Grenze überschritten haben, übernehme ich die Verantwortung für den Transport", erklärte der Gouverneur von Schleswig-Holstein in einer gestern stattgefundenen Pressebesprechung in Hamburg. Eine Stunde nach der Ankunft werde in den Lagern warmes Essen ausgegeben. Für jeden Flüchtling seien zwei Decken vorgesehen. Die tägliche Verpflegung werde einem Wert von 2800 Kalorien entsprechen. Die Flüchtlinge bekämen Gelegenheit, ihre eigene Lagerverwaltung zu wählen. Die Überprüfung der Emigranten nehme etwa zwei Wochen in Anspruch.

In Pöppendorf ständen 58 Nissenhütten zur Verfügung, die 2300 Emigranten aufnehmen könnten. 700 müßten in Zelten schlafen, der Rest würde in den engen Holzhütten des Lagers Am Stau untergebracht. Hier sollten vor allem Familien mit Kindern aufgenommen werden. Die Gattin des Gouverneurs von Schleswig-Holstein werde selber die Fürsorgemaßnahmen für die Flüchtlinge überwachen.

Zur Zeit gehen die vorbereitenden Arbeiten zur Aufnahme der „Exodus-Flüchtlinge" in den Lagern Pöppendorf und Am Stau, wie wir uns gestern überzeugen konnten, weiter. Nachdem die beiden Lager von Stacheldraht umgeben worden sind, werden nunmehr die innerhalb dieser Umzäunung gelegenen britischen Dienstgebäude durch besondere Drahtverhaue abgesperrt. Die Postverwaltung war mehrere Tage damit beschäftigt, neue Telephonleitungen zu legen. Die an allen Ecken der Lager aufgestellten Wachtürme sind jetzt zum Teil mit Scheinwerfern versehen. In einer der letzten Nächte wurden 3000 ehemalige Bunkerbettstellen angefahren, die entsprechend der Belegungskapazität auf beide Lager verteilt wurden. Öfen zur Beheizung der Baracken und Nissenhütten sind nur zu einem geringen Teil vorhanden. Wie weiter verlautet, sollen auch Dolmetscher für die englische, spanische und französische Sprache eingetroffen sein.

Die Lager dürfen seit einigen Tagen nur noch von den wenigen Personen betreten werden, die im Besitz eines von einer britischen Dienststelle ausgegebenen Ausweises sind. Die Bewachung wird vorläufig noch von Deutschen gestellt. Sämtliche Fahrzeuge, die den Schlagbaum passieren wollen, werden vom Posten registriert.

Am gestrigen Vormittag fand eine Besichtigung der beiden Lager durch hohe britische Offiziere statt.

Weiteren Meldungen zufolge werden die Schiffe, zwei vom Liberty-Typ, in Hamburg nacheinander abgefertigt. Soldaten vom Regiment „Foresters", von dem Teile in Palästina gewesen sind, werden die Landungen überwachen. Sie werden nur unbewaffnet an Bord der Schiffe gehen. Waffen will man nur im äußersten Notfall gebrauchen.

In den beiden Aufnahmelagern stehen etwa 200 Deutsche als Hilfspersonal zur Bewirtschaftung bereit. W. R.

Die "Vereinigung der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen Schleswig-Holsteins" gibt eine Stellungnahme heraus, in der sie sich solidarisch mit den Exodus-Passagieren zeigen. Darüber hinaus "erwarten [sie] von allen Deutschen mit innerem Anstand und Gefühl für Gerechtigkeit, daß sie sich anläßlich der vorliegenden Ereignisse jeglicher Form einer solchen Stellungnahme enthalten, die geeignet wäre, die niedrigen Regungen des Menschenhasses wieder zu erwekken, mit denen der Nationalsozialismus unser deutsches Volk ins Unglück geführt hat."[8] Die Stellungnahme erschien bereits am 3. September 1947 in der "Lübecker Freien Presse" (LFP). Die "Lübecker Nachrichten" erwähnten die Stellungnahme mit keinem Wort und nahmen sich offensichtlich auch nicht zur Kenntnis.

Die Weltpresse berichtet über die Ereignisse in Lübeck. Die britische Presse stellt den gewalttätigen Widerstand der Juden in Hamburg in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung. Von Seiten der französischen und amerikanischen Presse wird das Verhalten der Briten zum Teil scharf kritisiert. Vielen Journalisten, die sich kritisch äußern, wird vorgeworfen, dass sie die Geschehnisse um die "Exodus 1947" nur ausnützen würden, um antibritische Propaganda zu betreiben.

Antibritische Propaganda betreibt die "Lübecker Nachrichten" auch nach der Umquartierung der Exodus-Passagiere mit Sicherheit nicht.

Die Internierten verlassen die Lager "Am Stau" und "Pöppendorf" am 5. November 1947. Sie werden in winterfeste Quartiere in Emden und Wilhelmshaven gebracht. Ein Mitarbeiter der "Lübecker Nachrichten" besichtigt am 7. November 1947 das Lager "Pöppendorf" und schildert seine eindrücke in seinem Artikel: "Nachlaß in den Lagern der Exodus-Juden"[9] In dem Artikel wurde nicht nur das Vorurteil, "daß Kinder gelegentlich abends in Kakao und Büchsenmilch gebadet wurden"[10], wieder aufgegriffen, sondern auch akribisch dokumentiert, was an Zerstörungen und übriggebliebenen Lebensmittel zu finden war. Am Schluss schreibt er dann: "Arm wie Kirchenmäuse waren die Insassen ins Lager gekommen, mit versenkbaren 'Singer'-Nähmaschinen, Radioapparaten und Textilien verließen sie die Stacheldrahtzäune."[11]

Diese äußerst primitive Art, menschliches Leid oder Wohlbefinden nur über die tägliche Kalorienration zu definieren hält bis heute an. Ein Lübecker Zeitzeuge sagte zu uns: "Wir hungerten und lebten auf Lebensmittelkarten und die hausten wie die Maden im Speck!"

Das es trotz Hunger unter der deutschen Bevölkerung auch anders ging zeigt ein Beispiel aus Wilhelmshaven. Dort fand sich eine Bäckerei, die die Passagiere der "Exodus 1947" nutzen konnten, um sich koscheres Brot zu backen.

Die meisten Menschen blieben bis Mitte August 1948 in den Lagern in Emden und Wilhelmshaven. Ein kleiner Teil verließ schon früher eins der Lager, um entweder ein Leben in Europa zu beginnen oder einen weiteren Versuch starteten illegal nach Palästina einzureisen.

Im August 1948 machten sich dann die Passagiere der "Exodus 1947" auf nach Frankreich, um von dort aus erneut aufzubrechen. Nun aber nicht nach Palästina, sondern nach Israel.

Felix Hurlin

[1] Königseder, Angelika u. Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal. Frankfurt am Main 1994. S.13
[2] Siebecke, Horst: Die Schicksalsfahrt der "Exodus 47". Frankfurt am Main 1987. S.76
[3] Siebecke, Horst: Die Schicksalsfahrt der "Exodus 47". Frankfurt am Main 1987. S.184
[4] Ebd.
[5] Jüdisches Gemeindeblatt für die britische Zone, 13.9.1947
[6] Lübecker Nachrichten, 10.9.1947, Nr. 72, S.1
[7] Lübecker Nachrichten, 10.9.1947, Nr. 72, S.2
[8] Lübecker Freie Presse, 3.9.1947, Nr.73, S.5
[9] Lübecker Nachrichten, 8.11.1947, Nr. 89, S.3
[10] Ebd.
[11] Ebd.

Aufruf:
Sofortige Entschädigungszahlung an jeden Zwangsarbeiter statt Schlußtstrich für die Täter

Millionen von Menschen sind unter dem deutschen Faschismus in das Deutsche Reich deportiert und regelrecht versklavt worden. Von der Zwangsarbeit profitierten neben den Firmen der deutsche Staat.

Die Verschleppung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen wird seit 1907 durch die Haager Landkriegsordnung und nicht erst durch das Statut des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg als völkerrechtliches Verbrechen gebrandmarkt, das Entschädigungsansprüche auslöst.

Seit über 50 Jahren schulden deutsche Unternehmen sowie die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches den aus ihren Heimatländern rekrutierten 10-14 Millionen Zwangsarbeitern Lohn in Höhe von mindestens 180,5 Milliarden DM (vgl. Prof. Dr. Th. Kuczynski, „*Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im Deutschen Reich*"). Entschädigungen für den ausgeübten Zwang und für Schäden an Leib und Leben betragen ein Vielfaches.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „*Erinnerung, Verantwortung, Zukunft*" entlastet die Täter und verhöhnt die Opfer.

Das geplante Stiftungsgesetz ist ein Täterschutzgesetz

Am 15.12. 1999 einigten sich Vertreter der deutschen Wirtschaft, der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten auf einen Betrag von zehn Milliarden DM als Gesamtentschädigungsangebot.

Diese Summe geteilt durch 10-14 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter ergibt pro Kopf für alles Leid eine Summe zwischen 714,28 und 1000,- DM.

Anspruch auf Zahlungen aus dem Stiftungsfond hat nur, wer gleichzeitig auf die Geltendmachung sämtlicher Rechte aus Zwangsarbeit verzichtet. Dadurch werden auch jene Profiteure von Zwangsarbeit von allen Ansprüchen befreit, die keinen Pfennig in den Fonds einbezahlen (derzeit 97% aller Betriebe).

Das geplante Stiftungsgesetz ist ein Opferbeseitigungsgesetz

Eine Vererbung von Ansprüchen verstorbener Zwangsarbeiter findet entgegen den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht statt. Das betrifft 90% aller Opfer von Zwangsarbeit.

Allen Kriegsgefangenen, die als Zwangsarbeiter eingesetzt waren, wird nichts bezahlt. Das sind 25% DER Zwangsarbeiter.

Fast allen in der Landwirtschaft eingesetzten Zwangsarbeitern wird nichts bezahlt. Das sind ca. 36% der Zwangsarbeiter.

Allen nicht im Reichsgebiet eingesetzten Zwangsarbeitern wird nichts bezahlt.

Das geplante Stiftungs-Gesetz ist ein Schlußstrich-Gesetz

Ansprüche aus nationalsozialistischem Unrecht – nicht nur aus Zwangsarbeit – gegen den Staat und gegen deutsche Unternehmen sollen nur noch nach dem Stiftungs-Gesetz geltend gemacht werden können. Alle weitergehenden Ansprüche von Opfern des Nationalsozialismus werden ein für allemal ausgeschlossen.

Ansprüche verfallen, wenn sie nicht spätestens acht Monate nach Inkrafttreten des gesetzttes gestellt worden sind.

Eine Pflicht zur nachträglichen Erhöhung der Summe des Stiftungsfonds ist explizit ausgeschlossen.

Die Bundesregierung hat erklärt, die Einigung vom 15. Dezember 1999, die die grundlage für die Errichtung der Stiftung „*Erinnerung, Verantwortung, Zukunft*" ist, sei eine „*befriedigende Lösung für einen sehr komplexen Sachverhalt*".

Wir fragen:

Was ist das für eine Erinnerung, die über das Ausmaß des Verbrechens schweigt?

Was ist das für eine Verantwortung, die sich billig die Last des nationalsozialistischen Erbes vom Hals schaffen will?

Was ist das für eine Zukunft, die deutlich macht, dass sich Zwangsarbeit für die Täter doch gelohnt hat?

Was hindert uns daran folgende Selbstverständlichkeiten im Interesse der Zwangsarbeiter, aber auch im Interesse unserer Zukunft gesetzlich festzuschreiben:

Vorenthaltener Lohn muss bezahlt werden – ohne wenn und aber.

Sofortige Zahlung von DM 10.000,- an jede/n Zwangsarbeiter/in durch die Bundesrepublik Deutschland. Keine Verzichtserklärung als Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Zahlung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ehemalige Zwangsarbeiter umfassend zu entschädigen. Eine Verjährung von Ansprüchen findet nicht statt. Die Entschädigungssumme ist bei den Unternehmen einzutreiben.

Kein Rechtsfrieden auf dem Rücken der Opfer.

Was hindert uns daran – außer der Parteinahme für die Täter?

Bitte senden Sie die von Ihnen unterzeichnete Erklärung „Sofortige Entschädigungszahlung an jeden Zwangsarbeiter statt Schlußstrich für die Täter" an die Kontaktadresse:

Anwaltsbüro
Gabriele Heinecke & Koll.,
Budapester Straße 49,
20359 Hamburg,
Telefax: 040-4393183

Ihren Finazierungsbeitrag überweisen Sie bitte an:

Gabriele Heinecke
Anderkonto
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 1251/125231,
BLZ 200 505 50

"Wer sich weigert, die schrecklichen Wahrheiten des Holocaust zur Kenntnis zu nehmen, macht dessen Wiederholbarkeit wahrscheinlicher" (aus dem Vorwort)

Ein wichtiges, erzählendes Buch

Am 27. Januar, dem Gedenktag zur Befreiung von Auschwitz, wurde an den schleswig-holsteinischen Schulen ein Buch verteilt: "Erzählt es euren Kindern - Der Holocaust in Europa" der beiden schwedischen Historiker und Publizisten Stéphane Bruchfeld und Paul A. Levine.

Unser Autor hat das Buch gelesen – und war beeindruckt.

Eine persönlich gehaltene Buch-Rezension:

Ich gestehe Vorurteile: als mein Blick auf das Buch "*Erzählt es euren Kindern*" fiel, sah ich das Logo des Lübecker Nachrichten-Verlages. Ich bin von diesem Verlag kein verantwortungsvolles Umgehen mit der Geschichte und der aktuellen Bedeutung des Nationalsozialismus gewohnt. Dann der Hintergrund: die Landesregierung verteilt ein Buch an die Schülerinnen und Schüler Schleswig-Holsteins. Zu gut kann ich mich an den eigenen Geschichtsunterricht erinnern. Die Geschichtsbücher, damals noch im Auftrag eines CDU-Kultusministeriums, vermittelten ein Bild über Nationalsozialismus und Holocaust, das im Kontext "Totalitäre Herrschaftssysteme im Vergleich – Nationalsozialismus und Bolschewismus" stand. Da folgte der Aufklärung die Relativierung auf dem Fuße, denn auch die fortschrittlichen Lehrerinnen und Lehrer waren gezwungen, sich an den Lehrplan (weitgehend) zu halten.

Die "Männer des 20. Juli", die Mischung aus Reform-Nationalsozialisten, reaktionären Militärs, Antisemiten, Bolschewistenhasser, die einige Demokraten und Sozis als Deckmäntelchen vereinnahmten, also die "Verschwörer", die den Krieg an der Westfront beenden wollten, um den Krieg gegen Sowjet-Russland gewinnen zu können, wurden uns als bewundernswerte Widerstandskämpfer verkauft. Ja, vom kommunistischen Widerstand erfuhren wir auch, als Bewegung, die eine andere Form von Terror-Herrschaft anstrebte.

Der Holocaust, das war die Ausrottung der europäischen Jüdinnen und Juden, laut Buch. Unser Lehrer ergänzte das Spektrum der Opfer: Behinderte, politische Oppositionelle. An die Erwähnung der Sinti und Roma, gar dass diese bis heute vergeblich auf Anerkennung und Entschädigung warten, erinnere ich mich nicht.

Mit diesen Vorurteilen über staatlich vermitteltes Geschichtswissen habe ich das Buch aufgeschlagen – und war überrascht.

Lebendige Geschichte

Levande Historia – Lebendige Geschichte ist eine Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson, dessen Publikationen sich vor allem an die schwedische Jugend richteten. Ziel ist es, *die "Verankerung der demokratischen Grundwerte (...) zu fördern*". Bruchfeld und Levine haben im Rahmen diese Projektes eine Schrift unter dem Titel "*...om detta må ni berätta*" (darüber müsst ihr erzählen) herausgebracht, *die "Eltern als Ausgangspunkt benutzen können für ein Gespräch mit ihren Kindern über menschliche Moral, demokratische Werte und soziale Ethik*" (aus dem Vorwort der Verfasser). Der rege Zuspruch und Gebrauch überraschte Verfasser und die MitarbeiterInnen der Initiative Levande Historia, Einige hundertausende Familien haben das (kostenlose) Buch bei der schwedischen Staatskanzlei angefordert.

Die deutsche Ausgabe, bearbeitet von Robert Bohn und Uwe Danker (Institut für Zeit- und Regionalgeschichte), umfasst 162 Seiten Berichte, Fotos, Zeichnungen, Lieder, Gedichte, Tagebuchaufzeichnungen, Zitate, Lagerpläne, Zeittafeln, Karten, Literaturempfehlungen. Das erscheint als höchst unvollständiges Werk zum Holocaust. Aber die Autoren hatten nicht den Anspruch, eine historisch-wissenschaftliche Abhandlung schreiben, sondern wollen die *"Diskussion um den Holocaust und seine Folgen zu einem Teil des Alltags zu machen" (...) junge Leser zu weiteren eigenen Nachforschungen anregen*".

Ich kann nicht beurteilen, ob dies gelingt. Dazu bin ich zu befangen, als unabhängig arbeitender Antifaschist, der sich lange vor diesem Buch mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt hat. Ich weiß aber, dass dieses Buch berührt, die geschilderten Schicksale nahegehen, die Grausamkeit und Menschenverachtung der Maschinerie wie die der individuellen Täter schockiert, das Geschehen sprachlos macht. Immer noch, nach vielen tausend Seiten an Literatur über Holocaust, Faschismus und Krieg. Da bleibt nichts an Abgeklärtheit des vermeintlich "Wissenden". Eine wichtige Funktion.

Keine "trockene" Wissensvermittlung kann das erreichen. Die Autoren schaffen es, indem sie das gigantische Verbrechen in viele Teile zerlegen: beginnend mit der Geschichte der Kinder vom Bullenhuser Damm, den 20 von der SS noch im April 1945 Ermordeten zwischen fünf Jahren und 12 Jahren. Als Versuchsobjekte missbraucht, an Heizungsrohren und Wandhaken erhängt.

In der Einleitung wird der geistesgeschichtliche Hintergrund des Rassis-

Stéphane Bruchfeld
Paul A. Levine
Der Holocaust in Europa
Erzählt es euren Kindern

mus, der Antisemitismus und die "Rassenbiologie" dargelegt, flankiert von Zitaten, Beispielen und einer Zeittafel von 1920 bis 1933. Das nächste Kapitel heißt "*Jüdisches Leben vor dem Krieg*", erzählt aber auch von den Sinti und Roma, der Diskriminierung von Homosexuellen, Behinderten und den sog. "Asozialen", setzt die Zeittafel bis 1939 fort. Das Kapitel "*Verfolgung*" widmet sich den Nürnberger Gesetzen und der Reichspogromnacht. In "Die Einrichtung von Ghettos" wird deren Alltag auf wenigen Seiten sehr plastisch dargestellt, immer wieder an konkreten einzelnen Schicksalen, statt nackten Statistiken die Priorität einzuräumen. Die Zeittafel geht bis 1942. Der "*Deportation*", der JüdInnen wie der Sinti und Roma, als "*organisatorische Voraussetzung*" für die Vernichtung werden 21 Seiten gewidmet. Ich bekam eine Ahnung von der Angst, dem bedrückenden Terror, der Unsicherheit und Verwirrung der Opfer. Auf der ersten Seite des Abschnitts "*Der Völkermord beginnt*" findet sich hervorgehoben das Zitat von Dr. Albert Widmann (Chef der chemischen Abteilung des Kriminaltechnischen Instituts Berlin), wie er von einem Gespräch mit SS-Gruppenführer Arthur Neben berichtet: » *"Widmann, kann das Kriminaltechnische Institut große Mengen Gift herstellen?" "Wofür? Um Menschen zu töten?" "Nein." "Um Tiere zu töten?" "Nein." Wozu dann?" Um Tiere in Menschengestalt zu töten; das heißt die Geisteskranken, die man nicht mehr als Menschen bezeichnen kann und für die es keine Heilung gibt."* «

Der Ablauf in den Todesfabriken, den Vernichtungslagern, vom Transport zur Vergasung oder Erschießung, Täter und Opfer werden vorgestellt, die Frage erhoben, wieso die Täter zu diesen Grausamkeiten fähig und bereit waren.

Keine Schlachtlämmer

Das Kapitel "*Widerstand und Hilfe*" beginnt mit den Sätzen: *"Eine der Legenden zum Holocaust lautet, dass sechs Millionen Juden wie 'Schafe zur Schlachtbank' gingen, ohne Widerstand zu leisten. Tatsächlich aber gibt es tausende Beispiele für Widerstand, vom Aufruhr im Warschauer Ghetto bis zum Angriff jüdischer Partisanen auf deutsche Militäreinheiten in West- und Osteuropa."* Die Autoren räumen auch mit anderen Legenden auf: "*Und zumindest die Wahl, an den Verbrechen nicht selbst teilzunehmen, stand allen offen: Polizisten, die sich weigerten, Massenerschießungen mitzumachen, wurden nur versetzt, Ärzte und Pfleger konnten Behinderte schützen und mussten nicht morden, Einheiten der Wehrmacht entzogen sich verbrecherischen Befehlen. Doch nur wenige machten diesen Schritt, obwohl diese formen der Verweigerung nicht gefährlich waren.*" Und den Verschwörern des 20. Juli wird vorgehalten, das zumindest ein teil von ihnen "*antijüdisch gesinnt*" blieb.

"*Die Zuschauer*" ist ein Kapitel, das sich mit der Rolle insbesondere der westlichen Demokratien beschäftigt. Bruchfeld und Levine lassen nicht unerwähnt, dass das neutrale Schweden mit *Deutschland "gute Geschäfte machte*", dass die Hilfsmaßnahmen "*nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe der europäischen Juden*" retteten. Sie klagen die europäischen Staaten an, auch aus eigenem Antisemitismus heraus, dem Großteil der jüdischen Flüchtlinge die Türen verschlossen zu haben.

Die Geschichtsfälschung, die ich in der Schule noch hinnehmen musste, das ewige "Wir haben von all dem nichts gewusst", wird widerlegt. Die Deportationen und Demütigen waren öffentlich, alle Deutschen haben sie mitbekommen. Die Soldaten wussten vom Kommissarenbefehl, der die völkerrechtswidrige Liquidierung der politischen Beauftragten der Roten Armee vorsah, wussten, dass PartisanInnen massenhaft hingerichtet wurden. Und sahen zu oder beteiligten sich.

Abschliessend befasst sich das Werk mit "*Lehren aus dem Holocaust?*". Das Kapitel ist tatsächlich mit einem Fragezeichen versehen – auch wenn es mit einer Antwort endet: "*Deshalb wird es immer die Verantwortung der Eltern, Lehrer, Politiker und aller Erwachsenen bleiben, Kinder und Heranwachsende zu lehren, dass es immer eine gute Wahl gibt. Sie kann aber nur gelingen, wenn man weiß und einsieht, wohin eine schlechte Wahl führen kann. Deshalb: Erzählt es euren Kindern!*"

In diesem Kapitel habe ich einen wichtigen Aspekt vermisst: Die Ablehnung jeglicher rassistischer, antisemitischer, faschistischer Ideologie, bzw. deren aktive Bekämpfung. Zwar benennt das Gesamtwerk die Täter und ihre Ideologie, dass aber eine aktuelle Verpflichtung zum Widerstand gegen

die geistigen Enkel der Täter besteht, bleibt unausgesprochen. Die Angst vor einer politischen Aussage ist fehl am Platz.

Ein Satz im Kapitel "*Deportation*" hat eine wichtige aktuelle Bedeutung: "*Gesellschaften, die nicht vermitteln, Menschlichkeit zu schätzen, die Würde des anderen zu achten und mit Unterschieden zu leben, verlieren am Ende jeden Maßstab.*"

Ich möchte das Buch "*Erzählt es euren Kindern – Der Holocaust in Europa*" von Stéphane Bruchfeld und Paul A. Levine allen Interessierten empfehlen, ob als Einstieg in das Thema oder nach vielen Jahren Beschäftigung damit. Es ist beim C. Bertelsmann Jugendbuch Verlag unter der ISBN-Nummer 3-570-12531-9 erschienen.

HPW

Wo Nicht-verstehen-wollen zur erbärmlichen Heuchelei wird

Die Sonderausgabe für Schleswig-Holstein enthält Geleitworte der Fraktionsvorsitzenden der im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenden Parteien. Sie sind ein Beispiel, dass etablierte PolitikerInnen von den fundamentalen Aussagen der Geschichte des Holocaust nichts hören, geschweige denn diese Lehren weitergeben und für ihre eigene Politik ziehen wollen.

"*Am Anfang des Weges, der dann schließlich in die Wälder bei Wilna, nach Semlin in der Nähe von Belgrad und nach Auschwitz-Birkenau führte, stand hasserfüllte Propaganda.*" Dieser Satz findet sich im Vorwort der schwedischen Autoren, auf Seite 6 der Sonderausgabe für Schleswig-Holstein. Haben die Fraktionsvorsitzenden, die sich im Anhang des Buches äußern, diesen Satz gelesen? Allein die SSW-Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk appeliert, "*in unserem Alltag das Recht eines jeden Menschen auf Anderssein zu verteidigen*".

Keiner und keiner der etablierten PolitikerInnen erwähnt das (massenhafte) Vorhandensein rechtsextremer Hasspropaganda im heutigen Deutschland. Erst recht erfolgt keine selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Hasspropaganda. Zwar war CDU-Rüttgers Kampagne "Kinder statt Inder" noch nicht vorhanden, aber es gibt etliche Beispiele für Hasspropaganda aus etablierten Kreisen – erwähnt sei nur die Unterschriftenkampagne der CDU zur doppelten Staatsbürgerschaft Es ist doch bequemer, über Faschismus und Rassismus zu schweigen, lieber floskelhaft-allgemein die Frage zu stellen, wie es zu Gewalt, Terror und Diktatur kommen kann, wie es Martin Kayenburg (CDU) in seinem Geleitwort tut. Da klingt schon die Relativierung an; NS-Herrschaft als ein Terror unter vielen. Wolfgang Kubicki (FDP) erwähnt wenigstens, dass die "*Untaten und Verbrechen der Nazis (...) nach wie vor einzigartig in seiner Grauenhaftigkeit – und einzigartig in der Geschichte*" sind. Einen Satz zuvor meint er jedoch: "*Und doch ereilen uns immer wieder Berichte von Greueltaten, wie sie die Nazis damals begangen haben, von ethnischen Säuberungen und Genoziden, vornehmlich aus Bosnien, aus dem Kosovo und aus Ruanda.*" Merkt er nicht, dass er sich selbst widerspricht?

»Und den ganzen Tag und die ganze Nacht alle Tage und alle Nächte rauchen die Schornsteine, gefüttert mit Brennstoff aus allen Teilen Europas.«
CHARLOTTE DELBO

Wie sieht es im heutigen Deutschland aus, was ist mit der Ausgrenzung, Diskriminierung, Abschiebung in Folter und Tod von Flüchtlingen? Was ist mit der pauschalen medialen Diffamierung von KurdInnen? Wie steht es mit dem Antisemitismus nach der Walser-Rede und dem Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge? Der permanenten polizeilichen Durchsetzung von Nazi-Aufmärschen und deren vorheriger richterlicher Genehmigung?

Dazu schweigen die Damen und Herren des Landtages. Dieses Schweigen ist Heuchelei, wenn es in einem Geleitwort zu einem solchen Buch plaziert ist.

HPW

Ex-SS-Mann Kam bleibt SS treu

In Dänemark ist er wegen Mordes an einem Journalisten zu lebenslanger Haft verurteilt; in Bayern lebt er seit Jahrzehnten ungestört mit einer unter ungeklärten Umständen erlangten deutschen Staatsbürgerschaft. Die Rede ist von dem früheren SS-Obersturmführer und Ritterkreuzträger Soeren Kam.

Treffen der Ehemaligen: Waffen-SS-Verband in Litauen

Am Abend des 3. August 1943 entführte Kam gemeinsam mit seinen beiden Kumpanen von der dänischen Waffen-SS-Einheit Schalburg, **Jorgen Valdemar Bitsch** und **Knud Flemming Helveg-Larsen**, in Kopenhagen-Lyngby den Widerstandskämpfer und Journalisten Carl Henrik Clemmensen. Nachdem sie das Opfer gefoltert hatten, feuerten sie acht Schüsse auf ihn ab und liessen ihn auf der Straße liegen. Der Grund für die Tat: Clemmensen, während der deutschen Besatzung Reporter der *Berlingske Tidende*, hatte es gewagt, vor einem Mitarbeiter des Nazi-Blattes *Fadrelandet* auszuspucken und ihn als Landesverräter zu bezeichnen.

Staatsanwalt „übersieht" Geständnis

Während Helveg-Larsen 1946 wegen dieses Mordes verurteilt und hingerichtet wurde und Bitsch spurlos verschwand, setzte sich Kam ins bayerische Kempten ab, wo er weitgehend ungestört lebte und arbeitete. Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München II wurde 1968 eingestellt - wegen Mangel an Beweisen, obwohl Kam eine Beteiligung an dem Mord nie abgestritten hatte. Der 1997 in die Bundesrepublik übersandte Obduktionsbericht des toten Clemmensen bewies zudem, dass die bis dahin von Kam verbreitete Behauptung, er habe erst auf den bereits toten Clemmensen geschossen, schlicht unwahr ist. Dies gab Kam gegenüber der Staatsanwaltschaft Anfang August 1998 denn auch zu; umstandslos wurde dafür aber seiner Aussage geglaubt, er habe aus „Nothilfe" gehandelt. Der zuständige Münchner Oberstaatsanwalt Manfred Wick stellte das Verfahren im August 1999 ein; in einem Brief an die *Berlingske Tidende* behauptete er gar, Kam habe nicht „aus bewußter Böswilligkeit oder niederen Motiven heraus gehandelt".

Verbrecher als Literat verbrecherischer Literatur

In Dänemark gilt Kam als Drahtzieher jener Nazi-Todespatrouillen, die Sabotageaktionen der Widerstandsbewegung mit Terrormorden beantworteten. Dies kostete in den letzten Kriegsjahren 125 DänInnen das Leben. Dass Kam der Waffen-SS und ihrem verbrecherischen Wirken weiter treu verbunden ist, zeigt nicht nur sein öffentlich bekannt gewordener Auftritt beim Treffen der ehemaligen Waffen-SSler am österreichischen Ulbrichsberg, sondern auch ein gerade erschienenes Buch über „Europas Freiwillige der Waffen-SS". Es ist im Munin-Verlag erschienen, und Kam schrieb das Geleitwort.

Sven Hanussen

MIHAG-DK

Dänemarks Quislinge leben noch.

Mit der personellen Verjüngung der Redaktion der Zeitschrift *Der Freiwillige*, dem Mitteilungsblatt ehemaliger Angehöriger der kriminellen Waffen-SS, wird der Berichterstattung über die *„europäischen Freiwilligen"* ausgedehnt. Als dänischer Mitarbeiter der MIHAG (Militär-Historischen Arbeitsgemeinschaft), die nach der formalen Auflösung der bundesweiten Struktur der HIAG deren Funktionen teilweise übernimmt und besonders jüngere Leute ansprechen soll, tritt **Holger Thor Nielsen** auf. In seinen Beiträgen über dänische SS-Offiziere heißt es beispielsweise über die Hinrichtung des früheren SS-Obersturmführers Tage Petersen: *„Als germanischer Führer nahm er ungebrochen sein Schicksal hin"*. In einem Nachruf auf den dänischen Ritterkreuzträger und SS-Hauptsturmführer Johannes Hellmers verbreitet Nielsen die Behauptung, die Besetzung Dänemarks durch Nazi-Deutschland habe trotz eines Nicht-Angriffspaktes *„den damaligen internationalen Regeln"* entsprochen. So pflegt Nielsen - wie seine deutschen Kameraden der Waffen-SS - die Legenden von der *„verfolgten Unschuld"*.

Dänemark verschärft Ausländerpolitik

In vielen europäischen Ländern wird fortwährend über eine Verschärfung der Sondergesetze für „Ausländer" und die weitere Entrechtung von Flüchtlingen diskutiert. So auch in Dänemark.

Noch 1999 dachte Innenminister Thorkild Simonsen über eine Liberalisierung des Integrationsgesetzes nach, um dem Arbeitskräftemangel in der Bauwirtschaft, im Sozialbereich und in weiten Teilen des Dienstleistungssektors abzuhelfen. Inzwischen hat sich dies grundlegend geändert. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen versprach in seiner Neujahrsansprache, dass es eine „multiethnische Gesellschaft in Dänemark nicht geben" werde. Dabei bezog er sich völlig unkritisch auf die Stammtischparolen von der „Überfremdung" und dem Gefühl, sich „wie Fremde im eigenen Land" zu fühlen.

In einem Anfang Februar vorgelegten Gesetzentwurf sind weitere Verschlechterungen für EinwanderInnen vorgesehen: So müssen heiratswillige EinwanderInnen statt bisher 18 mindestens 25 Jahre alt sein, wenn sie eine/n dänische/n Staatsbürger/in heiraten wollen. Bei Familienzusammenführungen sollen Betroffene zukünftig eigenen Wohnraum nachweisen müssen und die Kommunen mitreden können, in welchen Wohngebieten sich EinwanderInnen niederlassen dürfen - oder eben nicht. Das 78-Punkte-Programm ist zynisch mit „Bessere Integration" überschrieben. Die schwedische Tageszeitung Göteborgs-Posten kommentierte diese Verschärfungen durch die Regierung Rasmussens denn auch dahingehend, „dass seine Regierung eine Ausländerpolitik umsetze, die Jörg Haider nur im Parteiprogramm stehen hat". Doch auch Anders Fogh Rasmussen, der von vielen als nächster Regierungschef gesehen wird, setzt auf Nullzuwanderung. Die Justizsprecherin seiner Venstre-Partei, Birthe Hornbech, legte Anfang März ebenfalls einen Plan zur Verschärfung der Flüchtlingspolitik vor. Danach sollen Asylanträge künftig nur noch in Flüchtlingslagern im Nahbereich des Fluchtlandes gestellt werden dürfen. Wer nach Dänemark kommt und dort um Asyl bittet, wird in ein solches Lager zurückgeschickt. Aufgenommen werden sollen nur sehr vereinzelt „besonders bedürftige Familien", die zum Beispiel spezieller ärztlicher Hilfe bedürften. Birthe Hornbecks Devise: Wer in Dänemark einen Asylantrag stellt, ist illegal ins Land gekommen.

Flüchtlingsunterkunft im Kopenhagener Stadtteil Noerrebro

DF-Chefin Pia Kjaersgaard

Als ein treibender Faktor bei der gegenwärtigen Verschärfung der dänischen Ausländerpolitik wirkt der Aufstieg der *Dänischen Volkspartei / Dansk Folkeparti* (DF). Vor fünf Jahren war sie als Abspaltung der ebenfalls rassistischen Fortschrittspartei um Mogens Glistrup gegründet worden; bei den Parlamentswahlen 1998 erreichte sie 7,4% und damit 13 Sitze. Inzwischen weisen Umfragen der DF ein Wahlpotenzial von 20% aus. Damit liegt die Partei vor den Konservativen und ist hinter der Sozialdemokratie und den Rechtsliberalen Dänemarks drittstärkste Partei. Gegenüber dem Magazin profil formulierte die Parteivorsitzende Pia Kjaersgaard ihre rassistischen Positionen ganz deutlich: „Ich meine nicht Amerikaner und Westeuropäer, sondern Leute aus dem Iran, Irak, Somalia, Libanon. Wir wollen nicht, dass die Moslems ihre Kultur hierher bringen." Als erstes soll es die Menschen, die aus Somalia gekommen sind, treffen: „Sie sind ungebildet und nicht erzogen. Die müssen raus!" Dass dies gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstösst, ficht Kjaersgaard nicht an: „Das sind doch gar kein Flüchtlinge. Im Übrigen sollen auch die Iraner, die Iraker und die Libanesen raus... Zuerst brauchen wir einen totalen Einwanderungsstopp und müssen die Gastarbeiter hinauswerfen."1 Geht es nach der DF, so sollen „kriminelle Ausländer" ausgewiesen werden, auch wenn sie längst dänische StaatsbürgerInnen geworden sind. Mit ihnen sollen ihre Familien bis in die dritte Generation das Land verlassen.

Schon bisher gibt es vielfältige Benachteiligungen: Oft ist nur ein dänischer Arbeiter/Angestellter dem Unternehmer willkommen. Der Versuch von EinwanderInnen, ihren Namen zu ändern und typisch dänische Namen wie Jensen, Hansen oder Nielsen anzunehmen (ein in Dänemark eigentlich sehr einfaches Verfahren), wird systematisch ausgebremst. Ein Gesetz aus dem Jahr 1902 schützt dänische Nachnamen; und ohne passenden Namen keine passende Stelle. Um auf solche Diskriminierungen von Flüchtlingen und EinwanderInnen bei Ausbildung und Jobs aufmerksam zu machen, hatten antirassistische Gruppen ein Plakat verbreitet, auf dem ein junger Schwarzer sagt: „Wenn ich weiß geworden bin, werde ich Lehrer!".

Auschwitzleugner IRVING scheitert mit Klage

Ende März hat das Oberste Gericht in London die Verleumdungsklage des Geschichtsrevisionisten David Irving gegen die Historikern Deborah Lipstadt und den Penguin-Verlag zurückgewiesen. Irving, so Richter Charles Gray in der Urteilsbegründung, sei ein aktiver Holocaust-Leugner, ein Antisemit und Rassist, der die Gemeinschaft mit Neonazis sucht. Mit diesem Urteil hat Irving, dem es in dem Prozeß auch um seinen Ruf als Wissenschaftler ging, eine schwere Niederlage einstecken müssen.

1993 erschien in den USA das Buch von Deborah Lipstadt „Die Verneinung des Holocaust - der zunehmende Angriff auf die Wahrheit und die Erinnerung". Darin geht sie auch ausführlich auf die Positionen und die Rolle Irvings ein. Nach Erscheinen des Buches stellte Irving die Professorin bei Debatten in den USA, brüllte Provokationen und genoss den verkaufsfördernden Skandal. Erst 1996, als Verlage und Buchhändler von Ruf seine Werke nicht einmal mehr mit spitzen Fingern anfassten, reichte Irving Klage ein. Diese wurde mit „Rufschädigung" begründet, weil Lipstadt Irving als „Hitler-Bewunderer" charakterisiert hatte, der „Scheuklappen trägt, Dokumente verfälscht und Fakten unrichtig wiedergibt, um historisch unhaltbare Schlüsse zu ziehen, insbesondere, wenn es darum geht, Hitler zu entlasten". Irving stilisierte sich daraufhin zum Opfer und behauptete, der Begriff „Holocaust-Leugner" sein ein „verbaler Gelber Stern"".

Im Prozeß spielten verschiedene Gesichtspunkte eine Rolle. Es kamen Tagebucheintragungen Irvings vom September 1994 zur Sprache, die triumphierend einen selbst geschriebenen Kinderreim für seine neunmonatige Tochter überliefern. Bei einem Spaziergang, bei dem dem Ehepaar samt Kind „Halbblut-Kinder" begegneten, erfand der Vater das Lied: „Ich bin eine Baby-Arierin / Keine Jüdin und keine Sektiererin / Und es fällt mir nicht ein zu heiraten / Einen Affen oder einen Rastari-Mann". Ausführlich wurde in den Sitzungen auch über Irvings Verbindungen zur extremen Rechten in der Bundesrepublik berichtet. Als 1989 der sogenannte „Leuchter-Report", in dem die technische Unmöglichkeit von Massenvergasungen in Auschwitz behauptet wird, publiziert wurde, empfanden dies nicht nur der Vorsitzende der neofaschistischen NPD, Günter Deckert, und Altnazis wie Otto Ernst Remer oder Thies Christophersen als Bestätigung und willkommene Unterstützung ihrer antisemitischen Propaganda; auch David Irving sah in ihm nun den Beweis, dass es den Holocaust nicht gegeben hatte. Gegenüber der antisemitisch-verschwörungstheoretischen Monatszeitschrift CODE sagte er im Frühjahr 1990: „Der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden", denn in Auschwitz seien nur „etwa 35.000 Menschen vorsätzlich getötet worden." Zwar war Irving schon lange mit der extremen Rechten auch in Deutschland verbunden und seine Auftritte - etwa bei der extrem rechten *Gesellschaft für Publizistik* oder der DVU - gehen zurück bis in die 70er Jahre, dennoch galt er lange bis weit in das konservative Lager hinein als ernst zu nehmender Historiker. Seine Bücher erschienen in etablierten Verlagen und wurden von großen Kaufhäusern angeboten. Anläßlich des 45-Jahrestages der Bombardierung Dresdens wurde er Anfang 1990 von den Stadtoberen als Redner eingeladen.

Mit Bezug auf den „Leuchter-Bericht" radikalisierte Irving seine Position und machte mit militanten neonazistischen Gruppen gemeinsame Sache. So führte er 1990 eine ausgedehnte Vortragstournee durch die Bundesrepublik durch und war am 21. April im Münchner Löwenbräukeller vor 800 Teilnehmenden Hauptreferent der bei der „revisionistischen" Großveranstaltung unter dem Motto „Wahrheit macht frei". Weil er bei seinen Vorträgen behauptet hatte, die Gaskammern in Auschwitz wären nach dem Krieg von den Polen gebaut worden, verurteilte ihn das Landgericht München im Januar 1993 zu einer Geldstrafe von 30.000.- DM. Der im Frühjahr 1997 gegründeten Zeitschrift *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* (VffG), die insbesondere für den deutschsprachigen Raum die zentrale Publikation der Geschichtsrevisionisten geworden ist, teilte Irving nach der ersten Ausgabe mit, er sei „beeindruckt von der schieren Qualität Ihrer Zeitschrift."

Schließlich spielte im Prozeß auch eine wesentliche Rolle, dass Irving in umfangreichen Gutachten nachgewiesen werden konnte, dass er tatsächlich „Dokumente verfälscht und Fakten unrichtig wiedergibt, um historisch unhaltbare Schlüsse zu ziehen". Dabei hatte Irving mit Bedacht die Verleumdungsklage in England erhoben, da nach dem dortigen Recht der Beklagte den Wahrheitsbeweis seiner Aussagen antreten muß.

Die politische und juristische Niederlage, die David Irving in dem von ihm angestrengten Prozess gegen Deborah Lipstadt erlitten hat, ficht die extreme Rechte in Deutschland nicht an. Für sie ist Irving nun erst recht ein Märtyrer, der sich auch von einer „jüdischen Verschwörung" nicht in die Knie zwingen lässt.

VF

Ab in die Wildnis!

Kinderzeltlager der Falken

vom 29. Juli bis 13. August 2000
am Bolmensjö in Süd-Schweden

Auch in diesem Jahr scheren sich die Falken keineswegs zum „Donnerdrummel"...

FALKEN-ZELTLAGER 2000 IN SCHWEDEN

Du bist zwischen 8 und 13 Jahre alt und du wolltest schon immer Ronja Räubertochter und Pippi Langstrumpf kennenlernen? Dann komm mit uns ins Falkenkinderzeltlager nach Schweden!

Wir wollen mit dir und fünfzig weiteren Kindern aus Schleswig-Holstein ganze 15 Tage lang auf abenteuerliche Räubertour gehen. Dort, wo Rumpelwichte, Dunkeltrolle und Graugnomen umherhuschen, schlagen wir unsere Zelte auf. Unser Zeltplatz liegt mitten im Wald, direkt am See „Bolmensjö" in der Nähe von Ljungby.

Anmeldung:

Ja, mein Kind fährt in das Kinderzeltlager der SJD – Die Falken, LV Schleswig-Holstein, vom 29.07.-13.08.2000 nach Schweden.

Ich erkläre mich mit den beschriebenen finanziellen Konditionen für das Zeltlager einverstanden. Sonderverpflegung bitte extra anmelden!

Name: __________

Geb.-Datum: __________

Adresse: __________

____

Telefon: __________

____

Datum und Unterschrift des / der Erziehungsberechtigten

Hier gibt's die Enough:

Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Heiligengeistweg 9, 24937 Flensburg

Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung, Jungfernstieg 27 + Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Str. 92, 24105 Kiel

Peter Panther Buchladen, Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstr. 1, 23730 Neustadt

Info Café, AJZ, Neumünster

Café Brazil, alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Autonomer Infoladen, Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Inihaus, Turmstr. 14, 23843 Bad Oldesloe

Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide

Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln

Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

Ich will die Enough is enough abonnieren!
Und zwar ____ Exemplare pro Ausgabe
ab Nr. ____

für zunächst 4 Ausgaben
für zunächst 8 Ausgaben
bis ich mein Abo kündige

Das Abo kostet DM 20,- für 4 Ausgaben. WeiterverkäuferInnen und Verkaufsstellen erhalten ab 5 Ex. das Stück für DM 3,- / ab 20 Ex.DM 2,50 / ab 50 Ex. DM 2,30

DM 1,-

(Name)

(Straße)

(PLZ, Ort)

Redaktion
Enough is enough
c/o alternative
Willy-Brandt-Allee 9

23554 Lübeck